50 JAHRE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Deutsche Post

Programmübersicht zur Sammlung

50 Jahre Bundesrepublik Deutschland

1.Lieferung

- Album, Vorwort Bundesminister a. D. Hans-Dietrich Genscher, Programmübersicht (1.Teil)
- Beendigung des Zweiten Weltkrieges
- Care und Marshallplan
- Bildung des Parlamentarischen Rates
- 100. Geburtstag von Ludwig Erhard

2.Lieferung

- Allgemeine Erklärung der Menschenrechte
- 100. Geburtstag Sepp Herberger/ Gewinn der Fußball-Weltmeisterschaft 1954
- Glienicker Brücke
- Landesparlamente in Deutschland – Landtag von Baden-Württemberg, Bayerischer Landtag
- Architektur nach 1945

3.Lieferung

- Landesparlamente in Deutschland – Abgeordnetenhaus von Berlin, Landtag Brandenburg
- Deutscher Wald
- 50 Jahre Deutsche Mark
- Friedlicher Aufbruch zur deutschen Einheit
- Europäische Zentralbank Frankfurt am Main

4.Lieferung

- Landesparlamente in Deutschland – Bremer Bürgerschaft, Hamburger Bürgerschaft
- Deutsche National- und Naturparke
- Europäische Region Saar-Lor-Lux
- Hochwasser-Katastrophen
- Tag der deutschen Einheit

Programmübersicht zur Sammlung

50 Jahre Bundesrepublik Deutschland

5. Lieferung

- Landesparlamente in Deutschland –
  Hessischer Landtag, Landtag von Mecklenburg-Vorpommern
- Städtepartnerschaften
- Forschung in Deutschland
- 50 Jahre NATO
- 50 Jahre Grundgesetz

6. Lieferung

- Landesparlamente in Deutschland –
  Niedersächsischer Landtag, Landtag Nordrhein-Westfalen
- Hobby Philatelie
- Beendigung der Blockade Berlins
- Deutscher Gewerkschaftsbund
- Deutsche Fußballmeisterschaft / Deutscher Fußball-Bund

7. Lieferung

- Landesparlamente in Deutschland –
  Landtag Rheinland-Pfalz, Landtag des Saarlands
- 50 Jahre Europarat
- 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland
- Bedrohte Tierarten in Deutschland
- Messestandort Deutschland

8. Lieferung

- Landesparlamente in Deutschland –
  Sächsischer Landtag, Landtag von Sachsen-Anhalt
- Landesparlamente in Deutschland –
  Schleswig-Holsteinischer Landtag, Thüringer Landtag
- 50 Jahre Bundesverfassungsgericht
- 50 Jahre Bundesgrenzschutz
- Naturdenkmäler in Deutschland / Volksmusik
- 300. Jahrestag der Gründung Preußens

Grußwort von Bundesminister a. D. Hans-Dietrich Genscher zur Briefmarken-Dokumentation 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland

Hans-Dietrich Genscher
Mitglied des Deutschen Bundestages

Hans-Dietrich Genscher, MdB, Bundeshaus, 53113 Bonn

50 Jahre Bundesrepublik Deutschland sind ein willkommener Anlass zurückzublicken und sich die Entwicklung unseres Landes in dieser Zeit vor Augen zu führen. Für jeden von uns sind damit auch persönliche Erinnerungen verbunden. Vielleicht geht es manchem ähnlich wie mir: Mit Erstaunen habe ich beim Lesen dieser Dokumentation festgestellt, wie fern und gleichzeitig wie nah uns heute viele Ereignisse der letzten 50 Jahre sind.

Die Jüngeren entdecken vielleicht die Bundesrepublik als eine Art „Neuland", wenn sie zum Beispiel erfahren, dass der erste Kanzler der Bundesrepublik mit nur einer Stimme Mehrheit gewählt wurde und diese Stimme seine eigene war. Seine Begründung: „Da ich entschlossen war, die Wahl anzunehmen, hätte ich es für Heuchelei gehalten, wenn ich mich nicht selbst gewählt hätte."

Der Mauerbau und die Teilung Deutschlands, die wir miterlebt und miterlitten haben, ist für die Jüngeren schon oder nur noch Geschichte. Aber Ereignisse wie diese und viele andere Begebenheiten aus der Bundesrepublik in den letzten 50 Jahren sind es wert, in unser Bewusstsein gerückt zu werden. Die Öffnung der Mauer steht uns allen noch deutlich vor Augen, aber auch dieses Ereignis jährt sich 1999 schon zum zehnten Mal und wird damit zur Geschichte.

In der Hoffnung, dass sie für viele zu einer spannenden Lektüre wird, wünsche ich der Briefmarkendokumentation „50 Jahre Bundesrepublik Deutschland" eine weite Verbreitung.

Bonn im August 1998

In Europa endet der Zweite Weltkrieg…

…mit der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands

Ein unbekannter Soldat hißt am 8. Mai 1945 die sowjetische Flagge auf dem Reichstag in Berlin.

Was am 1. September 1939 um 4.45 Uhr mit Hitlers Angriff auf Polen als „Blitzkrieg" begann, wurde der „totale Krieg", wie Propagandaminister Goebbels in seiner berüchtigten Rede im Berliner Sportpalast am 18. Februar 1943 vor einer fanatisierten Masse skandierte. In die Geschichte ging er als der Zweite Weltkrieg ein, der am 7. Mai 1945 um 2.41 Uhr im alliierten Hauptquartier für Europa in Reims mit der Unterzeichnung der „bedingungslosen deutschen Gesamtkapitulation" durch den damaligen Chef des Wehrmachtführungsstabes, Generaloberst A. Jodl, endete.

Adolf Hitler, der den Krieg seit seinem Machtantritt 1933 konsequent vorbereitet hatte, war zu diesem Zeitpunkt bereits tot. Am 30. April 1945 hatte er in Berlin Selbstmord begangen.

Der Krieg war noch lange nicht beendet, die Aufteilung Deutschlands aber schon beschlossene Sache. Auf der Konferenz in Teheran vom 28. Nov. bis 1. Dez. 1943 einigten sich die Großen Drei – der sowjetische Generalissimus Stalin, Amerikas Präsident Roosevelt und der britische Premierminister Churchill –

auf die Oder-Linie als neue Westgrenze Polens; später wurde daraus die Oder-Neisse-Linie. Außerdem sollte Deutschland in fünf Staaten und drei internationale Zonen aufgeteilt werden.

Deutschland in Schutt und Asche – hier die zerbombte Hohenzollernbrücke und im Hintergrund der ebenfalls stark beschädigte Kölner Dom.

7. Mai 1945:
Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa
Über 5o Millionen Tote
Deutschland in Schutt und Asche
Millionen Menschen auf der Flucht

Der Zweite Weltkrieg forderte in den Jahren von 1939 bis 1945 die schier unvorstellbare Zahl von über 5o Millionen Toten, fast die Hälfte von Ihnen stammten aus der Zivilbevölkerung. Allein die Sowjetunion verlor über 2o Millionen Menschen, davon sieben Millionen Zivilisten. Hitler verband seinen Kampf um die Weltherrschaft auch mit der Vernichtung des Judentums.

Ostpreußische Bauern versuchen über das Kurische Haff dem russischen Einmarsch auszuweichen und in den noch unbesetzten Westen zu gelangen.

In der als „Endlösung" bezeichneten systematischen Massenverfolgung wurden über 5 Millionen Juden in den Konzentrationslagern getötet. Am Ende des Zweiten Weltkriegs war Deutschland ein Land in Schutt und Asche. In den ersten Monaten des Jahres 1945 strömten über zwei Millionen Menschen aus den Ostgebieten in den Westen, über zehn Millionen wurden in der Folgezeit aus ihrer Heimat vertrieben.

Im Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 entschieden die Großmächte wie das besiegte Deutschland behandelt werden sollte, um „die Ausrottung des deutschen Militarismus und Nazismus sicherzustellen". Die Regierungschefs von Großbritannien, Winston Churchill, der USA, Harry S. Truman und der UdSSR, Josef W. Stalin, übten zwar den gemeinsamen Händedruck, doch die Einigkeit dauerte nicht lange. Der Kalte Krieg kündigte sich bereits an.

Sie standen am Anfang des Wiederaufbaus in Deutschland: die Trümmerfrauen, die wie hier in Berlin die Überreste ihrer zerstörten Häuser beseitigten.

Die Eingliederung der Heimatvertriebenen ist schon 1955 Thema für eine Briefmarke, Soldaten werden erst 1995 auf einer der beiden Europa-Marken gezeigt.

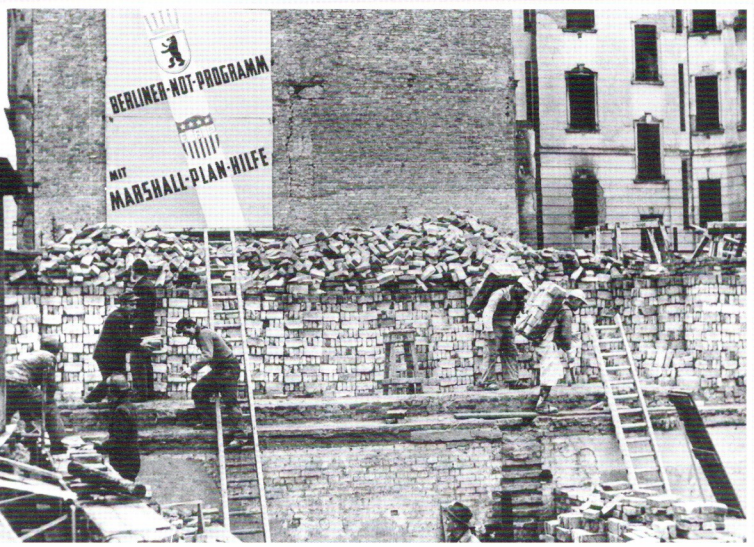
Fotos: Bundespresseamt

Amerika lindert die Not in Deutschland...

...und bringt Hilfe für ganz Europa

Bauarbeiter sammeln Steine von alten für den Bau neuer Häuser.

Wer weiß, was aus dem Nachkriegs-Deutschland geworden wäre, wenn es nicht weitsichtige Amerikaner wie den Außenminister George Catlett Marshall gegeben hätte.

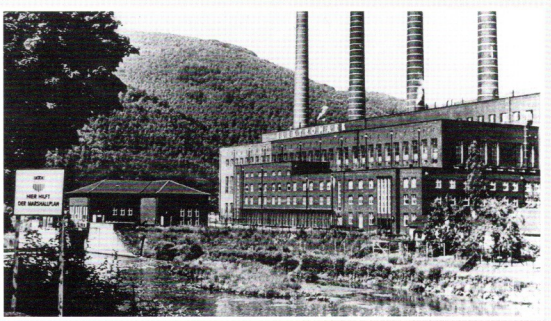


Mit dem Berliner Not-Programm bekam Berlin im Rahmen des Marshallplans eine Sonderhilfe.

Dabei waren die Amerikaner an der Seite ihrer Alliierten zunächst durchaus darauf aus, Deutschland in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg in den Status eines Agrarlandes zu versetzen. Dies, die Entmilitarisierung und die Aufteilung Deutschlands sowie die Demontage der Industrieanlagen sah zumindest der Morgenthau-Plan vor, den der amerikanische Finanzminister und Freund des Präsidenten Roosevelt, Henry Morgenthau jr. im September 1944 auf einer Konferenz in Quebec vorstellte.

Daß es nicht dazu kam, ist das Verdienst des amerikanischen Außenministers unter Truman, George Catlett Marshall, der 1947 den europäischen Staaten die Hilfe der USA beim Wiederaufbau nach dem Krieg anbot.

Der Vater des nach ihm benannten Planes, George Catlett Marshall, Außenminister der USA von 1947 bis 1949. Zusammen mit Albert Schweitzer erhielt er 1952 den Friedensnobelpreis. 1959 wurde ihm der Karlspreis der Stadt Aachen verliehen.



Gezielter Wiederaufbau mit Mitteln des Marshallplans – hier das kommunale Elektrizitätswerk MARK AG in Hagen.

5. Juni 1947
George Marshall bietet die Hilfe der USA beim Aufbau Europas an
Die Hilfe durch die Care-Pakate war schon angelaufen

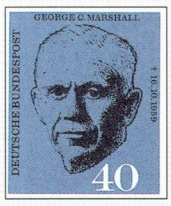
Als Außenminister George Marshall am 5. Juni 1947 in einer Rede vor Studenten der Harvard-Universität den europäischen Staaten sozusagen die staatliche Hilfe der USA beim Wiederaufbau nach dem Krieg anbot, lief eine andere Hilfsinitiative der USA schon auf vollen Touren. Das 1946 zur Linderung der größten Not in Europa gegründete Hilfswerk CARE (Cooperative for American Remittances to Europa) verschickte als Vereinigung zur Organisation von Hilfssendungen die berühmten CARE-Pakete in die alte Welt und bewahrte dadurch unzählige Menschen vor dem Hungertod.

Care Pakete aus den USA waren heiß begehrt und trugen wesentlich dazu bei, wirtschaftliche Not und Hunger im Nachkriegs-Deutschland zu lindern.

Nicht nur Deutschland kam in den Genuß der Förderung durch den Marshallplan. Auch Frankreich erhielt zur Ankurbelung seiner Wirtschaft Hilfe aus den USA. Hier der erste von über 2oo amerikanischen Traktoren, die in Le Havre entladen wurden.

Die staatliche Hilfe des Marshallplans verfolgte neben dem Ziel eines durch die USA finanzierten Wiederaufbauprogramms auch den Zweck der „Eindämmung des Ostblocks durch Stärkung der Widerstandskraft der europäischen Staaten".

Die Clay-Spende, benannt nach dem Überwinder der Berlin-Blockade, dem amerikanischen General Lucius D. Clay, war die Berliner Variante der Care-Pakete. In West-Deutschland wurden die Hilfssendungen 196o eingestellt, in West-Berlin erst 1962.



Schon ein Jahr nach seinem Tod ehrt Deutschland den Schöpfer des Marshallplans mit einer Sondermarke, die Hilfsorganisation CARE wird sogar zweimal bedacht.

Fotos: Bundespresseamt

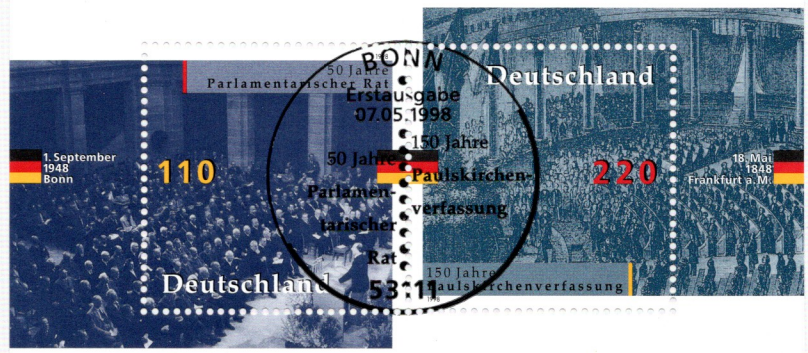
150 Jahre Paulskirchenverfassung
Bildung des Parlamentarischen Rates vor 50 Jahren

Professor Carlo Schmid: „Wir kamen uns ein wenig verloren vor."

Der Parlamentarische Rat tagt im Museum Koenig

Der Führer der SPD-Fraktion des Parlamentarischen Rates, Professor Carlo Schmid, bei der Unterzeichnung des Grundgesetzes.

Am 18. Mai 1848 versammelte sich in der Paulskirche in Frankfurt am Main das erste aus allgemeinen Wahlen hervorgegangene gesamtdeutsche Parlament. Seine Beratungen über eine freiheitliche Verfassung markieren den Beginn einer demokratischen, parlamentarischen Tradition in Deutschland. Die in der Paulskirche verabschiedeten Grundrechte fanden weitgehend unverändert Eingang in das heute gültige Grundgesetz, das 1948/49 vom Parlamentarischen Rat in Bonn ausgearbeitet worden ist.

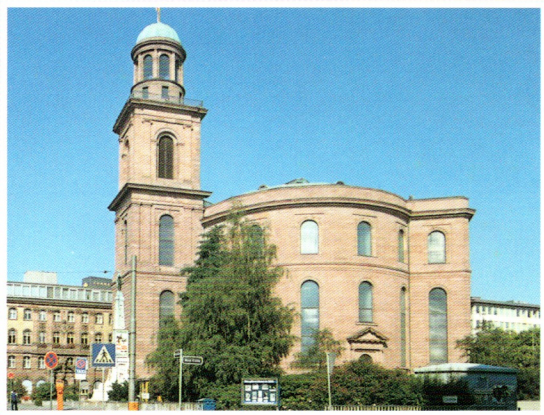


50 JAHRE PARLAMENTARISCHER RAT
150 JAHRE PAULSKIRCHENVERFASSUNG

Die Mitglieder des Parlamentarischen Rates waren sich durchaus bewußt, daß mit ihrer Arbeit ein neuer Abschnitt in der Geschichte Deutschlands begann. Aber für Carlo Schmid, einen der „Väter" des Grundgesetzes, gab es auch Anlaß zum Schmunzeln: „Wohl kaum hat je ein Staatsakt, der eine neue Phase der Geschichte eines großen Volkes einleiten sollte, in so skurriler Umgebung stattgefunden. In der Halle (des Museums Alexander Koenig) standen wir unter den Länderfahnen – rings umgeben von ausgestopftem Getier aus aller Welt. Unter den Bären, Gorillas und anderen Exemplaren exotischer Tierwelt kamen wir uns ein wenig verloren vor."

Im Lichthof des Bonner Museums Koenig trat am 1. September 1948 der Parlamentarische Rat zusammen, um mit den Beratungen zur Schaffung eines Grundgesetzes zu beginnen. Später regierte Konrad Adenauer von der Ornithologischen Bibliothek aus einige Monate lang als erster Bundeskanzler die junge Republik. Heute werden in dem nun „Adenauersaal" genannten Raum Gäste empfangen oder runde Geburtstage der Mitarbeiter gefeiert.

In der Frankfurter Paulskirche wurde am 18. Mai 1848 die nach allgemeinem und gleichem Wahlrecht gewählte Deutsche Nationalversammlung eröffnet. Auch wenn die Revolution 1848/49 und damit die Paulskirche scheiterte, viele Ideen von damals gingen in die Verfassungen späterer Zeiten, auch die der Bundesrepublik ein.



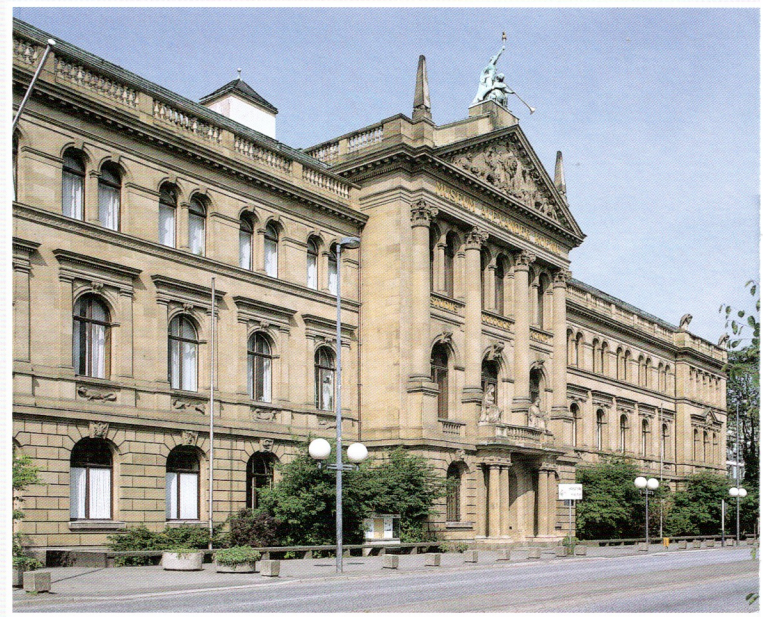
23. Mai 1949
Unterzeichnung des Grundgesetzes durch die Mitglieder des Parlamentarischen Rates

Konrad Adenauer: „Ein neuer Abschnitt in der Geschichte unseres Volkes“

Bei der Unterzeichnung des Grundgesetzes sagte der Vorsitzende des Parlamentarischen Rates, der spätere Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer: „Heute beginnt ein neuer Abschnitt in der wechselvollen Geschichte unseres Volkes.

Der Vorsitzende des Parlamentarischen Rates und spätere Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer bei der Verkündung des Grundgesetzes.

Nach der Unterzeichnung und Verkündung des Grundgesetzes wird die Bundesrepublik Deutschland in die Geschichte eintreten. Wer den völligen Zusammenbruch im Jahre 1945 mitgemacht hat, wer bewußt erlebt hat, wie die ganze staatliche Gewalt von den Alliierten übernommen worden ist, der denkt bewegten Herzens daran, daß heute mit dem Ablauf dieses Tages das neue Deutschland ersteht.“



Die Geburtsstätte der jungen Demokratie der Bundesrepublik Deutschland: das Zoologische Forschungsinstitut mit dem Museum Koenig aus heutiger Sicht – eine historische Adresse an Bonns Adenauerallee.

„Rechtsstaat“, „Gewaltenteilung“ und „Volkssouveränität“, diese Grundgedanken der Demokratie sind Bestandteile des Grundgesetzes – und auch ein Briefmarkenthema. Ebenso werden auch Carlo Schmid und das Museum Koenig gewürdigt.

Fotos: Bundespresseamt

Als Wirtschaftsminister verehrt …

…als Kanzler umstritten

„Wohlstand für alle" ist nicht nur ein Buchtitel, sondern vielmehr auch Programm.

Zwei Männer stehen für die Anfänge der jungen Bundesrepublik Deutschland: Konrad Adenauer und Ludwig Erhard. Als „Direktor der Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebietes" ist der 1897 in Fürth geborene Ludwig Erhard maßgeblich an der Währungsreform in den westlichen Besatzungszonen am 20. Juni 1948 beteiligt. Mit der griffigen Formel „Wohlstand für alle" stellt er als

Erhard bekennt sich nicht nur zu Wohlstand und Marktwirtschaft, er verkörpert sie auch. Die Zigarre wird sein Markenzeichen.

Wirtschaftsminister im Kabinett Adenauer die Weichen für eine Politik, die dem freien Teil Deutschlands das „Wirtschaftswunder" beschert. Nicht staatliche Planwirtschaft, sondern das freie Spiel der Kräfte, der Wettbewerb im Markt, bestimmt das wirtschaftliche Geschehen. Mit diesem Konzept einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung mit sozialer Verantwortung wird Erhard zum Vater der Sozialen Marktwirtschaft.

Die Begeisterung Konrad Adenauers für seinen allseits geachteten und beliebten Wirtschaftsminister Ludwig Erhard hielt sich in engen Grenzen. „Den bringe ich noch auf Null", soll er gesagt haben, als Demoskopen wieder einmal Erhards gestiegene Popularität vermeldeten.

Auch als er die Kanzlerschaft Erhards nicht verhindern konnte, blieb sich der „Alte" in seinem Urteil über seinen Nachfolger treu.

Vor dem „Alten" steht er stramm. Konrad Adenauer verdankt dem Wirtschaftskonzept Ludwig Erhards viel, dankt es ihm aber wenig.

16. Oktober 1963 – 3o. November 1966
Ludwig Erhard Bundeskanzler

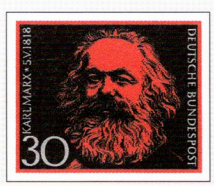
14 Jahre als Wirtschaftsminister überstrahlen drei Jahre Kanzlerschaft

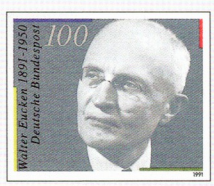
So erfolgreich Erhard als Wirtschaftsminister agiert, als Bundeskanzler kann er sich nur drei Jahre halten. Im Herbst 1966 zerbricht die Koalition aus CDU/CSU und FDP über die Fragen von Steuererhöhungen und den Abbau von Subventionen.
Nach dem Bundespräsident Heinrich Lübke das Rücktrittsgesuch Ludwig Erhards angenommen hat,wählt das Parlament am 1. Dezember 1966 Kurt Georg Kiesinger zum neuen Bundeskanzler. Er wird damit Chef der großen Koalition aus CDU/CSU und SPD.

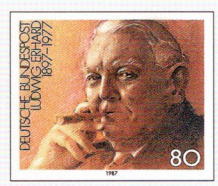
Der große Augen- blick im Leben Ludwig Erhards. Nach seiner Wahl zum Bundeskanzler spricht er am 16. Oktober 1963 vor Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier die Eidesformel.

Mit dem „Teufkübel" in den Schacht...
Auf einer Informationsfahrt durch das Ruhrgebiet im Frühjahr 1965 besichtigt Bundeskanzler Ludwig Erhard gemeinsam mit NRW Minsterpräsident Franz Meyers (rechts) eine Zeche.

Drei Kanzler und einer, der es werden wollte...
Zum 8o. Geburtstag – kurz vor seinem Tod – ehrt die CDU Ludwig Erhard mit einem Empfang beim damaligen Parteivorsitzenden und späteren Bundeskanzler Helmut Kohl. Mit dabei: Alt-Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger und Rainer Barzel, der 1972 Kanzler werden wollte.







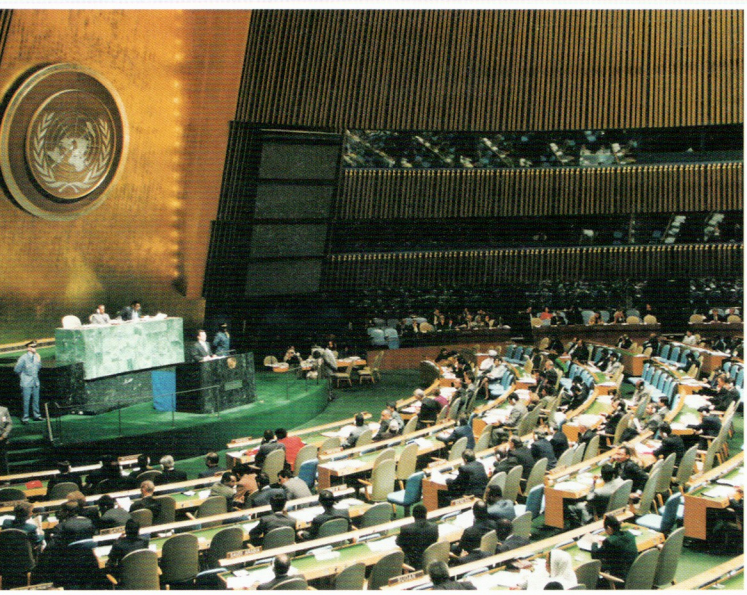
Nicht Marx und Engels, sondern Wirtschaftswissenschaftler wie der ordoliberale Walter Eucken inspirierten Ludwig Erhard zu seiner Sozialen Marktwirtschaft.

Fotos: Bundespresseamt

Alle Menschen sind frei...

...und gleich an Würde und Rechten geboren

Obwohl die Bundesrepublik erst 1973 Mitglied der Vereinten Nationen wurde, hat diese Institution von Anfang an Nachkriegsdeutschland entscheidend geprägt.



Die Generalversammlung der Vereinten Nationen ist das Forum, in dem die Allgemeinen Menschenrechte diskutiert und verabschiedet wurden. Schon seit dem Ende des zweiten Weltkrieges standen die Menschenrechte immer wieder auf der Tagesordnung.

So ist das deutsche Grundgesetz von der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, die am 1o. Dezember 1948 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet wurde, maßgeblich beeinflußt. Im Artikel 1 des Grundgesetzes ist festgelegt, daß die Würde des Menschen unantastbar ist und sie zu achten und zu schützen die Verpflichtung aller staatlichen Gewalt ist.

Formal ist die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte nur eine Empfehlung und kein Vertrag. Trotzdem hat sie eine starke Bedeutung erlangt und dazu geführt, daß im Lauf der Jahre aus der Allgemeinen Erklärung zu einzelnen Fragen verbindliche Menschenrechtsverträge entwickelt und ratifiziert wurden.

Vor allem die 1975 unterzeichnete Schlußakte von Helsinki brachte für die Menschenrechte einen bedeutenden Fortschritt, für die Menschen des Ostblocks wurde das Abkommen zu einer „Fackel der Hoffnung".

Am 18. September 1973 wurden die Bundesrepublik Deutschland und die DDR Vollmitglieder der UNO. Es kam zum vielbeachteten Zusammentreffen der Außenminister Walter Scheel (r.) und Otto Winzer.

Die Bundesrepublik Deutschland ist zu einem geachteten Partner der UNO geworden. Bei seinem Besuch am 17. April 1997 im Schloß Bellevue bedankt sich Generalsekretär Kofi Annan bei Bundespräsident Roman Herzog für die deutschen UNO-Einsätze.

18. September 1973:

Die beiden deutschen Staaten treten den Vereinten Nationen bei

Zeichen für ein friedliches Nebeneinander unterschiedlicher Weltanschauungen

Seit 1948 hat es 47 Friedensmissionen der VN gegeben, einige wie im ehemaligen Jugoslawien sind noch nicht abgeschlossen.

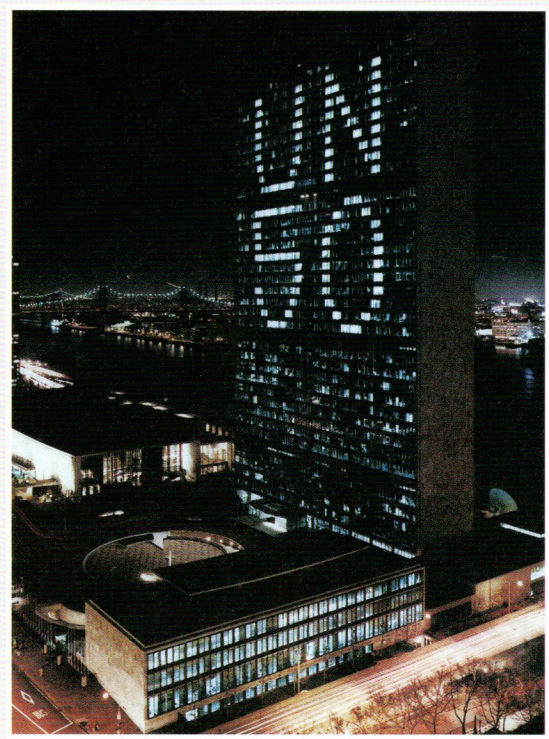
Als im September 1973 die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik an einem Tag als Mitglieder 133 und 134 den Vereinten Nationen beitraten, bedeutete dies auch den Versuch, ein Stück Normalität in eine in Blöcke gespaltene Welt zu bringen.

Nur wenige Tage nach dem Beitritt der Bundesrepublik spricht Bundeskanzler Willy Brandt am 26. September 1973 vor der Generalversammlung der UN.

Deutsche Soldaten sind seit 1992 beteiligt. Damals stellte die Bundeswehr in Kambodschas Hauptstadt Phnom Penh ein Feldlazarett mit 150 Sanitätssoldaten bereit.

Die Bundesrepublik hatte früh ihre Absicht bekundet, in den (Unter-) Organisationen der UN vertreten zu sein. Schon 1950 hatte die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation, die FAO, die Bundesrepublik als Mitglied aufgenommen.

Auch an den Friedenserhaltenden Maßnahmen der Vereinten Nationen nimmt Deutschland nicht etwa erst seit den 90er Jahren teil. Schon 1973, im Jahr des Beitritts, stellte die Bundesrepublik zur Unterstützung der UN Emergency Force auf dem Sinai und am Suezkanal „Lufttransportleistungen" für senegalesische Truppen zu Verfügung. Heute werden die Einsätze der Bundeswehr bei UN-Maßnahmen in Krisengebieten nicht nur von den politischen Parteien, sondern auch von der Mehrheit der Bevölkerung gutgeheißen.



Inzwischen in die Jahre gekommen: Die Vereinten Nationen feierten 1995 ihren 50. Geburtstag. Gegründet wurden sie 1945 auf der Konferenz von San Francisco.

Neben New York, Genf und Wien wird auch die frühere Bundeshauptstadt Bonn Sitz von UN-Organisationen wie dem Sekretariat der Konvention zur Bekämpfung der Wüstenbildung.

Beide deutsche Staaten feiern die Aufnahme in die UNO mit einer Sondermarke. Beim 50jährigen Bestehen der Weltorganisation ist Deutschland wiedervereinigt.

Fotos: Bundespresseamt, Auswärtiges Amt

100. Geburtstag Sepp Herberger
Gewinn der Fußball-Weltmeisterschaft 1954

„Abseits ist dann, wenn der...
...Schiedsrichter pfeift."

Väter zweier Wunder: Sepp Herberger, der Vater des „Wunders von Bern"

Er ist einer der Deutschen, die schon zu ihren Lebzeiten zu einer Legende wurden: Sepp Herberger, Trainer der deutschen Nationalmannschaft, die 1954 in Bern die Fußball-Weltmeisterschaft errang.

und Ludwig Erhard, der Vater des "Wirtschaftswunders". 1954 waren sie die populärsten Männer in Deutschland. Sepp Herberger verstarb 1977, nur wenige Wochen nach seinem 80. Geburtstag. Auch Ludwig Erhard starb 1977, ebenfalls im Alter von 80 Jahren.

Sepp Herberger wurde 1897 in Mannheim geboren, hier feierte er auch seine ersten sportlichen Erfolge beim SV Waldhof und beim VfR Mannheim. Dreimal spielte er in der deutschen Fußball-Nationalmannschaft. Schon 1936 übernahm er als Trainer die Verantwortung für die Nationalmannschaft, nachdem sein Vorgänger bei den Olympischen Spielen keinen Erfolg gehabt hatte.

Bis 1964, als er sein Amt an Helmut Schön übergab, hatte Sepp Herberger mit „seiner" Nationalmannschaft 162 Länderspiele absolviert, aber keines war für die deutsche Fußballnation so wichtig, wie der unerwartete Gewinn der Weltmeisterschaft 1954, das „Wunder von Bern".

Neben diesem Sieg verdankt die Fußballwelt Sepp Herberger Spruchweisheiten, die Klassiker geworden sind, wie zum Beispiel der berühmte Ausspruch: „Der Ball ist rund".

Der „Chef" und der Kapitän: Sepp Herberger mit seinem Lieblingsspieler und -schüler Fritz Walter, dem Spielführer der deutschen Fußball-Nationalmannschaft, deren Kern die Spieler des 1. FC Kaiserslautern bildeten. Als sein „verlängerter Arm" bereitete Walter zusammen mit Herberger 1963 auch die Einführung der Bundesliga als höchste Spielklasse des deutschen Fußballs vor.

4. Juli 1954:
Das Wunder von Bern
Deutschland wird Fußball-Weltmeister

Fußball ist Volkssport Nr. 1 in Deutschland – und das nicht erst seit gestern.

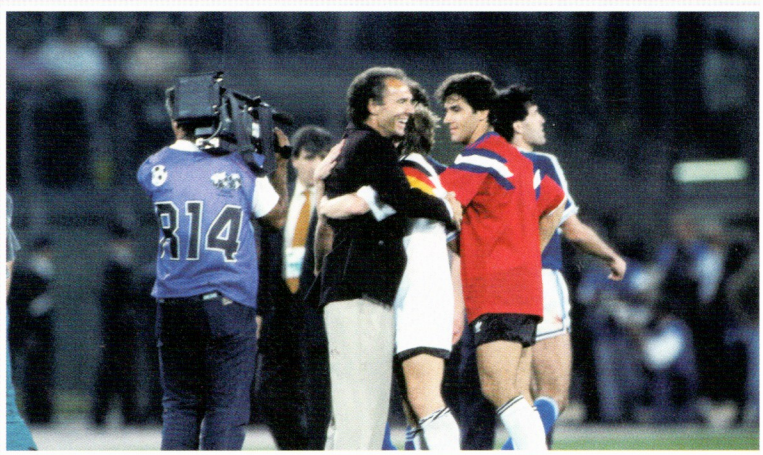
Als am 4. Juli 1954 die deutsche Fußball-Nationalmannschaft durch einen überraschenden 3:2 Sieg über das favorisierte Ungarn Weltmeister wird, fühlt sich die junge Bundesrepublik – und auch die meisten Menschen in der DDR – im Fußballhimmel.

Das „Wunder von Bern" gab den Deutschen ein lange vermißtes Wertgefühl, das im Wirtschafts-Wunder seine Bestätigung und Fortsetzung fand und vielleicht auch ein gutes Stück Motivation brachte: „Wenn wir es nur wollen, werden wir es schaffen..."

Bei Welt- und auch Europameisterschaften lag die deutsche Mannschaft oft auf den vorderen Plätzen, war insgesamt 3 mal Weltmeister, 3 mal Vizeweltmeister und auch 3 mal Europameister.

Gelegentlich aber versank auch die ganze Fußballnation in tiefe Trauer, so bei den letzten beiden Weltmeisterschaften 1994 in den USA und 1998 in Frankreich, als die Mannen um Berti Vogts frühzeitig ausschieden und heimreisen mußten.

Der „Boss" Sepp Herberger in der Mitte seiner „Schüler" (von rechts) Helmut Schön, Horst Szymaniak, Erich Juskowiak, Helmut Rahn und Uwe Seeler. Schön übernahm 1964 von Herberger das Amt des Bundestrainers. Da war der schon Fußball-Legende.



8.Juli 1990:
Der Kaiser im Fußball-Himmel. Nach dem 1:0 gegen Argentinien im Olympiastadion von Rom jubelt Teamchef Franz Beckenbauer mit seiner Mannschaft über den dritten Weltmeister-Titel für Deutschland.

Stolz zeigt Bertie Vogts den Weltmeisterschaftspokal.
Der spätere Bundestrainer hatte entscheidenden Anteil am Titelgewinn der deutschen Manschaft bei der WM 1974 durch den 2:1 Endspielerfolg gegen die Niederlande, indem er den holländischen Spitzenspieler Johan Cruyff neutralisierte.

Mutig und weitsichtig zugleich: zum ersten Mal gab die Bundespost im Mai 1974 zu einer Fußball-Weltmeisterschaft Sondermarken heraus und im Juli wurde Deutschland Weltmeister.

Seit 1995 wird in jedem Jahr der deutsche Fußballmeister auf einer Briefmarke geehrt. 1995 und 1996 war es Borussia Dortmund.

Fotos: Bundespresseamt/Horstmüller

GLIENICKER BRÜCKE

Aus der „Brücke der Einheit"...

...wurde ein Symbol der Teilung Deutschlands

Heute ist die Glienicker Brücke nach der Demontage der DDR-Symbole und nach aufwendiger Sanierung wieder ein „Schmuckstück" und Teil der Potsdamer Kulturlandschaft, die 1990 von der UNESCO zum Weltkulturerbe erklärt wurde.

Es ist schon eine ganz besondere Brücke, die den Beginn einer Serie von Sonderpostwertzeichen markiert, „die in lockerer Folge unter dem Motto ´Brücken verbinden` markante Beispiele zeigen soll".

Die Glienicker Brücke führt über die Havel, die hier die Grenze zwischen Berlin und Potsdam bildet, und verbindet den Südwesten der deutschen Hauptstadt mit der Landeshauptstadt von Brandenburg.

Ursprünglich war die 1795 errichtete Glienicker Brücke eine Holzkonstruktion und Teil der ersten wetterfesten Chaussee Preußens.

1834 wurde wegen des ständig wachsenden Verkehrs eine neue Steinbrücke nach den Plänen Friedrich Schinkels gebaut. Aber auch diese Brücke war zu Beginn des 20. Jahrhunderts den Anforderungen nicht mehr gewachsen und so wurde am 16. November 1907 eine breitere und höhere Brücke aus Stahl in Betrieb genommen.

In den letzten Tagen des Zweiten Weltkriegs zerstört, sollte die Glienicker Brücke nach zweijähriger Rekonstruktion am 19. Dezember 1949 als „Brücke der Einheit" in einem feierlichen Akt dem Verkehr übergeben werden. Der Landtag von Brandenburg begründete den Beschluß damit, daß der Name Symbol und Verpflichtung sei.

Der Ausbruch des Kalten Krieges verhinderte diese hehre Absicht. Am 26. Mai 1952 ließ die DDR die Brücke für den allgemeinen Verkehr sperren, nur für die Alliierten wurde sie offengehalten.

„Brücke der Einheit"- wie Hohn steht es über dem Brückenbogen. In der Wirklichkeit ist die Glienicker Brücke längst zum makabren Symbol der deutschen Teilung geworden.

1o. November 1989:

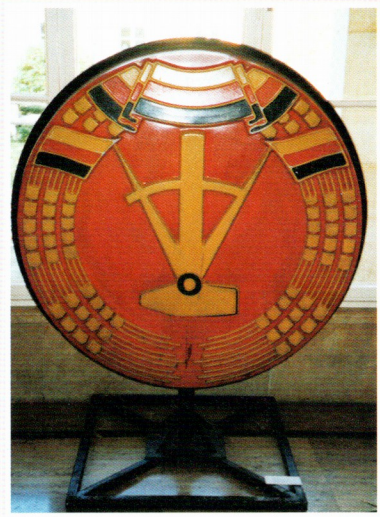
„Um 18.oo Uhr ist der Grenzübergang Glienicker Brücke geöffnet worden."

Nach dem Ende der Teilung Deutschlands wird sie (wieder) zur „Brücke der Einheit"

Nach 1962 und 1985 fand am 11. Februar 1986 zum letzten Mal ein Agentenaustausch auf der Glienicker Brücke statt. Der prominenteste Freigelassene war dabei der sowjetische Regimekritiker Anatolij Schtscharanskij.

Mit dem Bau der Mauer im August 1961 wurde die Glienicker Brücke Bestandteil der von der Bevölkerung als unüberwindbar empfundenen Grenzanlagen.

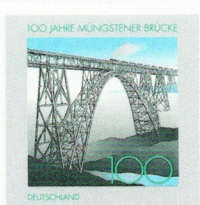
Dreimal wurde dieser Teil der Grenze jedoch für wenige Minuten geöffnet und zog dabei die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf sich. Es ging um Austauschaktionen von Agenten. Den spektakulären Anfang machte am 10. Februar 1962 der Amerikaner Francis Gary Powers, der mit seinem Aufklärungsflugzeug U2 über der Sowjetunion abgeschossen und dort später als Spion verurteilt worden war. Sein Austauschpartner war Oberst Rudolf Iwanowitsch Abel, der für den Geheimdienst KGB das sowjetische Spionagenetz in den USA aufgebaut hatte und Beihilfe zur Beschaffung von Verteidgungs- und Atomgeheimnissen geleistet hatte.



Ein Staatssymbol auf den Kopf gestellt. In der Ausstellung zur Geschichte der Glienicker Brücke im Haus der Bundesvermögensverwaltung in Potsdam ist das Emblem mit Hammer und Sichel im Original zu bewundern – allerdings auf dem Kopf stehend.

Die Glienicker Brücke wenige Tage nach dem Fall der Mauer: Menschen aus Potsdam und Umgebung strömen in den Westen von Berlin. Damit war die Glienicker Brücke zu guter Letzt doch noch zur „Brücke der Einheit" geworden.

1985 gab die Post der DDR eine Sondermarkenserie mit vier Werten „Historische Brücken in Berlin" heraus. Die nicht nur zeitgeschichtlich interessante Glienicker Brücke war nicht dabei.
Die letzte Brückenmarke vor dem Beginn der neuen Serie erschien 1997 – die Müngstener Brücke.



Fotos: Bundespresseamt, Ullstein Bilderdienst

LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG

In Stuttgart entstand...

...der erste Parlamentsneubau im Nachkriegseuropa

Wie viele andere Städte in Deutschland wurde auch Stuttgart im Zweiten Weltkrieg ein Opfer der Bombenangriffe der Alliierten. Hier ein Blick im Jahre 1946 von der Stiftskirche auf das Rathaus.

Erst 16 Jahre nach Kriegsende und neun Jahre nach der Gründung des Südweststaates erhielt Baden-Württemberg ein eigenes Haus für seine Landtagsabgeordneten – und doch war es der erste Neubau eines Parlamentes in ganz Europa nach dem Zweiten Weltkrieg.

Als der neue Landtag am 5. und 6. Juni 1961 eingeweiht wurde, war dies auch der Schlußstrich unter ein jahrelanges Tauziehen.

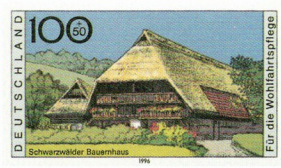
Stuttgart heute – die Metropole im „Musterländle", Hauptstadt von Baden-Württemberg, Firmensitz der Hersteller von Autos der Nobelklasse, Daimler-Chrysler und Porsche.

Die Abgeordneten teilten sich in zwei Lager. Die einen wollten das neue Schloß zum Sitz des Landtags machen, die anderen waren für einen Neubau, weil sie nicht an einem Ort der alten Fürstenherrlichkeit tagen wollten.

Den 1957 ausgeschriebenen Architektenwettbewerb entschied Kurt Viertel aus Mainz für sich, 1959 wurde dann mit dem Bau im ehemaligen Akademiegarten an der heutigen Konrad-Adenauer-Straße begonnen.

Vier Herren – ein Amt! Bei der Verfassungsfeier am 11. November 1978 stellten sie sich noch einmal den Fotografen : Gebhard Müller (r), erster Ministerpräsident (1953-1958) des neu gegründeten Südweststaates, Kurt Georg Kiesinger (l) (1958-1966), Hans Filbinger (2. von r) (1966-1978) und Lothar Späth (ab 1978), der am 17. Januar 1991 seinen Rücktritt einreichte. Seine neue Karriere: Chef der Jenoptik. Sein Nachfolger: Erwin Teufel.

In der Rangfolge der deutschen Bundesländer ist Baden-Württemberg auf den dritten Platz abonniert. Mit einer Fläche von rund 35.700 qkm ist es das drittgrößte Bundesland. Mit 10,4 Mio. Einwohnern rangiert der Südweststaat auch auf Platz drei in der Bevölkerungsstatistik und in der Wirtschaftskraft kommt BW mit einem Anteil von 16,3 % am Bruttoinlandsprodukt der Bundesrepublik ebenfalls auf Platz drei hinter Nordrhein-Westfalen und Bayern.



BONN
LANDES-PARLAMENTE IN DEUTSCHLAND
ERSTAUSGABE
12.3.1998
53111

Fotos: Landesbildstelle Württemberg

BAYERISCHER LANDTAG

Aus der Bildungsanstalt für Hochbegabte...

...wurde eines der schönsten Parlamentsgebäude Europas

Die olympischen Spiele 1972 in München brachten den Freistaat und seine Metropole einen mächtigen Schritt voran. Die Architektur des Stadions rief damals Begeisterung hervor.

Ohne Zweifel ist das Maximilianeum, das Parlamentsgebäude des Bayerischen Landtags, einer der markanten architektonischen Punkte Münchens. Für manche ist es sogar das schönste Parlament Europas. Gebaut wurde es zwischen 1857 und 1874 nach den Plänen des Architekten Friedrich Bürklin als Bildungsanstalt für Hochbegabte und als Galerie für Historienbilder und Marmorbüsten.

Die Silhouette von München, geprägt durch die mächtigen Türme der Frauenkirche, zeigt zumindest bei Föhn, warum Bayern so attraktiv ist: im Hintergrund lockt die Bergwelt der Alpen.

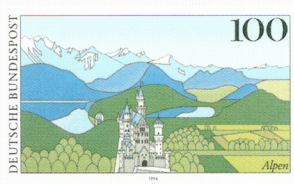
Fotos: Bundespresseamt, Fremdenverkehrsamt München

Die Errichtung des Maximilianeums erfolgte im Rahmen eines Stadtverschönerungsplanes und schuf mit dem Maximiliansstil einen neuen zeitgemäßen Baustil, der die klassizistische Architektur ablöste.

Seit 1949 sind im Maximilianeum der Bayerische Landtag und der Bayerische Senat untergebracht, aber nur als „unkündbare" Mieter. Eigentümer ist nach wie vor die Maximilianeum-Stiftung zugunsten der besten Abiturienten Bayerns und der Pfalz.

Franz Josef Strauß war bis zu seinem Tod 1988 zehn Jahre Ministerpräsident in Bayern, davor war er 30 Jahre einer der bestimmenden Köpfe in der deutschen Politik. Weniger in Erinnerung ist, daß sein Vorgänger Alfons Goppel länger – 16 Jahre – regierte und mit 62,1 % der Stimmen 1974 das für die CSU beste Ergebnis aller bisherigen Landtagswahlen erzielte.

Bayern ist mit einer Fläche von rund 70.500 qkm das flächenmäßig größte Bundesland. Mit etwas über 12 Mio. Einwohnern rangiert das Land auf Platz zwei in der Bevölkerungsstatistik der Bundesrepublik und in seiner Wirtschaftskraft kommt Bayern mit einem Anteil von 19,1 % am Bruttoinlandsprodukt ebenfalls auf den zweiten Platz.



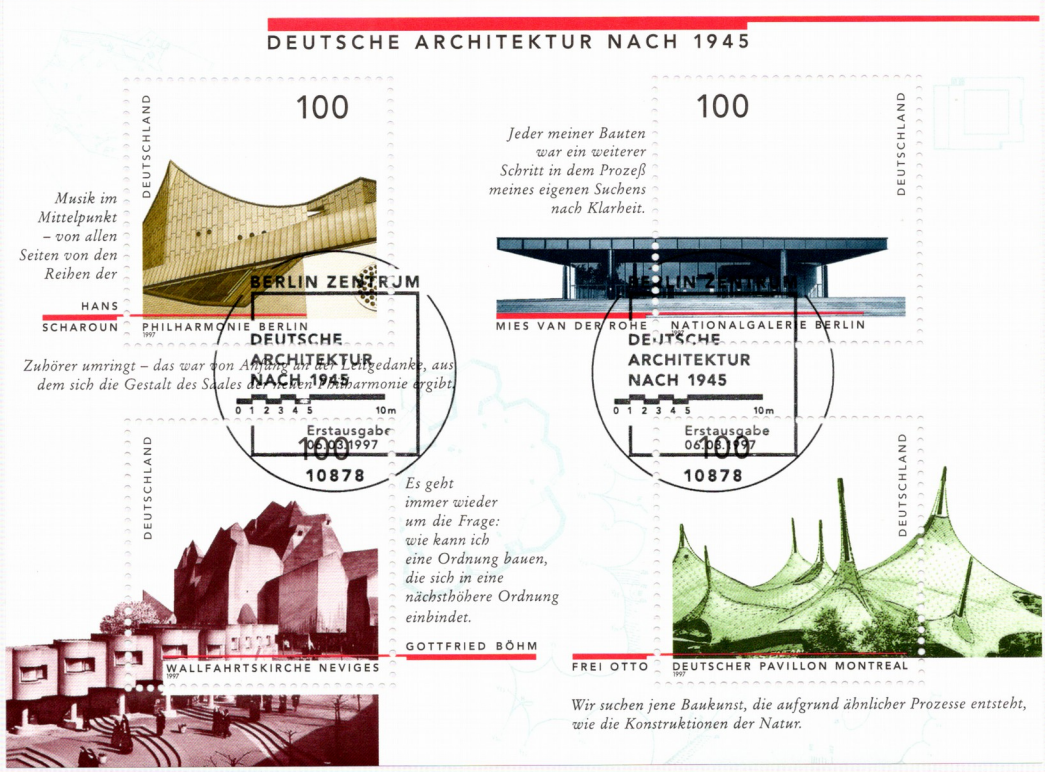
50 JAHRE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

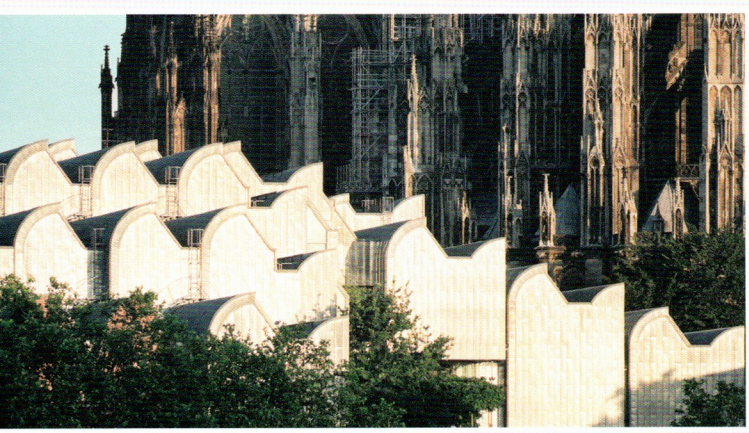
Vier Architekten, die das „Gesicht"...

...Deutschlands nach dem Krieg geprägt haben

Ein wichtiger Sektor moderner Architektur ist die Verbindung von Altem und Neuen. Zwei Beispiele: Blick auf Schloß Bellevue, Amtssitz des Bundespräsidenten in Berlin und das neue Präsidialamt.

Darunter die in Gold schimmernde Fassade des Museums Ludwig vor der imponierenden Kulisse des Kölner Doms.





Das Werk von vier anerkannten Baumeistern der Gegenwart würdigte die Deutsche Post 1997 mit dem Block „Deutsche Architektur nach 1945".

Hans Scharoun (1893 – 1972) ist mit der Philharmonie Berlin vertreten, erbaut 1960 – 1963. Von ihm stammt auch die benachbarte Staatsbibliothek. Bekannt wurde Scharoun schon in den Zwanziger Jahren durch seine Entwürfe für Einfamilienhäuser und Wohnblocks.

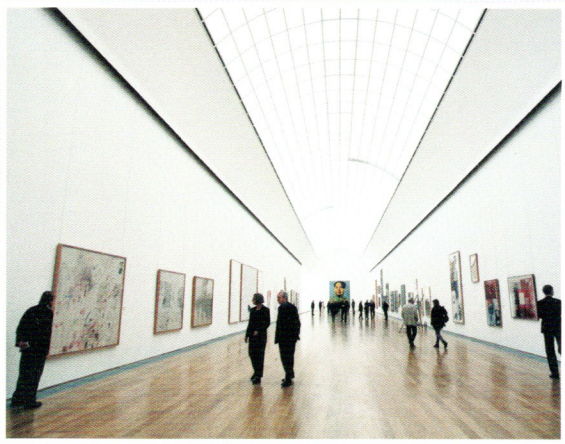
Von Ludwig Mies van der Rohe (1886 – 1969) stammt die Nationalgalerie Berlin, die 1962 bis 1968 entstand. Van der Rohe war Direktor des Bauhauses, emigrierte in die USA und wurde dort ein gefeierter Architekt.

Gottfried Böhm (geb. 1920), mit der Wallfahrtskirche Neviges vertreten, kommt die seltene Ehre zu, schon zu Lebzeiten für sein Werk mit einer Sondermarke bedacht zu werden.

Der Deutsche Pavillon auf der Weltausstellung in Montreal (1967) ist das Werk von Frei Otto (geb. 1925), der durch neuartige Baukonstruktionen auf sich aufmerksam machte und auch die Dachkonstruktion der Münchener Olympiaparks entwickelte.

Architektur nach 1945:

Von der Beseitigung des Mangelzustandes über die Plattenbauweise bis zum Anschluß an das Weltniveau



Aus alt mach neu: Als erstes Museum für zeitgenössische Kunst in Berlin eröffnete 1996 im wiederaufgebauten Hamburger Bahnhof das „Museum für Gegenwart".

Architektur in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg – das ist für die ersten Jahre im geteilten Land zunächst eine Frage der Beseitigung des Mangelzustandes. Schnell, preiswert und mit einfachsten Mitteln muß für die Ausgebombten und die in großer Zahl hereinströmenden Flüchtlinge wieder aufgebaut oder neuer Wohnraum geschaffen werden. Da bleibt nicht viel Raum für architektonische Finessen.

Auch in der damaligen DDR herrschte lange große Wohnungsnot. Später ist man mächtig stolz auf die „Plattenbauweise", mit der man es ja schafft, Wohnungslosigkeit zu überwinden.

Ein reiches Land feiert sich in der Architektur seiner Museen. Beispiel: die Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland und das Kunstmuseum (r.) in Bonn.

Die Architektur im wiedervereinigten Deutschland ist charakterisiert durch das Nebeneinander einer Vielzahl von Stilrichtungen, den Einsatz moderner Materialien, einen Bauboom in den neuen Bundesländern und der Hauptstadt Berlin. Vor allem aber hält auch auf diesem Gebiet die Globalisierung Einzug. Deutsche Architekten erregen in aller Welt Aufmerksamkeit durch ihre Bauten, während andererseits Architekten aus aller Welt neue und aufregende Architektur nach Deutschland bringen.

Deutschlands Osten hat seine Plattenbauten, im Westen feierte man in den 70er Jahren die Trabantenstadt Heiderhof in Bonn-Bad Godesberg als „gelungenes Modell einer aufgelockerten Bauweise".

Gläserne Volksvertretung. Für die Zukunft geplant, ist der neue Plenarsaal des Bundestages bei seiner Fertigstellung schon ein Auslaufmodell. In Berlin entsteht im alten Reichstag der neue Plenarsaal – unter einer gewaltigen Glaskuppel.

Stolz auf die eigene Architektur: aus Anlass ihres 20jährigen Bestehens feiert die DDR mit einer Briefmarkenserie unter anderem die Wohnanlagen Halle-Neustadt und Magdeburg.

Moderne Architektur ist das Thema der Europa-Marken von 1987, der deutsche Pavillon in Barcelona von Mies van der Rohe und die Hamburger Köhlbrandbrücke sind die Motive.

Fotos: Bundespresseamt

ABGEORDNETENHAUS VON BERLIN

Vom preußischen Landtag...

...über den Volksgerichtshof zum Haus für die Abgeordneten

In der geteilten Stadt Berlin war das Rathaus Schöneberg sowohl Sitz des Abgeordnetenhauses wie auch des Regierenden Bürgermeisters von West-Berlin.

Das sogenannte Rote Rathaus im Bezirk Mitte war bis zur Wende Sitz des Magistrats der Hauptstadt der DDR. Heute residiert hier der Regierende Bürgermeister des vereinten Berlin.

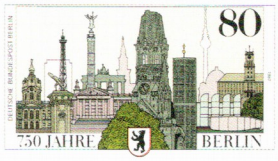
Das Abgeordnetenhaus von Berlin ist ein einzigartiger Zeitzeuge deutscher Geschichte. 1899 bezog der Preußische Landtag den von Friedrich Schulze errichteten Bau. 1918 fiel hier die Entscheidung, nach dem Kaiserreich eine parlamentarische Demokratie zu begründen, Geburtsstunde der Weimarer Republik.

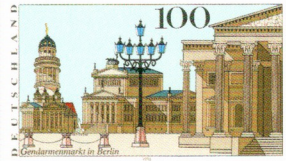
Im Dritten Reich wurde im Plenarsaal der berüchtigte Volksgerichtshof gegründet, später wurde das Gebäude - dem Reichsluftfahrtministerium angegliedert - zum „Haus der Flieger". Von 1949 bis 1953 hatte hier die erste Regierung der DDR unter Otto Grotewohl ihren Sitz.

Noch vor der Wiedervereinigung beschloß das Berliner Abgeordnetenhaus, aus dem Rathaus Schöneberg auszuziehen und seinen Sitz in das geschichtsträchtige Haus zu verlegen.

Unter den Stadtstaaten der Bundesrepublik ist Berlin mit einer Fläche von rund 890 qkm der größte und erreicht damit ein gutes Drittel der Ausdehnung des Saarlands. Mit einer Bevölkerungszahl von rund 3,4 Mio. Einwohnern wird Berlin im Bereich der neuen Bundesländer nur von Sachsen übertroffen. Beim Bruttoinlandsprodukt kommt Berlin mit rund 156 Mrd. Mark auf den achten Platz unter allen Bundesländern – gleichauf mit Rheinland-Pfalz.

Mit einem Festakt am 28. April 1993 weihte das Berliner Abgeordnetenhaus seinen neuen Sitz im ehemaligen Preußischen Landtag ein. Der dreijährige Umbau kostete rund 162 Mio. Mark.





Fotos: Bundespresseamt, Landesbildstelle Berlin

50 JAHRE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

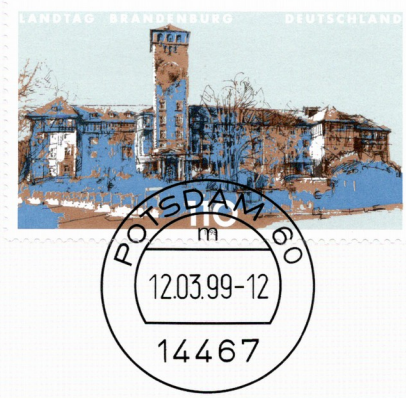
LANDTAG BRANDENBURG

Von der Königlichen Kriegsschule...

...über den „Kreml" zum heutigen Parlament

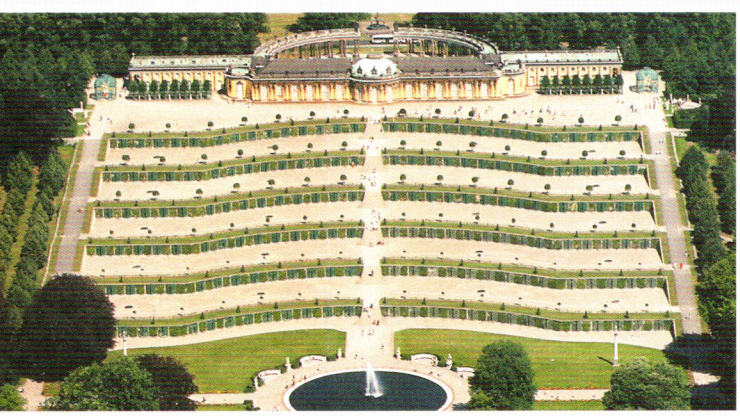
Einer der herausragenden Architekten des Kaiserreichs, Franz Schwechten, errichtete die Königliche Kriegsschule in Potsdam, den heutigen Landtag Brandenburg.

Das Gebäude des Landtages von Brandenburg kann auf eine wechselvolle Geschichte zurückblicken. 1899 bis 1902 ließ Wilhelm II. um einen schon bestehenden Turm eine königlich-preußische Kriegsschule errichten. 1919 zog das neu gegründete Reichsarchiv, später das Heeresarchiv in den Bau ein. Nach dem Krieg nutzte die SED-Bezirksleitung das Gebäude, wodurch es im Volksmund den Namen "Kreml" erhielt.



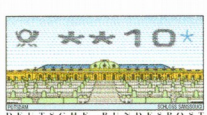
Seit 1991 ist das denkmalgeschützte Hauptgebäude Sitz des Landtages für die 88 Abgeordneten Brandenburgs.

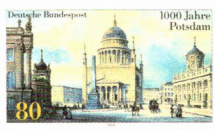
Betretene Gesichter bei Ministerpräsident Manfred Stolpe (l) und Eberhard Diepgen, Regierender Bürgermeister von Berlin, am Abend des 5. Mai 1996 nach der Volksabstimmung über die Länderfusion Berlin-Brandenburg. Während die Einwohner der Hauptstadt mehrheitlich für den Zusammenschluß stimmten, waren fast 63 % der Bürger von Brandenburg dagegen.



Mit einer Fläche von rund 29.500 qkm ist Brandenburg das größte der neuen Bundesländer, verfügt mit etwas mehr als 2,5 Mio. Einwohnern aber über deutlich weniger Menschen als Sachsen (4,5 Mio.). Und in seiner Wirtschaftskraft kommt Brandenburg mit einem Brutto-Inlandsprodukt von rund 77,8 Mrd. Mark auf den elften Platz unter den Bundesländern, vor Sachsen-Anhalt (71,4 Mrd.) und Thüringen (66,5 Mrd.).

Die Attraktion der brandenburgischen Hauptstadt Potsdam, die Touristen aus aller Welt anzieht: Schloß Sanssouci, von Friedrich dem Großen zum Teil nach eigenen Plänen 1745 – 1747 erbaut.



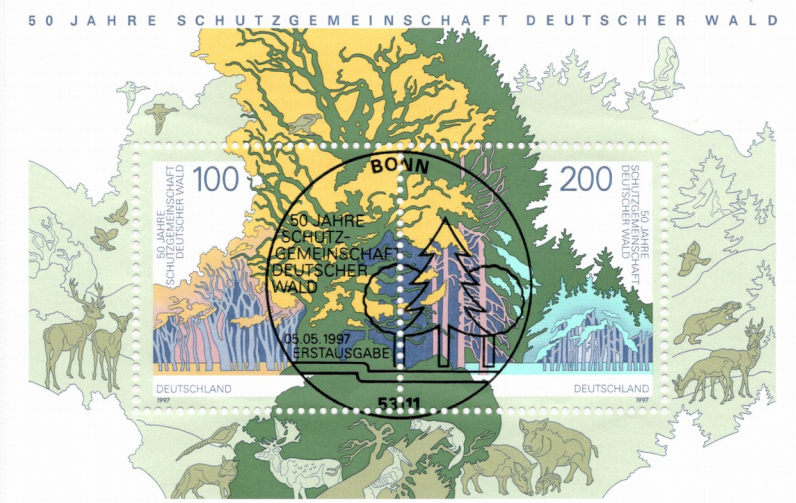


Fotos: Bundespresseamt, Land Brandenburg, dpa.

Das Waldsterben in Deutschland...

...verändert auch die politische Landschaft

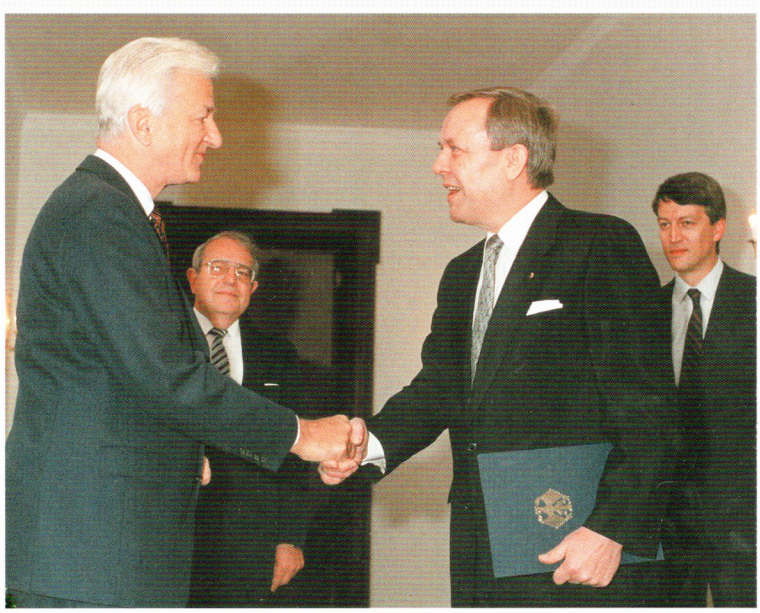
Der „saure" Regen ist ein wesentlicher Grund für das Sterben des Waldes. Er zerstört die schützende Wachsschicht der Nadeln, so daß schädliche Algen eindringen können.



Die Deutschen haben zu ihren Wäldern ein anderes, engeres Verhältnis als ihre Nachbarn. So reagierte die deutsche Bevölkerung empfindlich, als bekannt wurde, daß ein großer Teil des Waldbestandes durch Krankheiten gefährdet ist. Das Schlagwort vom Waldsterben rief nicht nur die Umweltschützer auf den Plan, auch die etablierten Parteien griffen das Thema auf.

Ende der Neunziger Jahre ist es etwas stiller um den deutschen Wald geworden. Zwar gibt es noch immer den 1952 ins Leben gerufenen „Tag des Baumes" und auch der „Waldzustandsbericht" wird jährlich vorgelegt, aber inzwischen stehen andere Themen höher in der Gunst der Deutschen.

Auch ein Beitrag zum Wald- und Umweltschutz: Deutschland führte als erster Staat in Europa das bleifreie Benzin ein. Heute fährt fast ganz Europa bleifrei.



Das Waldsterben wurde in den 70er Jahren zu einem großen Thema der Umweltschützer. Einen ersten Umweltminister auf Bundesebene gab es jedoch erst 1986 nach dem Reaktorunfall im sowjetischen Tschernobyl. Am 6. Juni erhielt Walter Wallmann aus der Hand von Bundespräsident Richard von Weizsäcker seine Ernennungsurkunde. Zuvor wurde das Thema Umweltschutz im Innenministerium "verwaltet". Im Hintergrund: Dr. Franz Spath (l.)und Dr. Meinhard Ade, Referenten des Bundespräsidenten.

5. Dezember 1947:

Noch vor Währungsreform und Grundgesetz wird die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW) gegründet

„Die seit Mitte der 70er Jahre in ungewohntem Umfang auftretenden Waldschäden sind für Umweltpolitik und öffentliche Meinung in der Bundesrepublik zu dem vielleicht schwersten Umweltschaden unserer gemäßigten Breiten geworden." Mit diesen Worten beginnt ein Sondergutachten, über „Waldschäden und Luftverunreinigungen", das im März 1983 vom Rat der Sachverständigen für Umweltfragen vorgelegt wird.

©Bundesamt für Naturschutz
Quellen: Bundesamt für Naturschutz (BfN) 1999, Stand 1999
Statistisches Bundesamt, CORINE Land Cover, 1997

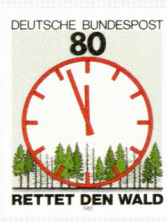
10,7 Mio. Hektar beträgt die Waldfläche in Deutschland und macht damit rund 30 % der Gesamtfläche aus. In Österreich beträgt der Anteil 46,2 %. Die grünen Flächen auf der Karte sind Wald, die dunklen Bereiche Wald innerhalb von Schutzgebieten.

Bundesrepublik und DDR waren noch gar nicht entstanden, die Deutschen lebten noch in vier Besatzungszonen, da gab es schon die erste Bürgerinitiative nach dem Krieg: am 5. Dezember 1947 wurde die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW) gegründet, die Währungsreform und die Verkündigung des Grundgesetzes kamen erst später. Das erste Ziel der Gemeinschaft war es, der Abholzung der deutschen Wälder als Reparationsleistung entgegenzuwirken.

Die Sorge um den deutschen Wald war auch ein Grund für die Bildung des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen, der 1971 vom damaligen Innenminister Genscher eingesetzt wurde.

Am ersten „Tag des Baumes", dem 25. April 1952, pflanzen Bundespräsident Theodor Heuss (M.) und Innenminister Robert Lehr einen Baum im Bonner Hofgarten.

1985 war es drei Minuten vor zwölf für den deutschen Wald, 1992 ging es um die Rettung des tropischen Regenwaldes und schon 1969 sorgte man sich in der DDR um den Wald als Rohstofflieferanten.



Fotos: Bundes-Presseamt, Bund für Naturschutz, Schutzgemeinschaft Deutscher Wald

Die Einführung der Deutschen Mark...

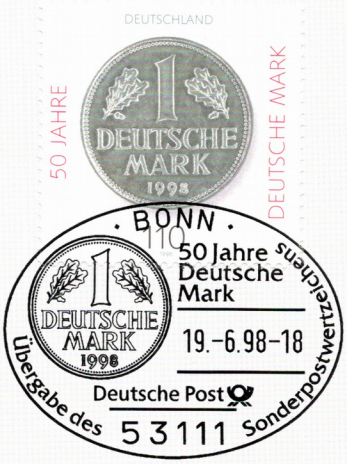
...schuf die Grundlage für das „Wirtschaftswunder"

Wo gestern noch Tristesse die Auslagen der Schaufenster bestimmte, sorgt die neue Währung für raschen Wandel. Mit den neuen Preisen sind auf einmal auch neue Waren da.

Schlangen vor den Banken: Im Umtausch gegen Altgeld erhielt jeder Bürger ein „Kopfgeld" von 40 DM. Unternehmen konnten für jeden Beschäftigten 60 DM eintauschen.

Eine der Folgen der beiden Weltkriege und der Inflation der Zwanziger Jahre: das Vertrauen in die seit 1876 bestehende Gültigkeit der einheitlichen deutschen Währung war zerstört. Blühende Schwarzmärkte und Zigaretten als Ersatzwährung traten an die Stelle der offiziell noch gültigen Reichsmark.

In dieser Situation ließ Lucius D. Clay, der amerikanische Militärgouverneur in Deutschland, im Frühjahr 1948 eine Expertengruppe mit deutscher Beteiligung eine Währungsreform ausarbeiten, die mit der Einführung der Deutschen Mark am 20. Juni 1948 vollzogen wurde.



Zuvor waren Verhandlungen mit den Sowjets über eine gemeinsame Währungsreform gescheitert. Folgerichtig bekam auch die sowjetische Besatzungszone am 24. Juni 1948 ihre Währungsreform und führte die "Deutsche Mark der Deutschen Notenbank" als Zahlungsmittel ein.

Nach über 50 Jahren ist die DM zu einem Auslaufmodell geworden. Seit dem 1. Januar 1999 ist der Euro neben der DM offizielles Zahlungsmittel und wird ab dem Jahre 2002 die Deutsche Mark ganz ablösen.

Fotos: Bundespresseamt,dpa

20. Juni 1948:

Die Währungsreform als „Neuordnung des Geldwesens nach der vollständigen Zerrüttung"

Die Geschichte des Geldes im Deutschland des 20. Jahrhunderts ist von extremen Hochs und Tiefs gekennzeichnet. Zeiten hoher Geldwertstabilität und Inflation wechselten einander ab. Die Währungsreform von 1948 trug, wie es der Brockhaus formuliert, zur „Wiederherstellung einer funktionsfähigen Geldwirtschaft mit Stabilität des Geldwertes bei" und machte damit den Weg frei für das deutsche Wirtschaftswunder.

Bundesfinanzminister Theo Waigel und sein DDR-Kollege Walter Romberg tauschen im Bonner Palais Schaumburg die Unterzeichnungsurkunden über die Schaffung einer Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik und der DDR aus. Im Hintergrund: Bundeskanzler Helmut Kohl und DDR-Ministerpräsident Lothar de Maizière (l).

Die Stabilität der Mark bewährte sich auch im Vorfeld der deutschen Wiedervereinigung bei der am 1. Juli 1990 vollzogenen Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion mit der damaligen DDR. Die Mark blieb hart wie eh und je. Ob der Euro auf Dauer so hart wird wie die DM, das muß die Zukunft erweisen.

Wie sich die Bilder gleichen: Gespannte Erwartung wie bei der Währungsreform 1948 auf das, was man 1990 am Tag nach dem Umtausch in "Westgeld" kaufen kann.

Am 1. Juli 1990 um 00.00 Uhr ist es dann soweit: die D-Mark wird alleiniges offizielles Zahlungsmittel in der DDR. Einige Banken begannen bereits nach Mitternacht mit der Auszahlung von DM-Beträgen.

Nach der Öffnung der deutsch-deutschen Grenzen erhalten DDR-Besucher an extra eingerichteten Kassenstellen ein "Begrüßungsgeld" von 100 Mark.

Im Herbst 1923 erreicht die erste Inflation in Deutschland ihren Höhepunkt: es werden Freimarken mit den Werten 10, 20 und 50 Milliarden M(ark) herausgegeben.

Als harte Währung präsentiert sich dagegen die DM zum 10jährigen wie zum 50jährigen Jubiläum.

SED-Generalsekretär Honecker im Januar 1989:

„Die Mauer wird noch in 100 Jahren stehen"

Als die Mauer am 9. November 1989 geöffnet wurde, strömten in den darauffolgenden Tagen mehr als 1 Million Menschen aus Ost-Berlin in den Westen der Stadt.
Am Morgen des 10. November kommen Bewohner aus beiden Teilen der Stadt am Brandenburger Tor zusammen und klettern auf die Mauerkrone.

Fotos: Bundes-Presseamt

Die Mauer überdauerte aber nicht einmal das Jahr 1989: am Abend des 9. November öffnete die SED-Regierung der DDR die Berliner Mauer und zahlreiche Übergänge an der innerdeutschen Grenze. Die Bevölkerung der DDR hatte mit einer mutigen, gewaltlosen und besonnenen Revolution das Regime besiegt. Jubelnde Menschen stürmten die am 13. August 1961 errichtete Mauer, jahrzehntelang Symbol für die Teilung und nun für den „friedlichen Aufbruch zur deutschen Einheit".

„Wir sind das Volk" – mit diesem Ruf begannen die Proteste gegen das Regime, nachdem mutige Bürger bei den Kommunalwahlen am 7. Mai 1989 der SED massive Wahlfälschungen nachgewiesen hatten. Die Proteste verstärkten sich nach den Feiern zum 40. Jahrestag der Staatsgründung der DDR, und vor allem die Montags-Demonstrationen in Leipzig fanden weltweite Beachtung.

Nach der Öffnung der Mauer und der Grenzen kam bald der neue Ruf „Wir sind ein Volk" hinzu, Ausdruck für den Wunsch nach Freiheit und Einheit.

28. November 1989: Bundeskanzler Helmut Kohl verkündet das „Zehn-Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas“

Am 19. und 20. Dezember 1989 fand in Dresden das erste Treffen zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und dem Vorsitzenden des DDR-Ministerrates Hans Modrow nach dem Mauerfall am 9.November statt. Wichtigstes Ergebnis des Treffens ist die „Absichtserklärung für eine Vertragsgemeinschaft beider deutscher Staaten“. In einer Kundgebung wendet sich Helmut Kohl an die Dresdner Bevölkerung, die auf Spruchbändern die Wiedervereinigung fordert.

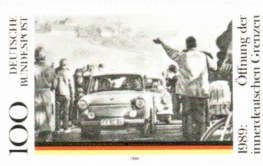
Nur elf Monate nach dem Fall der Mauer war die Einigung Deutschlands vollendet. Nach dem 18. Oktober 1989 hatten sich die Ereignisse überschlagen: Erich Honecker verlor alle seine Ämter, sein Nachfolger Egon Krenz kündigte eine „Wende“ an - und die erfolgte am Abend des 9. November: Politbüro-Mitglied Günter Schabowski gibt in einer Pressekonferenz bekannt, daß eine neue Reiseregelung es jedem DDR-Bürger ermöglicht, das "Land zu jedem Zeitpunkt und mit jedem Ziel zu verlassen”.

Am 28. November verkündet Bundeskanzler Helmut Kohl im Bundestag sein „Zehn-Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas”. Und spätestens die symbolträchtige Öffnung des Brandenburger Tores kurz vor Weihnachten 1989 zeigt, wohin die Reise geht.

Nach den ersten freien Wahlen zur Volkskammer wird Lothar de Maizière am 12. April 1990 Chef der DDR-Regierung, die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion folgt am 1. Juli 1990, und in den Gesprächen mit Michail Gorbatschow am 15. Juli im Kaukasus räumt Bundeskanzler Kohl die letzten Hindernisse für einen erfolgreichen Abschluß der „Zwei-plus-Vier”-Gespräche über die deutsche Einheit aus dem Weg.

Nachdem Ungarn seine Grenzen geöffnet hatte, flohen zahllose DDR-Bürger über Österreich in die Bundesrepublik. Das Beispiel machte auch in Prag Schule. Im Oktober 1989 warteten nahezu 6000 DDR-Bürger im Hof der Deutschen Botschaft auf ihre Ausreise.

Die letzte "Montags-Demonstration” vor dem Fall der Mauer fand am 6. November vor dem Leipziger Hauptbahnhof statt. Nach den Ereignissen in Ungarn und der Tschechoslowakei fühlten sich immer mehr DDR-Bürger zu Protestaktionen gegen das SED-Regime ermutigt.



Viele hoffen, daß die EZB...

...wie die Bundesbank wird

Die Gründung der Europäischen Zentralbank (EZB) in Frankfurt am 1. Juni 1998 ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU). Die Grundlage für diese Union ist der Vertrag von Maastricht, der am 7. Februar 1992 unterzeichnet wurde.

Der Eurotower, wie ihn die Frankfurter nennen, ist der Sitz der Europäischen Zentralbank

Der Vertrag sieht die Verwirklichung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion in drei Stufen vor. Mit der Einführung des Euro am 1. Januar 1999 ist die EWWU in die letzte, entscheidende Stufe eingetreten.

Nicht mehr Zentralbanken der einzelnen Mitgliedsländer oder deren Regierungen entscheiden nun über die Geldpolitik, sondern die Europäische Zentralbank und das Europäische System der Zentralbanken (ESZB) sind nun für die Geldwertstabilität in Europa verantwortlich.

Vor allem viele Deutsche hoffen, daß die Europäische Zentralbank einmal so wird wie die Bundesbank: unabhängig und stark, ein Garant für einen so stabilen Euro wie einst die Deutsche Mark.

Der Niederländer Wim Duisenberg wird 1997 in sein Amt als Präsident des Europäischen Währungsinstituts (EWI), dem Vorläufer der EZB eingeführt. Zum 50. Geburtstag der DM trifft Duisenberg (r.) im Bonner Haus der Geschichte auf die Hüter einer starken Mark: Bundesbank-Präsident Dr. Hans Tietmeyer (l.) und Bundesfinanzminister Dr. Theo Waigel fordern einen ebenso harten EURO.

Die Bezeichnung Euro für die europäische Währung wurde vom Europäischen Rat am 15. und 16. Dezember 1995 in Madrid beschlossen. Ab dem 1. Januar 2002 werden die Euro-Banknoten und Münzen in Umlauf gebracht.

Fotos: Bundespresseamt, EZB

1. Juni 1998:

Gründung der Europäischen Zentralbank in Frankfurt am Main

Als sich die Mainmetropole nach zähem Ringen gegen ihre Mitbewerber als Sitz der neuen Europäischen Zentralbank durchsetzen kann, bedeutet das für den Standort Frankfurt eine Aufwertung ersten Ranges.

Im Schlepptau von EZB und Euro lassen sich weitere Banken in "Mainhattan" nieder, die Frankfurter Börse gewinnt national und international an Bedeutung.

Eine andere Institution in Frankfurt dagegen verliert zwangsläufig durch den Zuzug der Europäischen Zentralbank: die deutsche Bundesbank, weltweit als Hüterin der starken und stabilen Deutschen Mark geachtet.

Die EZB und ihre Beschlußorgane sind für eine einheitliche Geldpolitik im Währungsgebiet des Euro verantwortlich.

Zu diesem Währungsgebiet gehören die meisten Staaten der Europäischen Union, nämlich Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Österreich, Portugal und Spanien.

Andere Staaten wie Dänemark, Griechenland, Großbritannien und Schweden zögern noch mit ihrem Beitritt oder erfüllten die Euro-Kritierien (noch) nicht.

Ein Bild aus stolzen Tagen: Bundesbankpräsident Hans Tietmeyer (M.) begrüßt Bundespräsident Roman Herzog (l.), der am 18. April 1996 an einer Sitzung des Zentralbankrates teilnimmt.

Die Frankfurter Börse gewinnt durch die in Frankfurt gegründete EZB an Bedeutung. *London und* Paris haben das Nachsehen.

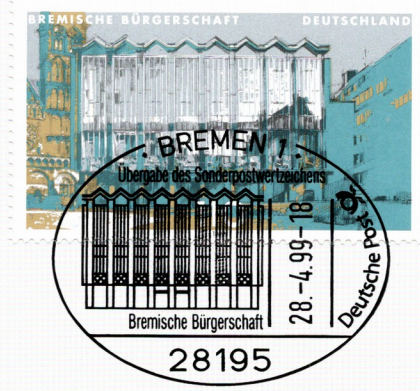
Trutzburg der Geldwertstabilität, das Gebäude der Deutschen Bundesbank in Frankfurt.

Die Silhouetten der Banken bestimmen die Skyline von Frankfurt. Durch die EZB spielt die Mainmetropole in der Welt der Währungen jetzt eine noch bedeutendere Rolle.

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Mut zur Moderne...

...statt historischen Nachbaus an geschichtsreicher Stätte



Als das Haus der Bremischen Bürgerschaft am 9. September 1966 feierlich seiner Bestimmung übergeben wurde, war das der Schlußpunkt unter eine jahrelang engagiert geführte Kontroverse. Das an dieser Stelle stehende Börsengebäude, in dem die Bürgerschaft bis zu ihrer Auflösung durch die Nationalsozialisten getagt hatte, war 1944 bei einem Bombenangriff zerstört worden. Sollte an dieser Stätte im Herzen Bremens ein historischer Nachbau entstehen oder der Baustil der Gegenwart vorherrschen? Der Mut zur Moderne setzte sich durch. Gebaut wurde der Entwurf von Wassili Luckhardt, einem Architekten von internationaler Bedeutung.

Der Bremer Marktplatz spiegelt die Epochen der bremischen Geschichte wider: das Rathaus in der Bildmitte steht für die selbstbewußte Bürgerschaft, der St. Petri-Dom für den frühen Bischofssitz und das Haus der Bürgerschaft für die moderne parlamentarische Demokratie.

Wassili Luckhardt, der Architekt des Hauses der Bremer Bürgerschaft, war mit seinem Bruder Hans stilprägend an der Architektur der 20er Jahre in Deutschland beteiligt.

1992 wurde das Haus der Bürgerschaft unter Denkmalschutz gestellt. Es ergänzt die Bauwerke verschiedener Epochen rund um den Bremer Marktplatz, einem der schönsten in Europa.

Das Bundesland Bremen - offizieller Name: Freie Hansestadt Bremen - besteht aus den beiden Städten Bremen und Bremerhaven. 680.000 Einwohner, davon rund 550.000 in Bremen und rund 130.000 in Bremerhaven, leben in dem kleinsten deutschen Bundesland auf einer Fläche von insgesamt 404,2 qkm. Was seine Wirtschaftskraft angeht, ist Bremen - gebeutelt von Wirtschafts- und Werftkrisen - mit einem Bruttoinlandsprodukt von 40,3 Mrd. Mark das Schlußlicht in Deutschland.

Fotos: Studio B Bremen

Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg

Der Sitz der Hamburger Bürgerschaft...

...hat sechs Räume mehr als der Buckingham Palast

Das prunkvolle, im Stil des Historismus erbaute Hamburger Rathaus ist seit seiner Einweihung am 26. Oktober 1897 Sitz von Bürgerschaft und Senat der Freien und Hansestadt Hamburg. Es hat mit 647 Räumen sechs mehr als der Londoner Buckingham Palast.

Bis 1996 war die Hamburger Bürgerschaft ein reines "Feierabendparlament" mit ehrenamtlichen Abgeordneten, die in der Regel einem Beruf nachgingen. Eine Verfassungsreform strebt seitdem eine Professionalisierung an, ohne die Möglichkeit zur Berufsausübung grundsätzlich abzuschaffen.

Der Innenhof verbindet mit seinen zwei Flügelbauten Rathaus und Börse: Nach dem Willen der Stadtväter sollte die unmittelbare Nachbarschaft die grundsätzliche Übereinstimmung in den für die Stadt elementaren Fragen zwischen Kaufmannschaft und politischer Führung symbolisieren.

Die Hamburger Bürgerschaft mit ihren 121 gewählten Abgeordneten ist die unmittelbare politische Vertretung der Bürger. Denn Hamburg ist laut Landesverfassung eine Einheitsgemeinde, die Bürgerschaft ist somit Landesparlament und Gemeindevertretung zugleich.

Die Fläche der Freien und Hansestadt Hamburg ist mit rund 755 qkm nur wenig kleiner als die der deutschen Hauptstadt (890 qkm), aber mit rund 1,7 Mio Menschen ist Hamburg nur halb so dicht bevölkert wie Berlin. Dafür erreicht die Hansestadt in ihrer Wirtschaftskraft mit einem Brutto-Inlandsprodukt von rund 143 Mrd. Mark fast Berliner Dimensionen und läßt das sie umgebende Schleswig-Holstein mit 113 Mrd. Mark klar hinter sich.

"Libertatem quam peperere maiores digne studeat servare posteritas - Die Freiheit, die schwer errungen die Alten, möge die Nachwelt würdig erhalten." So steht es seit über 100 Jahren in goldenen Lettern über dem Portal des Hamburger Rathauses.

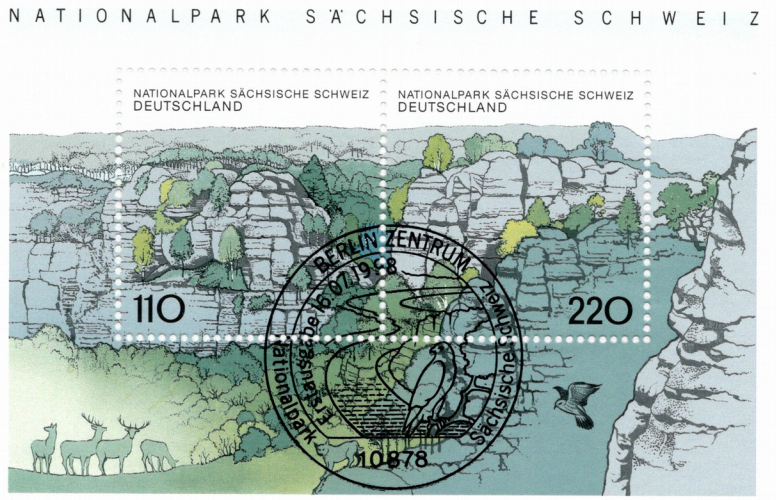
Fotos:
Staatliche Pressestelle der Freien und Hansestadt Hamburg, dpa

50 Jahre Bundesrepublik Deutschland

NATIONALPARK SÄCHSISCHE SCHWEIZ

Das Ziel der Nationalparke...

...die Natur sich selbst überlassen



Das Elbsandsteingebirge ist ohne Zweifel eine Landschaft mit Charakter. Ihr unverwechselbares Gepräge erhält sie durch die Mannigfaltigkeit und Gegensätzlichkeit der Formenwelt des Quadersandsteins.

1996 begann der Bundespostminister mit der Herausgabe einer Briefmarkenserie, die den "Deutschen National- und Naturparken" gewidmet ist. Nach der "Vorpommerschen Boddenlandschaft" war 1998 die "Sächsische Schweiz" das Motiv. 1999 wählten die europäischen Postverwaltungen die National- und Naturparke zum gemeinsamen Thema. In Deutschland erschien als EUROPA-Ausgabe der Block "Nationalpark Berchtesgaden".

Die Felstürme der Erosionslandschaft gleichen Ruinen, deren allmählicher Zerfall bis heute andauert.

Die Sächsische Schweiz an der Grenze zwischen Sachsen und Böhmen ist eine in Mitteleuropa einzigartige Erosionslandschaft der Kreidezeit mit wuchtigen Tafelbergen, schroffen Felsrevieren, tiefen Tälern, Gründen und Schluchten.

Bis zum Ende des 18. Jahrhunderts gab es für diesen schwer zugänglichen und damit ökonomisch uninteressanten Landstrich nicht einmal einen eigenen Namen. Die wenigen Besucher empfanden das Gebiet als bedrohlich und eher abschreckend. Mit der Wende zum 19. Jahrhundert begann unter dem Einfluß der Romantik die Entdeckung des "Elbsandsteingebirges". Touristen und unter ihnen vor allem Maler aus der Schweiz brachten den Begriff "Sächsische Schweiz" auf.

Fotos: Bundes-Presseamt, Nationalparkverwaltung Berchtesgaden, W. Henkel

5. Dezember 1947:

Ein Hamburger Reeder "erfindet" das Programm der Naturparke

Der Nationalpark Berchtesgaden im äußersten Südosten Deutschlands wird auf drei Seiten von der Grenze zu Österreich umgeben und geht in das Naturschutzgebiet der Salzburger Kalkhochalpen über. Watzmann und Königssee sind die Attraktionen für die vielen Besucher und Wanderer.

Heute ist die Aufgabe zeitgemäßen Naturschutzes, Natur- und Kulturlandschaften in ihrer Eigenart, Vielfalt und Schönheit zu bewahren und nachhaltig zu entwickeln, Allgemeingut.

Dabei ist die Naturparkbewegung in Deutschland erst 1956 von dem Hamburger Reeder Alfred C. Toepfer initiiert worden.

Heute befinden sich National- und Naturparke in den unterschiedlichsten Regionen der Bundesrepublik, vom Wattenmeer im hohen Norden bis zum Nationalpark Berchtesgaden in den Alpen. Einige Parks im Westen sind sogar grenzüberschreitend wie der Deutsch-Belgische Naturpark Nordeifel oder der Deutsch-Niederländische Park Maas-Schwalm-Nette. Insgesamt gibt es 112 Naturparke in Deutschland, neun von ihnen sind zusätzlich auch noch Nationalparke und weitere 13 sogenannte Biosphärenreservate.

Wilde Natur mit einer artenreichen Pflanzen- und Tierwelt ist noch vielerorts im Nationalpark Berchtesgaden anzutreffen oder breitet sich wieder aus - ganz nach dem Ziel der Parkverwaltung: die Natur sich selbst zu überlassen.

Die wichtigsten Aufgaben der Naturparke wurden 1995 vom Verband Deutscher Naturparke neu definiert. Danach gilt es, die Natur zu schützen, zu pflegen und zu entwickeln, die Kulturlandschaft zu bewahren, die landschaftsbezogene umwelt- und sozialverträgliche Erholung zu sichern, Naturgüter zu schonen und im Sinne des Nachhaltigkeitsprinzips zu entwickeln sowie ein breites Umweltbewußtsein durch umfassende Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit zu schaffen.

Briefmarken im Festtagskleid sind die Blockausgaben zum Thema "Nationalparke". Nach der "Vorpommerschen Boddenlandschaft" und "Berchtesgaden" folgt im Jahr 2000 "Hainich" an der Grenze von Thüringen und Hessen.

Die kleinen Länder...
...machen Front gegen die Kleinstaaterei

In Europa gibt es mittlerweile eine Vielzahl von Regionen, die über nationale Grenzen hinweg partnerschaftlich zusammenarbeiten, um vorhandene Kräfte auf den verschiedensten Gebieten zu bündeln und zu entwickeln. Man will weg von der Kleinstaaterei, hin zu einem Europa guter Nachbarschaft.

Ein Vorreiter für ein modernes Europa kooperierender Regionen ist die Region Saar-Lor-Lux.

Obwohl schon 1980 eine gemeinsame Regierungskommission gegründet wurde, dauerte es bis zum Jahr 1995, ehe es zum ersten Saar-Lor-Lux Gipfel mit den Regierungschefs von Luxemburg Jean-Claude Juncker (l.), Oskar Lafontaine (Saarland) und Kurt Beck (Rheinland-Pfalz) kam.

Nach der Eingliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik dauerte es noch über zwei Jahre, bis in der Nacht zum 6. Juli 1959 die Zollgrenzen zwischen Deutschland und dem Saarland fielen. Ministerpräsident Dr. Franz Josef Röder ließ sich von seinen Landsleuten am Grenzübergang Eichelscheid in Homburg feiern.

Zur Region Saar-Lor-Lux gehören das Saarland, Lothringen, Luxemburg, das südwestliche Rheinland-Pfalz, die Wallonie und die deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens. In der Region leben rund 11 Mio. Menschen.

Nach der deutschen Kapitulation 1945 versuchte die französische Regierung wie schon 1919, sich den Besitz der Saarkohle zu sichern, die etwa einem Drittel der Förderung der französischen Kohlereviere entspricht. Das Saargebiet wurde 1946 aus der französischen Besatzungszone ausgegliedert, deutlich vergrößert und in einer Währungs- und Zollunion mit Frankreich verbunden. Die am 15.12.1947 durchgesetzte Verfassung ging von der Abtrennung von Deutschland und dem wirtschaftlichen Anschluß an Frankreich aus. Die eigentliche Macht lag seit 1948 bei dem französische Hochkommissar.

Gegen diese Regelungen erhob die Bundesregierung 1950 und 1953 Widerspruch und forderte das Selbstbestimmungsrecht für das Saarland. Verhandlungen führten 1954 zum "Europäischen Saarstatut", das die wirtschaftliche Anbindung an Frankreich aber nicht beendete.

Fotos: Saar-Lor-Lux, Staatskanzlei Saarbrücken, Avantis

1. Januar 1957:

Das Saarland wird in die Bundesrepublik Deutschland eingegliedert

Strukturwandel tut not: öde Industrielandschaften, wie diese 1983 im Saarland, sollen der Vergangenheit angehören. Kooperationen über Ländergrenzen hinweg können dabei helfen.

Die Bevölkerung des Saarlandes konnte sich mit diesem schwammigen Kompromiß aber nicht abfinden und lehnte im Oktober 1955 mit 67,7 % der Stimmen das "Europäische Saarstatut" ab.

Daraufhin kam es zu neuen Verhandlungen, die im Oktober 1956 zur Unterzeichnung des Luxemburger Vertrages führten. Dieser bestimmte, daß das Saarland am Neujahrstag 1957 in die Bundesrepublik Deutschland eingegliedert wurde.

Die Rückgliederung bedeutete aber keine neue Abschottung, sie machte vielmehr den Weg frei für neue, grenzüberschreitende Kooperationen.

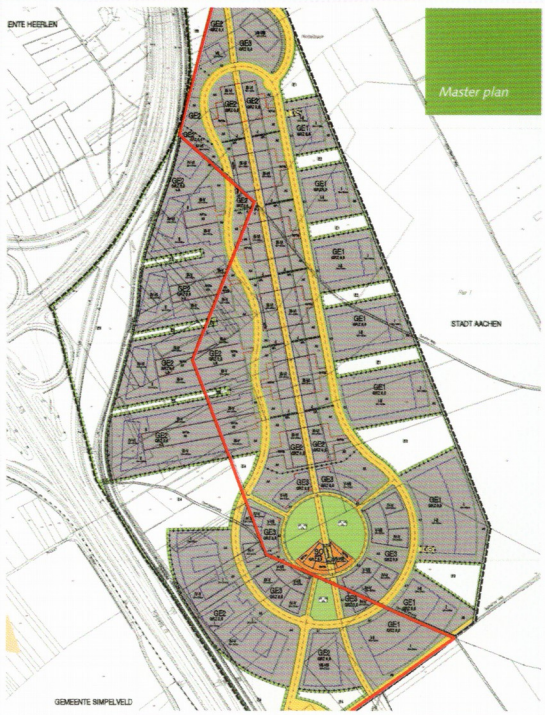
So wie in der Region Saar-Lor-Lux gibt es an allen Grenzen des wiedervereinigten Deutschland das Bemühen, neue Wege der Partnerschaft zu den Nachbarn zu finden.

Allein im Gebiet zwischen Deutschland, Belgien und den Niederlanden sind zahlreiche Initiativen gestartet worden, um wirtschaftliche, kulturelle und touristische Projekte voranzutreiben. So arbeiten mehr als 60 Städte und Gemeinden an Rhein und Maas an der Zukunftsinitiative EUROGA 2002 plus.

Schon einmal widmeten drei Länder einer Grenzregion eine gemeinsame Marke: 1993 gab es eine Ausgabe von Deutschland, Österreich und der Schweiz für die Euregio Bodensee.

Alle Saarmarken zwischen 1947 und 1959 trugen die Wertbezeichnung "F" für Franc, so zum ersten Tag der Verfassung 1948 wie auch zur Eingliederung in die Bundesrepublik 1957.

Und mit Avantis bei Aachen/Heerlen entsteht erstmals ein Gewerbepark auf der Grenze zwischen Deutschland und den Niederlanden, ein Modell für das Europa von morgen.

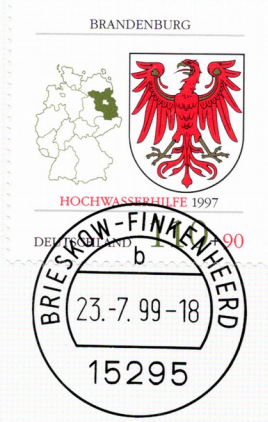


Das Gewerbegebiet Avantis will das kreative Potential der Universitäten von Aachen, Maastricht und Lüttich nutzen, um auf einem Gelände von ca. 100 ha eine moderne, grenzüberschreitende Struktur zu schaffen. Das Motto: "Science creates Business" - Wissenschaft bringt Geschäft.

Rote Linie: deutsch/niederländische Staatsgrenze.

„Land unter...

...schweißt die Menschen zusammen



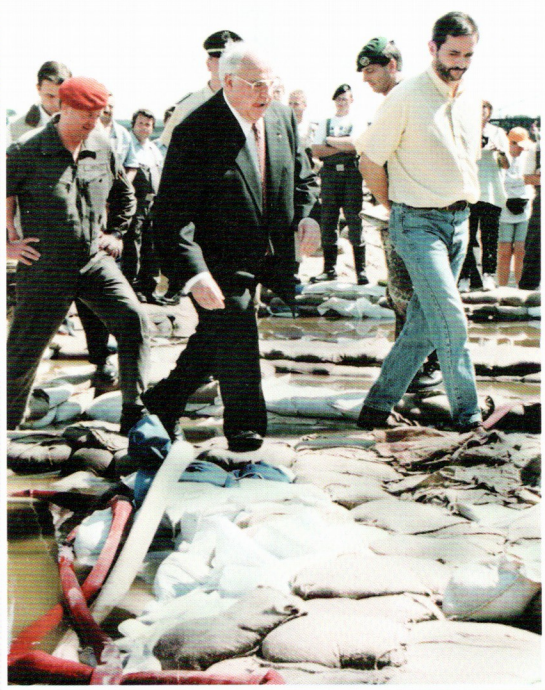
Als im Juli 1997 ein starker Dauerregen in den Quellgebieten von Oder und Neiße niederging, kam es in Deutschland im gesamten Oderbruch zu einer Hochwasserkatastrophe.

Große Teile der Bevölkerung mußten evakuiert werden. Bei den Rettungsarbeiten kamen neben den Helfern des Technischen Hilfswerks und des Roten Kreuzes auch Einheiten der Bundeswehr und des Bundesgrenzschutzes zum Einsatz.

Als das Hochwasser der Oder am 23. Juli 1997 bei Brieskow-Finkenheerd einen Deich auf einer Länge von 100 Metern durchbricht, wird diese Kuhherde von einem Hubschrauber auf eine rettende Wiese gescheucht.

Fast bis zum Dach unter Wasser stehen diese Busse Ende Juli 1997 bei Eisenhüttenstadt. In diesem Gebiet waren 1300 Helfer im Einsatz, über 400 Menschen mußten evakuiert werden.

Die Flut löste in der Bevölkerung eine Welle der Hilfsbereitschaft aus. In der Not fanden Deutsche in Ost und West zueinander, das Schicksal der Menschen in Frankfurt/Oder, Bad Freienwalde, Neuhardenberg und Eisenhüttenstadt schweißte die Nation mehr zusammen als alle gutgemeinten Bekundungen zur Deutschen Einheit.



Der brandenburgische Umweltminister Matthias Platzek (r) wird durch seinen rastlosen Einsatz im Katastrophengebiet zum Medienstar. Aber auch Bundeskanzler Helmut Kohl erwirbt sich viele Sympathien durch sein Erscheinen vor Ort

Fotos: Bundespresseamt, dpa

Auch die Bundesregierung zog mit: schon am 5. August beschloß das Kabinett unter Bundeskanzler Helmut Kohl ein Sofort-Hilfsprogramm für die Opfer des Hochwassers in Höhe von 500 Mio. DM. Und der Bundespostminister gab eine Neuauflage der Sondermarke von 1992 mit dem Wappen von Brandenburg heraus: Wertstufe 110 Pfennig zuzüglich 90 Pfennig als Hochwasserhilfe.

17. Februar 1962:
Sturmflut des Jahrhunderts fordert mehr als 300 Tote und bringt einen Helden hervor

In Schlauchbooten der Bundeswehr werden Einwohner Wilhelmsburgs aus ihren Häusern gerettet. Aber allein in diesem Hamburger Stadtteil kommen 2oo Menschen durch die Fluten ums Leben

In der Nacht auf den 17. Februar 1962 erleben die Bewohner der deutschen Nordseeküste die schlimmste Sturmnacht des Jahrhunderts. Ein orkanartiger Nordweststurm tobt über Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen und Bremen.

Während es an der schleswig-holsteinischen Küste durch rechtzeitigen Alarm gelingt, die Bewohner unter dramatischen Umständen zu retten, reißen die Wassermassen allein im Hamburger Elbegebiet 312 Menschen in den Tod. Der Hamburger Hafen wird völlig überschwemmt, im Stadtteil Wilhelmsburg werden 75.000 Bewohner obdachlos, 100.000 Menschen sind von den Wassermassen eingeschlossen.

In dieser Situation ergreift ein Mann buchstäblich das Kommando und setzt 40.000 Soldaten der Bundeswehr in Marsch, obwohl dies eigentlich gar nicht in seinen Aufgabenbereich fällt. Der Mann heißt Helmut Schmidt und ist Hamburger Innensenator. Durch seinen mutigen Einsatzbefehl werden unzählige Menschenleben gerettet - und er wird über Nacht zum Helden von Hamburg. In der gesamten Republik merkt man auf - eine steile Karriere beginnt, an deren Ende die Kanzlerschaft steht.

Später Dank für die Helfer. Gut neun Monate nach der Flutkatastrophe wird am 3. Dezember 1962 bei einer Rekrutenvereidigung auch 4oo Soldaten von Hamburgs Innensenator Helmut Schmidt eine Dankmedaille für ihren Einsatz im Februar verliehen.

Auch Bonn ist immer wieder von Überflutungen betroffen. 1993 "erwischt" es den Schürmann-Bau, der durch die Wassermassen zur Bauruine wird. In das einst als Abgeordnetenhaus geplante Gebäude soll der Auslandssender Deutsche Welle einziehen.

Die Hochwasserkatastrophe im Saarland im Jahre 1948 führte zu einer Vielzahl von Marken mit Zuschlägen zugunsten der Hochwasserhilfe. Vor allem die Blockausgaben stehen bei den Sammlern hoch im Kurs.

Besonderheit bei der Berliner Hochwassermarke von 1956: die Bezeichnung "Deutsche Post" ist durchgebalkt und durch den Aufdruck "Deutsche Bundespost-Berlin" ersetzt.

TAG DER DEUTSCHEN EINHEIT

Mit der Wiedervereinigung Deutschlands...

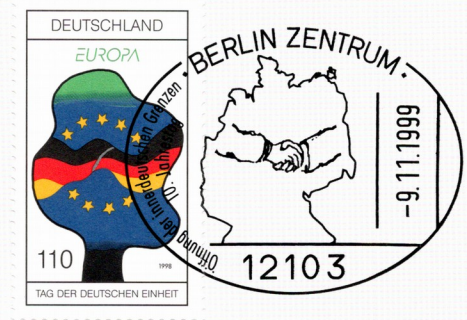
...ist auch der Kalte Krieg beendet

Feierstimmung in der Nacht zum 3. Oktober 1990 vor dem Reichstag in Berlin. Die Menschen jubeln gemeinsam mit den Politikern (v.l.) Saarlands Ministerpräsident Oskar Lafontaine, Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber, Altbundeskanzler Willy Brandt, Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, Hannelore Kohl, Bundeskanzler Helmut Kohl, Bundespräsident Dr. Richard von Weizsäcker, Marianne von Weizsäcker.

Im gespaltenen Vaterland hatten die Deutschen ihren "Tag der Deutschen Einheit" am 17. Juni. Der Feiertag sollte die Erinnerung an jenen 17. Juni 1953 wachhalten, an dem sowjetische Panzer in Berlin und einigen Großstädten der DDR den Arbeiteraufstand gegen das SED-Regime niedergeworfen hatten.
Es sollte über 27 Jahre dauern, bis die Deutschen den wirklichen "Tag der Deutschen Einheit" begehen konnten, den 3. Oktober 1990 - knapp ein Jahr nach dem Fall der Mauer in Berlin und der Öffnung der innerdeutschen Grenzen. Der "friedliche Aufbruch zur deutschen Einheit" setzte aber nicht nur Zeichen für Deutschland, er war auch das Signal für das Ende des Kalten Krieges.

Und als am 20. Dezember 1990 im Berliner Reichstag zum ersten Mal seit 1933 ein frei gewähltes gesamtdeutsches Parlament zusammentrat, war Deutschland mit der Zustimmung seiner Nachbarn wieder vereinigt, der Kalte Krieg endgültig zu Ende.

Fotos: Bundespresseamt, dpa



Deutschland ist ein souveräner Staat und verabschiedet die alliierten Stadtkommandanten von

West-Berlin mit militärischem Zeremoniell. Berlins Regierender Bürgermeister Walter Momper (l.), der Brite Robert J. Corbett, der Amerikaner Raymond G. Haddock, der Franzose Francois Cann und der Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin, Jürgen Wohlrabe.

12. September 1990:

Unterzeichnung des „Zwei-Plus-Vier-Vertrages" bringt Deutschland die volle Souveränität

Nicht alle Verbündeten und Nachbarn der Bundesrepublik waren über den Einigungswillen der Deutschen hocherfreut. Einen entscheidenden Schritt, um die Zustimmung der Alliierten zu bekommen, tat die Regierung von Helmut Kohl, als sie am 8. März 1990 die Oder-Neiße-Grenze zwischen Deutschland und Polen bedingungslos anerkannte.

Dieses Zugeständnis ebnete den Weg zu den Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Außenministern und den vier Siegermächten des Zweiten Weltkriegs, die am 12. September 1990 mit der Unterzeichnung des "Zwei-Plus-Vier-Vertrages" in Moskau endeten und Deutschland die volle Souveränität brachten.

Auf dem KSZE-Gipfel am 21. November 1990 in Paris unterzeichneten die europäischen Staats- und Regierungschefs zusammen mit denen der USA und Kanadas dann die "Pariser Charta für ein neues Europa", ein Europa, in dem sich nun nicht mehr zwei unversöhnliche Blöcke gegenüberstehen.

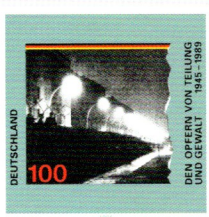
In der vereinten Republik standen am 2. Dezember Neuwahlen an, aus denen CDU und CSU unter Helmut Kohl mit 43,8 % der Stimmen als strahlende Sieger hervorgingen. Die SPD mit ihrem Spitzenkandidaten Oskar Lafontaine, der der Wiedervereinigung kritisch gegenüberstand, erreichte nur 33,5 %. Drittstärkste Kraft wurde mit 11 % die FDP. Bündnis 90/Die Grünen und die PDS blieben im geeinten Deutschland zwar unter der Fünf-Prozent-Hürde, zogen aber aufgrund der für diese Wahlen getrennten Gebiete trotzdem in den Bundestag ein, weil sie im Osten mehr als 5 % der Stimmen erhielten.

Zehn Jahre nach dem Mauerfall feiern in Berlin im "neuen" Reichstag die deutsche Einheit: Michail Gorbatschow (l.), Ex-Staats- und Parteichef der UdSSR, der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR Joachim Gauck, Ex-US-Präsident George Bush, Bundestagspräsident Wolfgang Thierse, Bundeskanzler Gerhard Schröder und Altbundeskanzler Helmut Kohl.

Mit einem festlichen Staatsakt in der Berliner Philharmonie wurden am 3. Oktober 1990 die Feiern zur deutschen Wiedervereinigung gekrönt.

Am 9. November 1999 wird mit einem Feuerwerk am Brandenburger Tor der Fall der Mauer vor zehn Jahren gefeiert.

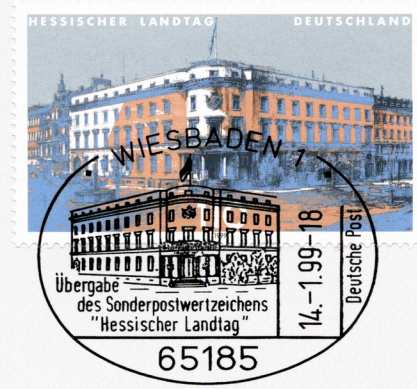
Sechs Jahre nach dem Mauerfall gedenkt eine Sondermarke 1995 der "Opfer von Teilung und Gewalt". Seit den Europaausgaben des gleichen Jahres heißt es auf allen Briefmarken "Deutschland".



HESSISCHER LANDTAG

Die Ferienresidenz deutscher Kaiser...

...wurde durch General Eisenhower zum Sitz des Landtags



Auch der Hessische Landtag, das gesetzgebende Organ des Landes Hessen, hat eine bewegte Geschichte. Das ehemalige Stadtschloß der Herzöge von Nassau wurde 1837 bis 1842 von Herzog Wilhelm von Nassau und seinem Sohn Adolph erbaut. Nach der Annexion Nassaus durch Preußen im Jahre 1866 wurde das Schloß Ferienresidenz der preußischen Könige und der deutschen Kaiser. Ab 1919 war es Sitz des Arbeiter- und Soldatenrats und anschließend bis 1925 Kommandantur der französischen und der englischen Besatzungsarmee. Im Zweiten Weltkrieg war ein Generalkommando der Deutschen Luftwaffe hier untergebracht. Nach der Gründung des Staates Hessen durch den Alliierten Oberkommandierenden General Eisenhower im September 1945 wurde das Stadtschloß der offizielle Sitz des Hessischen Landtags.

Nach der Annahme der Hessischen Verfassung durch Volksentscheid tagte der Hessische Landtag zum ersten Mal im Dezember 1946 im ehemaligen Stadtschloß der Herzöge von Nassau in Wiesbaden. Anfang der sechziger Jahre wurde an die Rückseite des Schlosses ein moderner Sitzungssaal angebaut.

Das Bundesland Hessen liegt in der Bundesrepublik mit einer Fläche von rund 21.115 qkm auf dem fünften Rang. Diesen Platz nimmt das Land auch mit seinen 6,03 Millionen Einwohnern ein und liegt damit zwischen Niedersachsen und Sachsen. In seiner Wirtschaftskraft überflügelt Hessen mit einem Bruttoinlandsprodukt von über 350 Mrd. Mark das größere und bevölkerungsreichere Niedersachsen.

Das Land Hessen gliedert sich in drei Regierungsbezirke (Darmstadt, Gießen, Kassel); diese wiederum sind unterteilt in vier kreisfreie Städte (Darmstadt, Frankfurt, Kassel, Wiesbaden) und 21 Landkreise.

Fotos:
Hessischer Landtag

LANDTAG VON MECKLENBURG-VORPOMMERN

Für Alt-Bundespräsident von Weizsäcker...

...ist das Schweriner Schloß der schönste Landtag in Deutschland

Als "schönsten Landtagssitz Deutschlands" hat Richard von Weizsäcker das Schweriner Schloß bei seinem Antrittsbesuch in der Landeshauptstadt von Mecklenburg-Vorpommern bezeichnet. Der Alt-Bundespräsident war einer der ersten offiziellen Gäste nach der deutschen Vereinigung im Jahr 1990.

Am 26. Oktober 1990 trat der Landtag Mecklenburg-Vorpommern im Schweriner Schloß zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Zu den ersten Beschlüssen des neuen, frei gewählten Landtages gehörte die Entscheidung für Schwerin als Landeshauptstadt und das Schloß als Sitz des Landtages. Als ehemaliger Wohnsitz der mecklenburgischen Herzöge gilt das Bauwerk als wichtiges Wahrzeichen Mecklenburgs, das zu den bedeutendsten Denkmälern des romantischen Historismus in Europa zählt.

Das Schweriner Schloß ist ein markantes Wahrzeichen der Landeshauptstadt von Mecklenburg-Vorpommern. Es ist nicht nur Sitz des Landtags, sondern auch Museum und Ort für Konzerte und kulturelle Veranstaltungen. Der historische Thronsaal wurde mit großem Aufwand restauriert. Er ist Teil des Museums.

Das Landschaftsbild von Mecklenburg-Vorpommern wird vor allem durch die ausgedehnte Seenplatte und weite Waldgebiete geprägt. Das etwa 23.200 qkm große Bundesland umfasst 6,5 Prozent der Gesamtfläche Deutschlands, hat mit 1,8 Mio. Einwohnern aber nur einen Anteil von 2,2 Prozent an der deutschen Bevölkerung. Mit seinen Nationalparks und Naturschutzgebieten hat sich das am dünnsten besiedelte Bundesland (78 Einwohner je qkm) seit der Wende zu einer Tourismusregion mit überproportional steigenden Wachstumsraten entwickelt.

In Jahrhunderten entstanden, steht das Schloß malerisch auf einer Insel im Schweriner See und bildet eine beeindruckende Einheit von Architektur und Natur. Zugleich parlamentarisch und mu-seal genutzt, sind alle Anstrengungen darauf gerichtet, die historische Bau-sub-stanz zu sichern.

Fotos: Pressestelle Landtag Mecklenburg-Vorpommern, A. Duerst, Werk 3, Inge Förster-Baldenius Janos Stekovics

Aus Städtepartnerschaften...

...wurde die erfolgreichste Friedensbewegung Europas

Zwei Jahre nach dem Krieg begann 1947 mit den Städtepartnerschaften zwischen Düsseldorf und Reading, Bonn und Oxford, Hannover und Bristol sowie Kiel und Coventry etwas, was mit Fug und Recht als größte und erfolgreichste "Friedensbewegung" Europas bezeichnet werden kann. Noch vor dem Entstehen der Bundesrepublik Deutschland und lange bevor sich die Beziehungen auf staatlicher Ebene normalisierten, begannen Dialog und Aussöhnung auf kommunaler Ebene.

Frühe Partnerschaft: 1947 informierte sich die Oberbürgermeisterin aus Reading vor Ort in Düsseldorf über die Situation der Kinder. Genau 30 Jahre später überreichte ihr der Düsseldorfer OB Klaus Bungert die Verdienstplakette der Landeshauptstadt von NRW.

Städtepartnerschaften schlagen Brücken zwischen den verschiedenen Nationen und tragen dazu bei, daß die Freundschaft zwischen den Völkern in persönlichen Begegnungen konkret wird.

Mit einem Denkmal in der historischen Altstadt weist Celle auf ihre acht Partnerstädte in Ost und West, die mit der niedersächsischen Herzogstadt verbunden sind.

Heute gibt es in Deutschland rund 4000 städtepartnerschaftliche Beziehungen mit Kommunen im Ausland. Der Schwerpunkt dieser Verbindungen liegt in Europa. Von allen weltweit bestehenden deutschen Städtepartnerschaften entfallen auf die deutsch-europäischen Beziehungen rund 90 %. An erster Stelle steht Frankreich, an zweiter Stelle folgt Großbritannien. Auch zu vielen Ländern Osteuropas gibt es Verbindungen, so zu Polen, Ungarn, Tschechien und Rußland.

Fotos:
Presseamt Düsseldorf, dpa, Manfred Linke, Stadt Köln, Europäische Kommission

18. August 1947:

Bürgermeisterin Phoebe E. Cusden legt den Grundstein zur Städtepartnerschaft zwischen Reading und Düsseldorf

Städtepartnerschaften sind ein vergleichsweise junges Feld kommunaler Aktivitäten. Vor dem Zweiten Weltkrieg gab es nur ganz wenige, vereinzelte Kommunen, die sich für die Anknüpfung von Beziehungen mit entsprechenden Partnern im Ausland interessierten. Zu einer wirklichen Bewegung entwickelten sich die kommunalen Auslandskontakte erst nach dem Zweiten Weltkrieg. Ab Mitte der 50er Jahre erlebte die deutsche Städtepartnerschaftsbewegung einen richtigen „Boom", der in diesem Ausmaß in den 70er und 80er Jahren nicht mehr erreicht wurde.

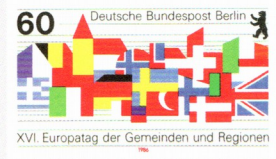
Partnerschaften zwischen Städten der DDR und der Bundesrepublik waren recht selten. Im Februar 1986 wurde eine Partnerschaft zwischen Saarlouis und Eisenhüttenstadt besiegelt.

Bis zum Ende der 60er Jahre war die Städtepartnerschaftsbewegung vor allem bestimmt vom Gedanken der Versöhnung und der Begegnung ehemals verfeindeter Völker. Auf diese Grundorientierung geht auch die große Zahl der in dieser Zeit entstandenen deutsch-französischen und deutsch-britischen Städtepartnerschaften zurück. Sie waren auch auf besondere Weise geeignet, die europäische Integration zu fördern.

Eines der größten Probleme in der Städtepartnerschaftsbewegung in den nächsten Jahren dürfte die Bewältigung des Generationenübergangs sein. Die traditionellen Partnerschaften wurden bisher überwiegend von der Generation getragen, die den Krieg erlebt hat und daher auch eine besondere Motivation und ein besonderes Engagement in die Städtepartnerschaftsarbeit einbrachte. Die in den 60er, 70er und 80er Jahren Geborenen müssen dagegen erst noch an die Städtepartnerschaften herangeführt werden.

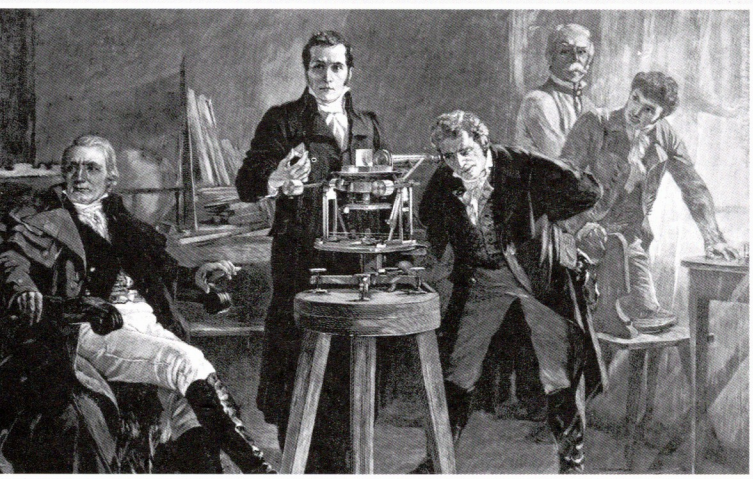
Partnerschaft zwischen Köln und Bethlehem. Am 12. März 1996 erhält Kölns OB Norbert Burger (r) vom Bürgermeister von Bethlehem, Elias Freij (2. v. l), eine handgearbeitete Perlmutt-Schatulle als Gastgeschenk. Vermittelt hatte den Kontakt Ex-Staatsminister Hans-Jürgen Wischnewski (l).

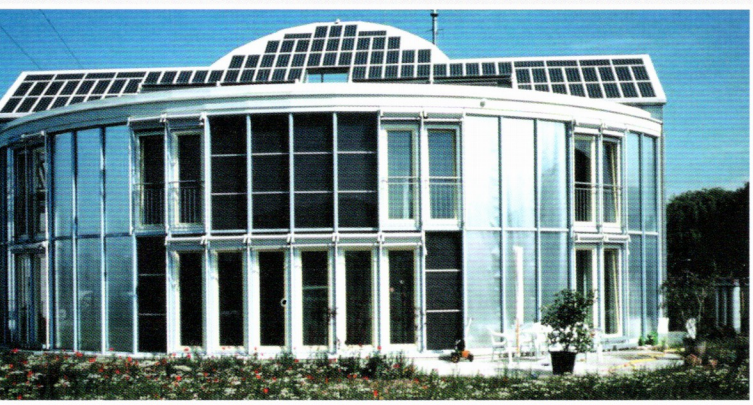
Partnerschaften, die sich in besonderer Weise um die Einigung Europas verdient gemacht haben, werden mit den "Goldenen Sternen" der Europäischen Kommission gewürdigt.



Aus "Kindern" der Nachkriegsjahre

...entstehen Deutschlands wichtigste Forschungsinstitute





Der Namensgeber der Fraunhofer-Gesellschaft, Joseph von Fraunhofer (1787 - 1826) war Erfinder, Forscher und Unternehmer. Im Bild demonstriert Fraunhofer sein Spektrometer, mit dem er Linien im Sonnenspektrum entdeckte.

Moderne Forschung der Fraunhofer-Gesellschaft: In Freiburg im Breisgau wurde das erste energieautarke Solarhaus in Deutschland errichtet.

Wer an Forschung in Deutschland denkt, kommt an den Namen Fraunhofer-Gesellschaft und Max-Planck-Gesellschaft nicht vorbei. Beide sind typische "Kinder" der Nachkriegsjahre. Beiden ging es um einen Neubeginn von Forschung und Wissenschaft und um eine enge Verbindung zwischen Forschung und Industrie.

Der Anstoß für die Gründung der Fraunhofer-Gesellschaft kam von Bayerns Wirtschaftsstaatssekretär Hugo Geiger, der Zerfall und Abwanderung der Forschung verhindern wollte. Am 26. März 1949 wurde die Gesellschaft in München gegründet.

Heute ist die Fraunhofer-Gesellschaft mit ihren 47 Instituten und 9.000 Mitarbeitern ein wichtiger Partner für Forschungsarbeiten der deutschen Wirtschaft.

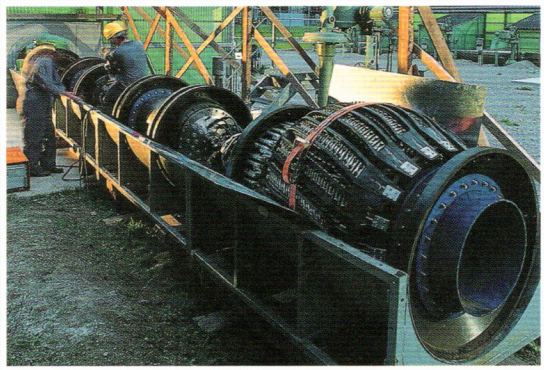
Am 26. Februar 1948 wurde in Göttingen die Max-Planck-Gesellschaft gegründet, deren Aufgabe die Fortführung von Instituten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft war, die nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges unter diesem Namen nicht fortbestehen durfte. Die Gesellschaft wählte den Chemie-Nobelpreisträger Otto Hahn zu ihrem Präsidenten, der dieses Amt 12 Jahre innehatte.

Zur Max-Planck-Gesellschaft gehören heute 80 Institute und Forschungsstellen in ganz Deutschland (davon 19 in den neuen Bundesländern). Sie betreiben Grundlagenforschung auf höchstem Niveau und greifen zukunftsträchtige Forschungsrichtungen auf.

Gründungssitzung der Max-Planck-Gesellschaft am 26. Februar 1948 in Göttingen: In der Mitte stehend Adolf Grimme (l), Kultusminister von Niedersachsen und der Präsident der Max-Planck-Gesellschaft Prof. Otto Hahn.

26. Februar 1948:
Gründung der Max-Planck-Gesellschaft
26. März 1949:
Gründung der Fraunhofer-Gesellschaft

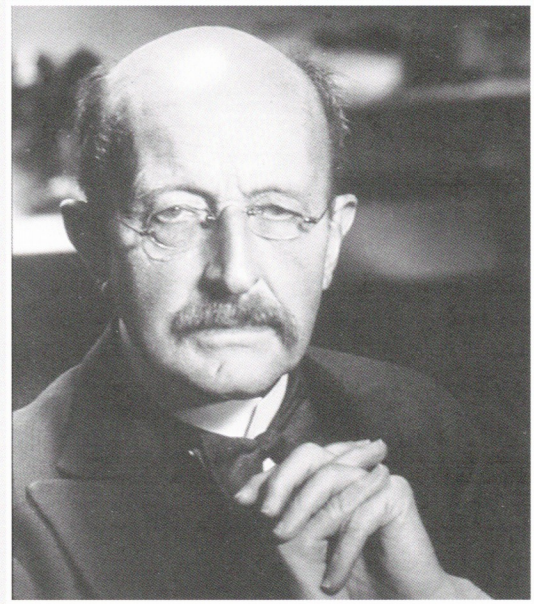
Ein Beispiel aus der Fraunhofer-Forschung mit praktischer Nutzanwendung: Der weltweit einzigartige "Rißprüfmolch" untersucht die Stahlrohre von Pipelines auf feinste Risse und Korrosionsschäden.



Ohne die beiden Gesellschaften Fraunhofer und Max-Planck wäre die Forschung in Deutschland ärmer. Die Erfolgsgeschichte der Fraunhofer-Gesellschaft begann in einem kleinen Münchner Büro mit drei Angestellten. Auch heute noch steht die Unterstützung kleiner und mittelständischer Unternehmen stets im Vordergrund.

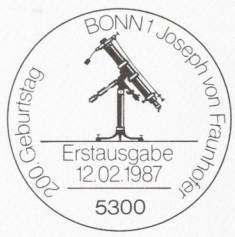
Etwa zwei Drittel des gesamten Finanzvolumens von 1,3 Milliarden Mark erwirtschaftet die Fraunhofer-Gesellschaft aus der Auftragsforschung.

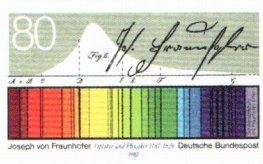
Den Erfolg der Max-Planck-Gesellschaft belegen nicht zuletzt die 15 Nobelpreise, die seit 1948 an Wissenschaftler der Gesellschaft vergeben wurden. Der Haushalt der Max-Planck-Gesellschaft beträgt im Jahr rund 2 Milliarden DM. Rund 85 Prozent dieses Etats stammen aus der Gemeinschaftsfinanzierung von Bund und Ländern. Der Rest setzt sich aus Mitteln der Projektförderung, Zuwendungen von Stiftungen und eigenen Einnahmen zusammen.

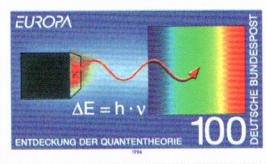


Max Planck (1858-1947) erhielt 1918 den Nobelpreis für Physik für die Entwicklung der Quantentheorie, die zu einer Revolutionierung des physikalischen Denkens geführt hat. 1930/37 und 1945/46 war Max Planck Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, Vorgängerin der Max-Planck-Gesellschaft.

Fast 40 Jahre war die Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft in der Münchner Residenz untergebracht. 1999 bezog sie im Max-Planck-Haus am Hofgarten ihr neues Domizil. Eine sechs Meter hohe Plastik aus dunkelgrünem Granit im Eingangsbereich stellt die Minerva dar, die als Göttin der Wissenschaften verehrt wird. Sie war auch das Emblem der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft.





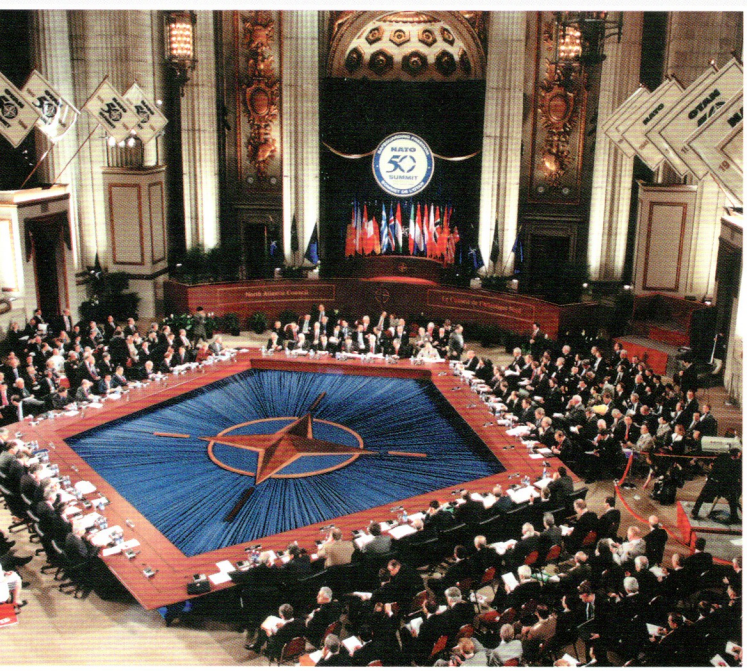


Fotos:
Fraunhofer-Gesellschaft,
Max-Planck-Gesellschaft

Am Anfang war es ein Bündnis...

...gegen die Bedrohung durch den Kommunismus

In der Endphase des Zweiten Weltkrieges wurde schon erkennbar, daß die gegen das nationalsozialistische Deutschland Verbündeten keine befreundeten Nationen waren. Kommunismus und westliche Demokratien hatten zu unterschiedliche Auffassungen über die Zukunft - der kalte Krieg wurde eingeleitet.



Um den Kosovo-Konflikt und ein neues strategisches Konzept geht es auf dem Gipfeltreffen der NATO am 24. April 1999 in Washington. Am fünfeckigen Tisch mit der Windrose als NATO-Symbol sitzen die Staats- und Regierungschefs der 19 NATO-Staaten.

Mit der Unterzeichnung des "Nordatlantikvertrages" im Frühjahr 1949 wurde ein Bündnis demokratischer Staaten geschaffen. Sie hatten sich zur Wahrung des Friedens und zum Schutz von Demokratie und Menschenrechten zusammengeschlossen, weil sie sich zunehmend durch das kommunistische Gewaltsystem bedroht fühlten.

Deutschland ist seit 1955 Mitglied der NATO. Die Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland zu einem demokratischen Rechtsstaat und schließlich die Wiedervereinigung Deutschlands wären ohne die Solidarität der Verbündeten kaum denkbar gewesen.

Nach der Aufhebung des Besetzungsstatutes und der Wiedererlangung der Souveränität wird Deutschland am 9. Mai 1955 Mitglied der NATO. Unteres Bild: Bundeskanzler Konrad Adenauer (2. v. r.)

Fotos: Bundespresseamt, dpa

4. April 1949:

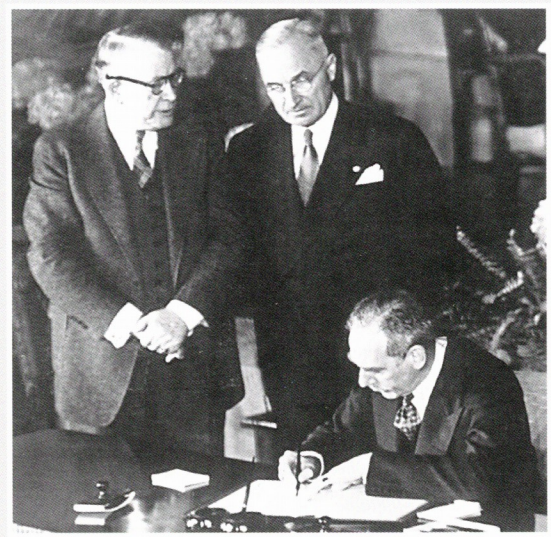
Die USA, Kanada und zehn europäische Staaten unterzeichnen den Nordatlantikpakt - NATO

Seit ihren ersten Anfängen sah sich die "Nordatlantikpakt-Organisation" (North Atlantic Treaty Organization, NATO) nicht als reine Militärallianz, sondern als Bündnis unabhängiger Staaten mit gemeinsamen Werten und Interessen, das seit nunmehr über 50 Jahren Freiheit und Unabhängigkeit ihrer Mitgliedstaaten sichert.

Kern des NATO-Vertrages ist die Bestimmung, daß im Falle der Bedrohung der politischen Unabhängigkeit oder der Sicherheit eines Mitgliedslandes die Partner sich beraten und dann politische, wirtschaftliche oder auch militärische Maßnahmen beschließen.

Seit der Verabschiedung des "Harmel-Berichts" 1967 wurde die NATO zunehmend das Forum, bei dem die Mitgliedstaaten ihre Politik abstimmten und zu gemeinsamen Handeln kamen. Diese Koordination führte über die KSZE-Verhandlungen 1973 bis 1975 bis hin zur Charta von Paris 1990 und die erfolgreichen Abrüstungsverhandlungen zu einer Sicherung von Frieden und Stabilität in Europa.

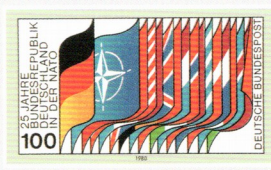
Noch vor der offiziellen Auflösung des Warschauer Paktes äußerten einige Reformstaaten den Wunsch, dem Bündnis beizutreten. Der Öffnungsprozeß der NATO führte zu dem Gipfel von Madrid 1997, auf dem Polen, die Tschechische Republik und Ungarn eingeladen wurden, dem Bündnis beizutreten.



Der amerikanische Außenminister Dean Acheson unterzeichnet in Anwesenheit von US-Präsident Harry S. Truman (M) den Nordatlantikpakt.
Der Ostblock ließ sich mit seiner Reaktion auf die NATO-Gründung Zeit. Erst 1955 wurde der Warschauer Pakt ins Leben gerufen.

Auf dem Gipfeltreffen aus Anlass des 50. Jahrestages der NATO-Gründung verlassen in Washington die Regierungschefs eine Arbeitssitzung. (von l.) Jean-Claude Juncker, Luxemburg; Gerhard Schröder, Deutschland; Bill Clinton, USA und NATO-Generalsekretär Javier Solana.

Vor den Fahnen der zwölf Mitgliedsstaaten versammelten sich die Vertreter der beteiligten Länder zur feierlichen Vertragsunterzeichnung.

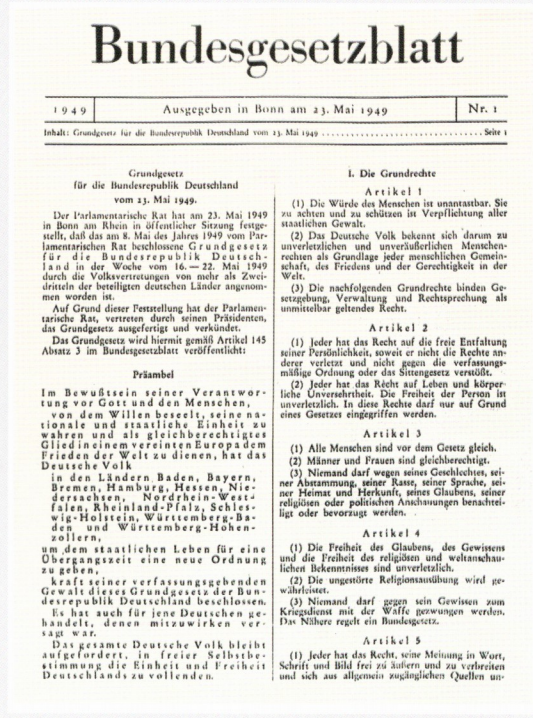


"Wir sind der festen Überzeugung, daß wir einen wesentlichen Beitrag...

...zur Wiedervereinigung des ganzen Deutschen Volkes leisten"

Die Sondermarke zum 50. Jahrestag des Grundgesetzes zitiert Artikel 1, wie er am 23. Mai 1949 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht wurde: "Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt."

Ohne die Zustimmung der drei alliierten Militärgouverneure wäre das Grundgesetz nicht möglich gewesen. Deshalb kam eine Delegation des Parlamentarischen Rates am 25. April 1949 zu einer Sitzung zusammen: (l-r) Justizminister Georg August Zinn (Hessen), Carlo Schmid und Konrad Adenauer.



Bundesgesetzblatt

1949 | Ausgegeben in Bonn am 23. Mai 1949 | Nr. 1

Inhalt: Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 ..... Seite 1

Grundgesetz
für die Bundesrepublik Deutschland
vom 23. Mai 1949.

Der Parlamentarische Rat hat am 23. Mai 1949 in Bonn am Rhein in öffentlicher Sitzung festgestellt, daß das am 8. Mai des Jahres 1949 vom Parlamentarischen Rat beschlossene Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in der Woche vom 16. — 22. Mai 1949 durch die Volksvertretungen von mehr als Zweidritteln der beteiligten deutschen Länder angenommen worden ist.

Auf Grund dieser Feststellung hat der Parlamentarische Rat, vertreten durch seinen Präsidenten, das Grundgesetz ausgefertigt und verkündet.

Das Grundgesetz wird hiermit gemäß Artikel 145 Absatz 3 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht:

Präambel

Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen,
von dem Willen beseelt, seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat das Deutsche Volk
in den Ländern Baden, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern,
um dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben,
kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschlossen.
Es hat auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war.
Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.

I. Die Grundrechte

Artikel 1

(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.

(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2

(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.

(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3

(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.

(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt.

(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.

Artikel 4

(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.

(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.

(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5

(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen un-

Am 23. Mai 1949 kam der Parlamentarische Rat zu seiner Schlußsitzung zusammen und beendete mit einem Festakt die achtmonatige Arbeit am Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Sämtliche Mitglieder des Parlamentarischen Rates sowie die Ministerpräsidenten der Länder und die Präsidenten der Landtage unterzeichneten die Urschrift des Grundgesetzes. Am gleichen Tag wurde es im Bundesgesetzblatt verkündet und trat am 24. Mai 1949 in Kraft. Konrad Adenauer sah in der Unterzeichnung einen "wesentlichen Beitrag zur Wiedervereinigung des ganzen Deutschen Volkes". Er sollte Recht bekommen - nach 40 Jahren.

Fotos: Bundes-Presseamt, dpa

23. Mai 1949:
Mit der Unterzeichnung des Grundgesetzes bekommt Deutschland seine freiheitlichste Verfassung

Die "Väter" des Grundgesetzes wie Konrad Adenauer, Carlo Schmid, Theodor Heuss, Paul Löbe und weitere Mitglieder des Parlamentarischen Rates sahen ihr Werk "als Provisorium für eine Übergangszeit", bis das deutsche Volk in der Lage sei, "in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden."

Die Mitglieder des Parlamentarischen Rates hatten die Zerstörung der Weimarer Republik und die Erfahrungen mit der NS-Diktatur lebendig vor Augen. Sie waren entschlossen, die Schwächen der Weimarer Verfassung zu vermeiden, in denen sie einen wesentlichen Grund für das Scheitern der ersten deutschen Demokratie sahen. Der Kernbereich der Verfassung sollte unantastbar sein und auch durch verfassungsändernde Mehrheiten nicht aufgehoben werden können. Die Grundrechte wurden in 19 Artikeln garantiert, nicht als allgemeine Absichtserklärung wie in der Weimarer Reichsverfassung, sondern als unmittelbar geltendes und einklagbares Recht.

Mit einem Staatsakt im Berliner Reichstagsgebäude feierte Deutschland am 24. Mai 1999 die Erinnerung an die Verkündung des Grundgesetzes und damit die Gründung der Bundesrepublik vor 50 Jahren.

Unter einer schwarz-rot-goldenen Standarte liegt am 23. Mai 1949 das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland auf einem Tisch im Sitzungssaal des Parlamentarischen Rates in Bonn. Während der Feierstunde unterzeichneten 68 Abgeordnete das Dokument, unter ihnen auch der Präsident des Parlamentarischen Rates Konrad Adenauer.

Auch nach 1989 blieb das Grundgesetz die Verfassung des vereinten Deutschlands. Eine Vereinigung nach Artikel 146 GG hätte die Ausarbeitung einer neuen Verfassung und deren Annahme durch das deutsche Volk vorausgesetzt. Doch die überwältigende Mehrheit der Menschen in der DDR wünschte eine schnelle Vereinigung, die im übrigen auch außenpolitisch geboten erschien. So beschloß die neu gewählte Volkskammer der DDR am 23. August 1990 den Beitritt zum Geltungsbereich des Grundgesetzes nach Artikel 23 zum 3. Oktober 1990.

Einst ein schlichter Fachwerkbau ...

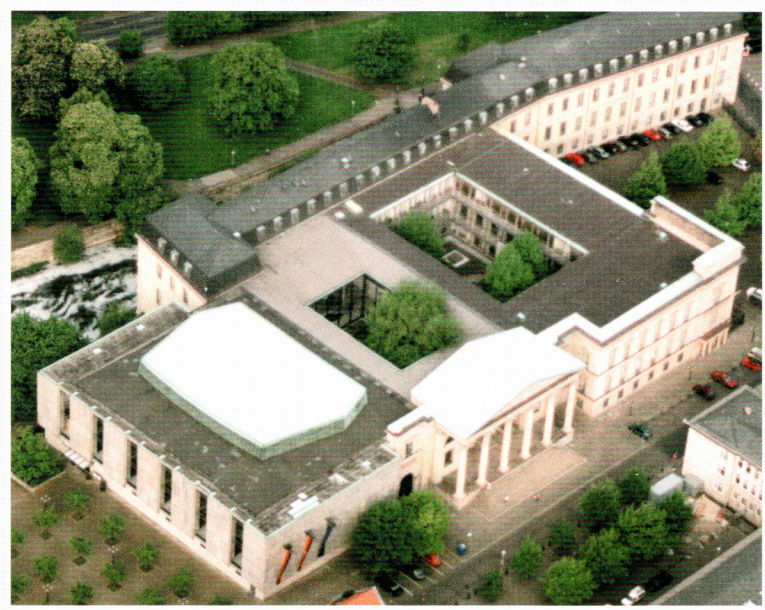
... auf dem Grundstück eines Barfüßerklosters

Der Niedersächsische Landtag hat seit 1962 seinen Sitz im Leineschloss, einem Gebäude, das durch die Wandlungen der Jahrhunderte gekennzeichnet ist. Es war Kloster, Schloss und Regierungssitz, Armenhaus, Hospital, Schule, Münzstätte, Magazin, Kaserne, Wärmehalle und Museum.

1637 ließ Herzog Georg von Calenberg das Leineschloss als Fachwerkbau auf dem Grundstück eines Barfüßerklosters erbauen, nachdem er Hannover zur Hauptstadt des Fürstentums Calenberg-Göttingen, der Keimzelle des späteren Fürstentums und Königreichs Hannover, gemacht hatte.

Am 26. Juli 1943 wurde das Schloss bei einem Luftangriff zerstört und blieb Bauruine bis 1949 beschlossen wurde, hier dem Niedersächsischen Landtag seinen Sitz zu geben. Den 1954 ausgeschriebenen Wettbewerb gewann der Architekt Dieter Oesterlen, nach dessen Plänen das Leineschloss zu dem heutigen Parlamentsgebäude umgestaltet wurde.

Auf dem Bundesparteitag in Hannover im Dezember 1997 wurde der niedersächsische Ministerpräsident Gerhard Schröder zum Kanzlerkandidaten der SPD für die Bundestagswahlen gekürt, die er dann im September 1998 für sich entschied. Sein größter politischer Wunsch, der Einzug ins Kanzleramt, hatte sich erfüllt - und zum ersten Mal wurde ein Ministerpräsident aus Hannover Kanzler der Bundesrepublik Deutschland.



Flächenmäßig ist Niedersachsen mit rund 48 000 qkm nach Bayern das zweitgrößte Bundesland, rangiert aber mit 7,9 Mio. Einwohnern "nur" auf Platz 4, was die Bevölkerungszahl angeht. Diesen Platz nimmt das Land auch in seiner Wirtschaftskraft ein, mit einem Brutto-Inlandsprodukt von rund 330 Mrd. Mark. NRW, Bayern und Baden-Württemberg liegen auf den vorderen Plätzen.

War das Leineschloss früher das Zentrum der absoluten Macht eines fürstlichen Herrschers, so ist es heute als Niedersächsischer Landtag ein Haus der Demokratie. Hinter der klassizistischen Fassade, geschaffen von dem hannoverschen Hofbaumeister Georg Friedrich Laves, ist das Leineschloss heute ein offenes Haus.

Fotos: dpa,
Karl Joseph,
Niedersächsischer Landtag

LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN

Der Landtag von Nordrhein-Westfalen

... ist der erste vollständig neue Parlamentsbau nach dem Krieg

In einer Bauzeit von sechs Jahren, von 1982 bis 1988, wurde der Landtag Nordrhein-Westfalen von dem Architekten Prof. Fritz Eller als erster und bisher einziger vollständiger neuer Parlamentsbau der deutschen Nachkriegsgeschichte errichtet.

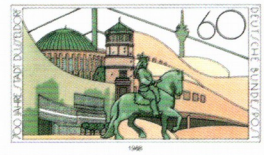
Er liegt in Düsseldorf direkt am Rhein und ist heute das Eingangstor zum Rheinpark Bilk, der von einem Ensemble anspruchsvoller, größtenteils futuristisch anmutender Gebäude, wie dem Rheinturm, dem WDR-Landesstudio und dem Stadttor mit Staatskanzlei, gebildet wird.

Am 20. September 1978 wurde Johannes Rau von Landtagspräsident Wilhelm Lenz (r) als Ministerpräsident von NRW vereidigt. Rund zwanzig Jahre regierte er in Düsseldorf. 1999 wurde er zum Bundespräsidenten gewählt.

Das Landtagsgebäude selbst mit seinen konvexen und konkaven Kreisen, die sich um den Plenarsaal als dem zentralen Ort des Parlamentarismus in Nordrhein-Westfalen gliedern, stellt eine anspruchsvolle und ungewöhnliche Architektur dar, die den Ansprüchen eines modernen Parlamentsbetriebes genügt und dessen Funktionalität sich mit den Vorstellungen vom Bauen in einer Demokratie verbindet.

Das Land Nordrhein-Westfalen ist mit einer Fläche von ca. 34.000 qkm die Nr. 4 unter den deutschen Bundesländern, mit etwa 18 Millionen Einwohnern aber das bevölkerungsreichste Land der Bundesrepublik und eine der am dichtesten besiedelten Regionen Europas. Auch in seiner Wirtschaftskraft ist NRW trotz der großen Strukturprobleme ein Riese. Mit rund 830 Mrd. DM erwirtschaften die Menschen an Rhein und Ruhr 22 % des Bruttoinlandsproduktes der Bundesrepublik.

1946 wurde das Land Nordrhein-Westfalen durch eine Verordnung der britischen Militärregierung geschaffen. Es bestand zunächst aus den Teilen Nordrhein, dem nördlichen Teil der Rheinprovinz Preußens und Westfalen. 1947 trat das ehemals selbständige Fürstentum Lippe-Detmold dem Land bei.



Fotos: dpa,
Ansgar van Treeck,
Landtag von NRW

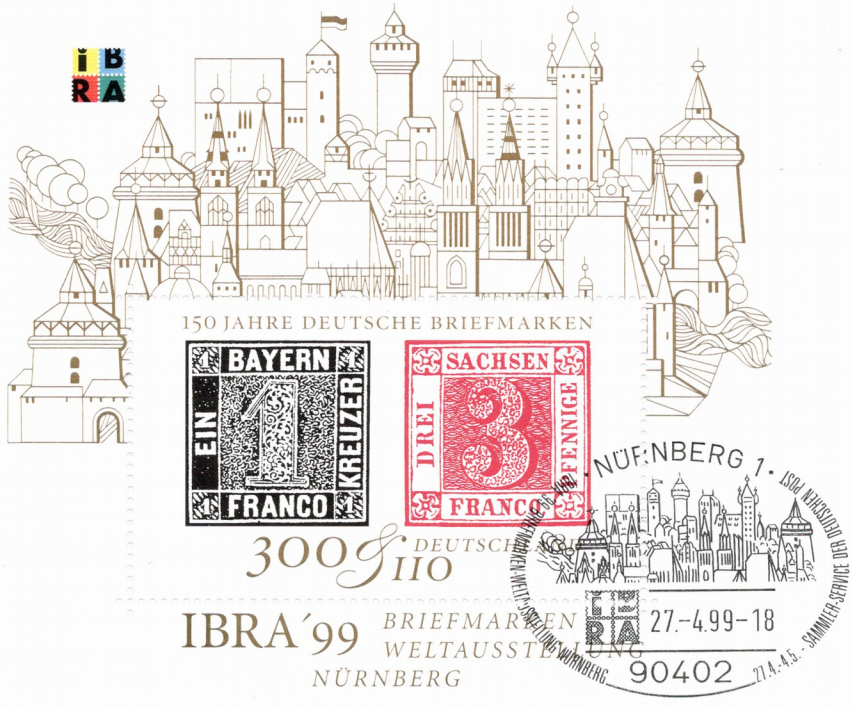
IBRA`99 Briefmarken-Weltausstellung Nürnberg
150 Jahre Deutsche Briefmarken

Bayern 1 Kreuzer und Sachsen-Dreier...

... Marken machen Geschichte

Vor 150 Jahren kamen 1849 im Königreich Bayern und 1850 in Sachsen die ersten deutschen Briefmarken an die Schalter der damaligen Post. Schon in kurzer Zeit folgten zahlreiche andere altdeutsche Staaten: 1850 das Königreich Preußen, die Herzogtümer Schleswig und Holstein sowie das Königreich Hannover, ein Jahr später Württemberg, dem dann alle anderen deutschen Staaten folgten.

Mit der legendären 1 Kreuzer-Marke aus Bayern und dem berühmten Sachsen-Dreier nahm eine Erfolgsgeschichte ihren Anfang, die bis heute nicht nur auf Sammler eine große Faszination ausübt.



Briefmarken sind Kunstwerke im kleinen Format. Welche Entwürfe der beauftragten Gestalter ausgewählt werden, das entscheidet in Deutschland der Kunstbeirat des Finanzministeriums, das für die Herausgabe und damit auch das Erscheinungsbild der Marken zuständig ist.

Die Sensation der IBRA`99: die ersten Briefmarken der Welt, Englands legendäre Penny-Marken von 1840, präsentiert auf der Weltausstellung der Philatelie in Nürnberg; in der Mitte Postminister a.D. Dr. Wolfgang Bötsch, BDPh-Präsident Michael Adler und Bundestagsvizepräsident a.D. Dr. Richard Stücklen.

Fotos: BDPh, Archive
Reiner Wyszomirski
und Werner Fendler

50 Jahre Bundesrepublik Deutschland

6. Mai 1840:
In England erscheint die erste Briefmarke der Welt

Man könnte es das "Heimatmuseum" der Philatelie nennen: nach langer Umbauphase ist es endlich fertig, das frühere Postmuseum, heute Museum für Kommunikation in Berlin. Abends zur "Blauen Stunde" wird die klassizistische Fassade von Lichtbändern illuminiert.

In Nürnberg trafen sich zum 150jährigen Jubiläum der deutschen Briefmarken die Philatelisten auf der internationalen Briefmarken-Weltausstellung IBRA'99, die im Frühjahr 1999 vom Bund Deutscher Philatelisten veranstaltet wurde.

Philatelisten aus allen Teilen der Erde zeigten auf der IBRA'99 ihre Sammlungen im Wettbewerb und gaben damit auch Zeugnis für die Erfolgsgeschichte der Briefmarke, die am 6. Mai 1840 in Großbritannien und am 1. November 1849 in Deutschland eingeführt wurde.

Die IBRA 1999 stand in der Tradition der großen philatelistischen Ausstellungen früherer Jahrzehnte, die immer mit besonderen, ansprechenden Block- und Markenausgaben dokumentiert wurden: der IPOSTA 1930 in Berlin, der INTERPOSTA 1959 in Hamburg und der ersten IBRA 1973 in München.

Briefmarkensammeln ist eine kommunikative Angelegenheit. Die überall stattfindenden Tausch- und Sammlertreffs belegen es.

Es geht um den Nachwuchs in der Philatelie: die Deutsche Post richtete auf der IBRA für die Kleinen eine "Kinderpost" ein.

Briefmarken spiegeln ihre Zeit wider, sie sind Zeugnisse der Kunst und Kultur ihres Landes. Gerade die Sonderpostwertzeichen der Neuzeit geben die Kunststile wieder: von Realismus und Jugendstil bis zur Moderne, von der fotografischen Wiedergabe bis zur abstrakten Darstellung. Es war ein weiter Weg von der ersten bayerischen Marke mit ihrem schlichten Ziffernmotiv über die Porträts von Herrschern und Politikern bis zur heutigen Stil- und Themenvielfalt.

50. Jahrestag der Beendigung der Berliner Luftbrücke

„Der Versuch, uns auf die Knie zu zwingen, ist ... ... an unserer Standhaftigkeit und Festigkeit gescheitert"

Ende des Zweiten Weltkrieges waren sich die vier Alliierten in einer Hinsicht einig: Der Kriegsgegner Deutschland sollte dauerhaft ausgeschaltet werden. Jedoch traten rasch unüberbrückbare Gegensätze zwischen den Westmächten und der UdSSR auf. Die Spannungen erreichten im Juni 1948 ihren Höhepunkt, als die Sowjets die Verkehrswege zwischen den Westzonen und den Berliner Westsektoren, die ausschließlich von sowjetischem Hoheitsgebiet umgeben waren, unterbrachen.

Vom obersten Repräsentanten einer feindlichen Besatzungsmacht wurde er zum Helden von Berlin: General Lucius D. Clay organisierte als amerikanischer Militärgouverneur in Deutschland die Berliner Luftbrücke.

Während unter dem übermächtigen Einfluß der UdSSR in den Ländern Osteuropas sukzessive Einparteiensysteme etabliert wurden, die als Moskaus Satelliten fungierten, entwickelte sich Berlin zur Frontstadt des beginnenden Kalten Krieges.

Zwei Tage nach Verhängung der Blockade schickten die Amerikaner die ersten Flugzeuge mit Versorgungsgütern nach Berlin. "Operation Vittles", wie die US Air Force ihre Luftbrückenaktivitäten bezeichnete, und die britische "Operation Plainfare" entwickelten sich innerhalb weniger Wochen zu einem riesigen Lufttransportunternehmen.

Die französischen Alliierten beteiligten sich nicht an den Lufttransporten, sondern beschränkten sich darauf, den Bau des Flughafens Tegel zu betreuen und dort später den Bodendienst durchzuführen.

Zum Ende der Blockade äußerte der Berliner Oberbürgermeister Ernst Reuter: "Der Versuch, uns auf die Knie zu zwingen, ist gescheitert an unserer Standhaftigkeit und Festigkeit. Er ist gescheitert, weil die Welt unseren Ruf gehört und uns geholfen hat. Berlin bleibt Berlin."

Gedenkfeier zur Erinnerung an die Luftbrücke vor 50 Jahren: der amerikanische Präsident Bill Clinton (Mitte) mit Bundeskanzler Helmut Kohl (2. v l) und zwei amerikanischen Luftbrückenveteranen auf dem Flughafen Tempelhof.

Fotos:
Bundespresseamt,
Landesbildstelle
Berlin

12. Mai 1949:
Berlin-Blockade beendet: „Hurra, wir leben noch“

Ein Herz für Kinder: während der Blockade 1948/49 organisierte das Deutsche Rote Kreuz die sogenannte Kinderluftbrücke, mit der Berliner Kinder in die drei Westzonen zu "Ferieneltern" gebracht wurden. Nach der Blockade führte der Erfinder der Fernsehlotterie Jochen Riechert die Aktion fort.

Die politischen Führungen, auch die sowjetische, waren sich nicht sicher, wie ernst die Situation nach der Verhängung der Blockade war und wie lange sie andauern würde. Doch alle Bedrohungen blieben unterhalb der Schwelle eines "heißen Krieges": Der Kalte Krieg hatte begonnen.

Mittels modernster Technologie, logistischer und organisatorischer Höchstleistungen sowie fortwährender Verstärkung der Lufttransportkräfte gelang es, die Luftbrücke während der elfmonatigen Blockade aufrecht zu erhalten und sogar die winterlichen Belastungen 1948/49 zu überwinden.

Nach zunächst vergeblichen Verhandlungen zwischen den ehemaligen Kriegsverbündeten erzielten schließlich am 4. Mai 1949 die UNO-Chefdelegierten der UdSSR, J. A. Malik, und der USA, Ph. C. Jessup, in New York ein Viermächtekommuniqué: Der "Status quo ante" auf den Verkehrswegen von und nach Berlin wurde wiederhergestellt und die faktische Teilung Berlins stillschweigend akzeptiert.

"Rosinenbomber" nannten die Berliner respektlos und liebevoll zugleich die Flugzeuge der Alliierten, die in elfmonatigem Einsatz die Stadt vor dem Zusammenbruch bewahrten.

Das Luftbrückendenkmal, eine Betonskulptur von Eduard Ludwig, wurde 1951 zur Erinnerung an die drei Luftkorridore errichtet, über die West-Berlin versorgt wurde.

Die Vertretung der Arbeitnehmer in Deutschland...

...unabhängig von Regierungen, Parteien oder Religionen

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) wurde im Oktober 1949 von 487 Delegierten der damals 16 deutschen Gewerkschaften in München gegründet. 16 Jahre nach der Zerschlagung der Gewerkschaftsbewegung durch die Nationalsozialisten gab es damit eine branchenübergreifende Vertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland, unabhängig von Regierungen, Parteien oder Religionen.

Maikundgebung in Berlin im Vorfeld des Wahlkampfes 1998: "2 Gesichter - Eine Politik" steht auf dem Plakat, mit dem die Teilnehmer deutlich machen, was sie von der Politik erwarten, egal ob Kohl oder Schröder Kanzler wird.

Der DGB ist demokratisch von unten nach oben aufgebaut. Die Delegierten der heute 12 Mitgliedsgewerkschaften wählen auf den Ebenen von Kreis, Land und Bund die DGB-Vorstände. Auf dem alle vier Jahre stattfindenden DGB-Bundeskongreß wird der fünfköpfige hauptamtliche Geschäftsführende Bundesvorstand gewählt, der gemeinsam mit den Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften den DGB-Bundesvorstand bildet.

In den ersten Nachkriegsjahren erzielten die Gewerkschaften wichtige Erfolge, wie z. B. die Mitbestimmung. Später galt es, die Rechte, die erstritten wurden, zu verteidigen.

Die Gründungsphase der Bundesrepublik war für den DGB geprägt von den Auseinandersetzungen um mehr Mitbestimmung in den Betrieben und demokratischer Teilhabe.

Zentrale Bedeutung erlangte dabei die Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am erwirtschafteten Wohlstand. Beispiele für wichtige Erfolge sind die gesicherte Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder die Durchsetzung der Mitbestimmung in den Jahren 1951 für die Montanindustrie und 1976 für Großunternehmen der Wirtschaft.

Fotos: dpa,
Friedrich-Ebert-Stiftung

12. Oktober 1949:
In München wird der Deutsche Gewerkschaftsbund gegründet

1999, in seinem 50. Geburtsjahr, gehörten dem Deutschen Gewerkschaftsbund rund 8,3 Millionen Mitglieder an; damit repräsentiert er rund ein Drittel der abhängig Beschäftigten in der Bundesrepublik Deutschland. Im Herbst 1999 nahm der Bundesvorstand des DGB seine Arbeit in der Hauptstadt Berlin auf.

50 Jahre nach seiner Gründung sind noch 12 Gewerkschaften unter dem Dach des DGB organisiert. Auch in der Zukunft stehen weitere Zusammenschlüsse und Fusionen von Gewerkschaften auf der Tagesordnung. Mit diesen Veränderungen stellen sich die Gewerkschaften und mit ihnen der DBG den veränderten Rahmenbedingungen in Wirtschaft und Gesellschaft.

Nach den politischen Veränderungen in den Jahren 1989 und 1990 treffen die Chancen und Risiken Europas nirgendwo unmittelbarer aufeinander als im geeinten Deutschland.

Den Blick auf das weitere Zusammenwachsen Europas gerichtet, setzt sich der DGB dafür ein, Europa stärker zu einer sozialen Einheit zu entwickeln, nachdem die Währungsunion seit 1999 auf den Weg gebracht ist.

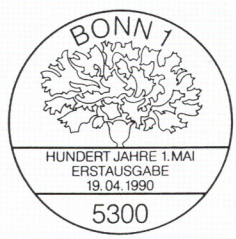
Der 1894 geborene Willi Richter war führend am Wiederaufbau der Gewerkschaften in Deutschland beteiligt. Von 1956 bis 1962 war er Vorsitzender des DGB.

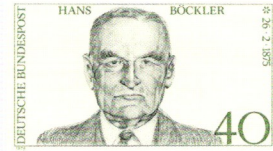
Der 1875 bei Fürth geborene Hans Böckler war schon vor der Jahrhundertwende in der Gewerkschaftsbewegung tätig. Nach dem Krieg wurde er zunächst Vorsitzender des von ihm neu begründeten Deutschen Gewerkschaftsbundes in der britischen Zone und 1949 (bis 1956) der Bundesrepublik Deutschland.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund will seine künftige Rolle in der Gesellschaft neu bestimmen. Ein erstes Resultat liegt mit dem neuen Grundsatzprogramm "Die Zukunft gestalten" vor, das auf dem Dresdener Reformkongreß im November 1996 verabschiedet wurde.

Doch noch längst sind nicht für alle Herausforderungen Vorschläge gefunden: Gegen die seit Mitte der siebziger Jahre stetig ansteigende Arbeitslosigkeit gibt es nach Ansicht des DGB noch keine befriedigende Lösung. Die Verunsicherung durch neue Technologien hält an, und auch auf die zunehmende Umweltzerstörung oder die wachsende internationale Verflechtung im Wirtschaftsleben gibt es bislang keine abschließende Antwort.

Initiativen für kürzere Arbeitszeiten und neue Elemente in der Tarifpolitik kennzeichnen aktuelle Schwerpunkte der Arbeit des Deutschen Gewerkschaftsbundes und seiner Gewerkschaften.





18 Mannschaften der Bundesliga ... bilden die Elite des Fußballs in Deutschland

Seit 1995 feiert die Deutsche Post den jährlichen Spitzenreiter der Bundesliga, den deutschen Fußballmeister: dreimal waren es seitdem die Bayern aus München, zweimal die Borussen aus Dortmund und einmal der 1. FC Kaiserslautern. Aber Fußball in Deutschland - das sind nicht nur diese drei und die weiteren 15 Clubs der Bundesliga sowie natürlich die deutsche Nationalmannschaft - das sind Millionen von aktiven Sportlern und noch mehr Zuschauer.

Deutschlands oberste Spielklasse im Fußball ist immer für Überraschungen gut. Beispiel Kaiserslautern: der Traditionsverein aus der Pfalz stürzte in der Saison 1997 in die Zweitklassigkeit ab. Aber ähnlich wie bei der Meisterschaft 1991, als Lautern zuvor um ein Haar abgestiegen wäre, setzte der 1. FCK auch

Stolz recken sie die Meisterschale in die Luft. Der 1. FC Kaiserslautern hat die Deutsche Fußball-Meisterschaft 1998 gewonnen. Es feiern Co-Trainer Remig Stumpf (l), Thomas Riedl, Gerry Ehrmann, Trainer Otto Rehagel, Ciriaco Sforza und Michael Schjönberg.

1998 zu einem kaum für möglich gehaltenen Höhenflug an. Noch nie in der mittlerweile 35jährigen Bundesliga-Geschichte war es einem Aufsteiger zuvor gelungen, die Meisterschaft zu erringen. Innerhalb eines Jahres löschten die "Roten Teufel" die Schmach des Abstiegs vollends aus.

Mit dem Gewinn der Meisterschaft 1998 setzten die Lauterer eine Tradition fort, die vor fast einem halben Jahrhundert das Team um den langjährigen Ehrenspielführer der Nationalmannschaft Fritz Walter mit den Titelgewinnen 1951 und 1953 begründet hat.

Die Mannschaft des FC Bayern München scheint auf Meisterschaften abonniert zu sein. Im Bild die Mannschaft der Bayern 1999.

Der FC Bayern München gewann 1997, 1999 und 2000 zum 15., 16. und 17. Mal die deutsche Fußballmeisterschaft. Das ist Bundesliga-Rekord und unterstreicht die Rolle des FC Bayern im Fußball in Deutschland. Im Jahr 2000 klappte es erst am letzten Tage, weil Favorit Bayer Leverkusen bei Unterhaching patzte.

Am 27. Februar 1999 feierte der FC Bayern München sein 100jähriges Bestehen. Da paßte es natürlich, daß in der Jubiläumssaison ein Sonderpostwertzeichen mit dem FC Bayern München als Motiv erschien.

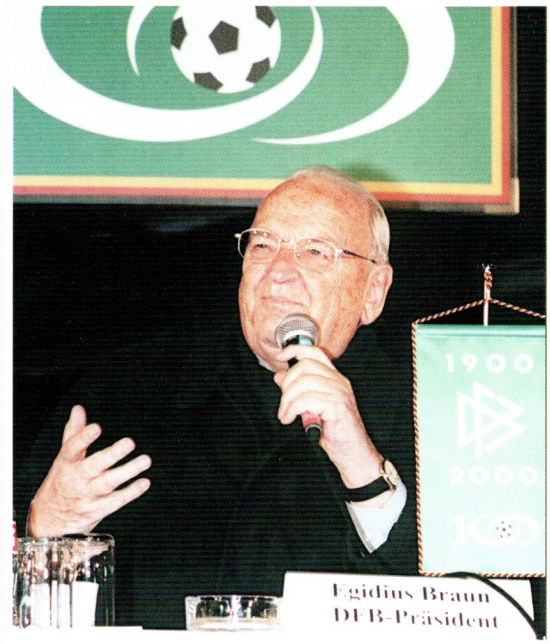
Fotos: Horstmüller

27. Januar 1900:
86 Vereine gründen den Deutschen Fußball-Bund

Der Deutsche Fußball-Bund (DFB) wurde am 28. Januar 1900 von 86 damals schon existierenden Vereinen in Leipzig gegründet. Aus den 86 Vereinen sind im Laufe dieses Jahrhunderts fast 27.000 geworden, in denen sich 6,3 Millionen Mitglieder aktiv und passiv der Faszination Fußball verschrieben haben. Der DFB ist der größte Verband im Deutschen Sportbund (DSB) und zählt zu den mitgliederstärksten der FIFA.

Kontinuität ist immer ein besonderes Merkmal des DFB gewesen. Seit der Gründung gab es nur acht Präsidenten und sieben Nationaltrainer. Der große sportliche Durchbruch ist untrennbar mit dem Jahr 1954 verbunden. Damals gelang in der Schweiz unter der Führung von Bundestrainer Sepp Herberger der Gewinn der Weltmeisterschaft, den die Fachwelt als Sensation einstufte.

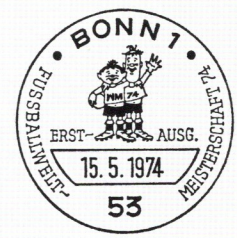
Noch zwei weitere Male wurde die deutsche Nationalmannschaft Weltmeister: 1974, beim Turnier im eigenen Land mit Kapitän Franz Beckenbauer und 1990 in Italien mit demselben Franz Beckenbauer als Teamchef. Drei EM-Titel in den Jahren 1972, 1980 und 1996 runden die Erfolgsbilanz ab, an der sich auch die Frauen orientieren, die seit 1989 insgesamt viermal Europameister wurden.



Seit Jahrzehnten schon stand er an der Spitze des größten Fußballverbandes der Welt, als dieser im Jahr 2000 sein 100jähriges Bestehen feierte: Egidius Braun, mächtiger und nicht unumstrittener Präsident des DFB. Sein Lebensziel: die Austragung der Fußballweltmeisterschaft 2006 in Deutschland.

Die "Lichtgestalt" des deutschen Fußballs: "Kaiser" Franz Beckenbauer erreichte alles, was man im Fußballsport erreichen kann. Als Krönung seiner Laufbahn holte er die Weltmeisterschaft 2006 nach Deutschland.

Riesenjubel von Jürgen Kliensmann und Thomas Häßler über das Golden Goal von Oliver Bierhoff, das 1996 in London beim 2 : 1 Sieg über Tschechien Deutschland den Gewinn der Fußball-Europa-Meisterschaft brachte.



LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

Erst Wiege der deutschen Demokratie...

...dann Hauptquartier von Napoleon

Das Bundesland Rheinland-Pfalz wurde am 30. August 1946 durch die Verordnung Nr. 57 des französischen Generals Koenig geschaffen. Der am 18. Mai 1947 gewählte Landtag tagte während der ersten Wahlperiode in Koblenz. Er bestimmte am 16. Mai 1950 Mainz endgültig zur Landeshauptstadt und damit das Deutschhaus zum Sitz des Parlamentes.

Blick in den Plenarsaal des Landtags Rheinland-Pfalz. Seine 101 Abgeordneten werden alle fünf Jahre gewählt. Dabei werden 51 Mandate direkt in Wahlkreisen vergeben, die weiteren 50 Abgeordneten werden über die Listen der Parteien gewählt.

Das Deutschhaus wurde als Verwaltungssitz des Deutschen Ordens von dem Mainzer Erzbischof und Kurfürst Franz Ludwig von Pfalz-Neuburg zwischen 1729 und 1740 errichtet.

Am 17. März 1793 konstituierte sich im Deutschhaus der Rheinisch-Deutsche-Nationalkonvent als Parlament der ersten Republik auf deutschem Boden. Es wurde zum ersten Mal ein Staat ausgerufen, der auf den Prinzipien der modernen Demokratie beruhte. 1804 bis 1813 nahm der französische Kaiser Napoleon Bonaparte während seiner Feldzüge das Deutschhaus als sein Hauptquartier.

Mit der Fläche von ca. 19.850 km² ist Rheinland-Pfalz etwas größer als Sachsen (18.410 km²), hat mit 4 Mio. aber rund 500.000 weniger Einwohner als der Freistaat in den neuen Bundesländern. In ihrer Wirtschaftskraft nehmen es die Rheinland-Pfälzer mit den Berlinern auf: Beide erwirtschaften ein Bruttoinlandsprodukt von 156 Mrd. DM, das sind rund 4 % der in Deutschland erzeugten Waren und Dienstleistungen.

Beim letzten Bombenangriff auf Mainz im Zweiten Weltkrieg wurde das Deutschhaus am 27. Februar 1945 bis auf die Außenmauern zerstört. 1950/51 wurde das Gebäude unter Wiederherstellung der historischen Hülle wieder aufgebaut und für die Zwecke des Landtags neu gestaltet.

Fotos: Landtag Rheinland-Pfalz

LANDTAG DES SAARLANDES

Die Abgeordneten des Saarlandes tagen...

...im ehemaligen Tanzsaal eines alten Kasinogebäudes

Am 15. Dezember 1947 wurde die erste saarländische Verfassung verabschiedet und am gleichen Tage konstituierte sich der Landtag im ehemaligen Kasinogebäude in Saarbrücken.

Erbaut wurde das Gebäude im Auftrag der Saarbrücker Kasino-Gesellschaft bereits ein knappes Jahrhundert zuvor, in den Jahren 1865 und 1866.

Am Rednerpult: Ministerpräsident Peter Müller, seit 1999 im Amt.

Die 51 Abgeordneten des saarländischen Landtages treffen sich im ehemaligen Tanzsaal zu regelmäßigen Plenarsitzungen. Die Sitzungen der verschiedenen Landtagsausschüsse finden überwiegend in den früheren Gesellschaftszimmern im Erdgeschoss statt.

Der Bau erfolgte nach den Plänen des Kölner Stadtbaumeisters Julius Carl Raschdorff, der auch den Berliner Dom und den Kölner Gürzenich erbaut hat. Raschdorff hat dem Saarland mit dem Gebäude im Stil des Neoklassizismus ein Bauwerk von besonderem architektonischen Wert hinterlassen.

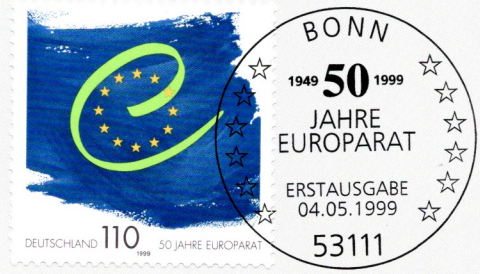
Das Wort "Casino" stammt aus dem italienischen und hatte die Bedeutung "kleines Haus". Dieser Aspekt hat auch heute noch seine Berechtigung, denn der saarländische Landtag ist mit seinen 51 Abgeordneten das kleinste Parlament aller Bundesländer.

Mit ca. 2.570 km² ist das Land an der Saar der kleinste Flächenstaat der Bundesrepublik. Mit einer Zahl von etwas über einer Million hat das Saarland weniger Einwohner als etwa die Großstädte Berlin, Hamburg oder München. Mit einem Bruttoinlandsprodukt von 45 Mrd. DM ist das Saarland fast das Schlußlicht der Bundesrepublik.

Im Dritten Reich wurde das Kasino entschädigungslos dem nationalsozialistischen Bund deutscher Technik übertragen. Gegen Ende des Krieges wurde es durch eine Bombe getroffen und schwer beschädigt. Die französische Militärregierung wies das Gebäude der Gesetzgebenden Versammlung - dem Vorläufer des Landtages als Tagungssitz zu.

Fotos: Landtag des Saarlandes

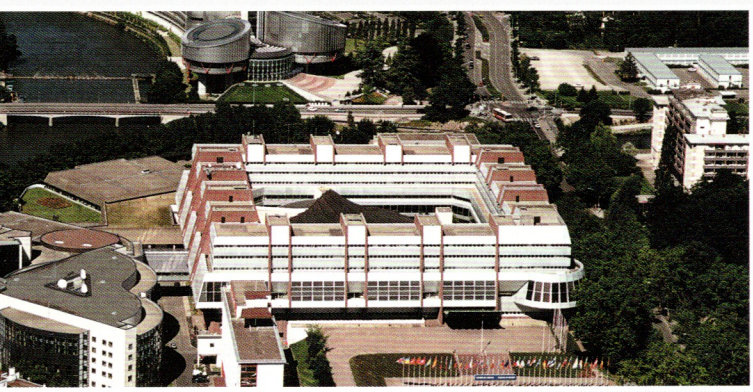
Im Europarat sind 40 Staaten...
...mit über 800 Millionen Menschen vertreten

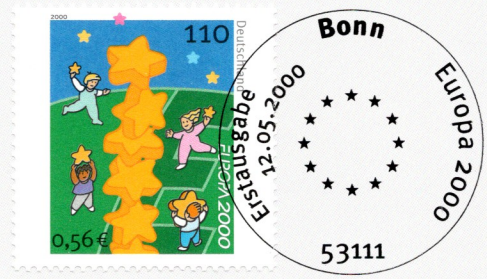


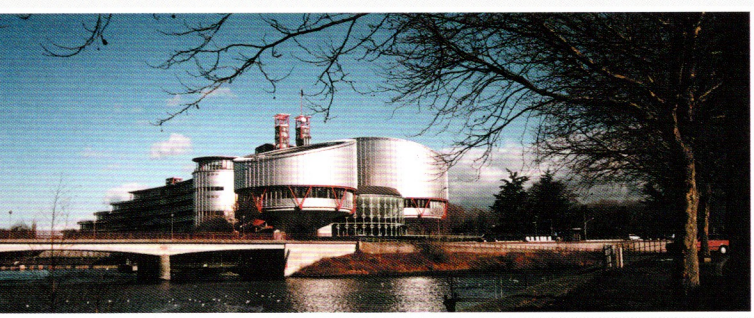
Am 5. Mai 1999 feierte der Europarat sein fünfzigjähriges Bestehen. 1949 hatten zehn westeuropäische Länder die Idee, gemeinsam ein neues Europa zu gründen, das für neue Werte einstehen und sie sichern sollte. Dies war die Geburtsstunde des Europarates.

In Erfüllung seines Auftrages hat der Europarat in den letzten fünf Jahrzehnten eine stattliche Reihe von Rechtsinstrumenten, Einrichtungen und Programmen geschaffen, die sich nach und nach auf den ganzen Kontinent auswirken.

Sitz des Europarates ist Straßburg. Blick auf das "Palais de L'Europe". Hier tagen die Organe des Europarates.







1959 bildeten die Mitgliedstaaten den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte als Organ des Europarates. 1995 bezog der Gerichtshof sein neues Domizil, das "Palais des Droits de l'Homme" des Architekten Richard Rogers.

Der Europarat ist von den Staats- und Regierungschefs aller seiner Mitgliedstaaten beauftragt, sich verstärkt für folgende Prinzipien einzusetzen: Schutz der Menschenrechte, sozialer Zusammenhalt, Toleranz, Solidarität, Erziehung zur Demokratie und kulturelle Vielfalt. Neben der wirtschaftlichen und militärischen Sicherheit gilt es, die demokratische Sicherheit unseres Kontinents durch vertrauensbildende Maßnahmen zu gewährleisten.

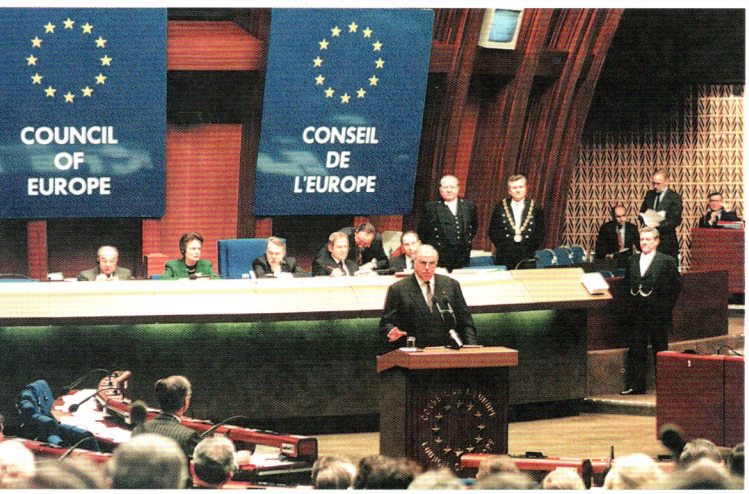
Im Jubiläumsjahr 1999 feierte der Europarat sein 50jähriges Bestehen im Parlament in Budapest. Am Rednerpult: der für die Erweiterung der Europäischen Union zuständige Kommissar Günter Verheugen.

Fotos: Europarat, Bundespresseamt

13. Juli 1950:
Deutschland wird Mitglied des Europarates

Die Organisation des Europarates zählt heute 40 Mitgliedstaaten mit rund 80 Millionen Bürgern. Zunächst auf Westeuropa beschränkt, traten ihr seit 1989 fast alle Länder Mittel- und Osteuropas bei. Deutschland ist seit dem 13. Juli 1950 Mitglied.

Der Europarat umfaßt ein Ministerkomitee als Entscheidungsinstanz, eine Parlamentarische Versammlung und einen Kongreß der Gemeinden und Regionen Europas.
Das Ministerkomitee besteht aus den Außenministern der 40 Mitgliedstaaten. Es legt das Arbeitsprogramm des Europarates fest und verabschiedet seinen Haushalt. Das Ministerkomitee beschließt, welche Maßnahmen aufgrund von Vorschlägen der Parlamentarischen Versammlung, des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas und der Fachministerkonferenzen, die der Europarat regelmäßig abhält, ergriffen werden sollen.
Die Parlamentarische Versammlung zählt 286 Vertreter (und 286 Stellvertreter) der nationalen Parlamente. Die Zusammensetzung der Delegationen entspricht der Sitzverteilung im jeweiligen Parlament. Die Versammlung tagt viermal im Jahr.
Der Kongreß der Gemeinden und Regionen Europas zählt ebenso viele Mitglieder wie die Parlamentarische Versammlung. Er besteht aus zwei Kammern, einer für die Gemeinden und einer für die Regionen. Der Kongreß soll Demokratie vor Ort in der Praxis durchsetzen und gemeinsame Probleme lösen.



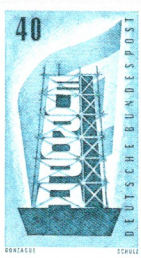
Das Engagement der Deutschen bei der Bekämpfung von Ausländerfeindlichkeit und Rassismus standen im Mittelpunkt der Rede von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl vor der parlamentarischen Versammlung des Europarates im Jahr 1993.

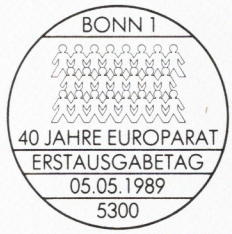
Zu den bekanntesten Arbeitsergebnissen des Europarates gehören: die Europäische Menschenrechtskonvention mit Gerichtshof in Straßburg, die Europäische Sozialcharta, die Europäische Kulturkonvention sowie die Konventionen gegen Folter, für den Minderheitenschutz, zur Bioethik, zum Datenschutz, gegen Gewalt in Sportstadien, gegen das Doping im Sport, zum Schutz bedrohter Tier- und Pflanzenarten, gegen Geldwäsche und Insider-Geschäfte.

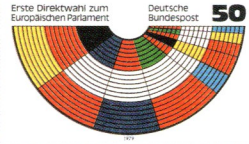
Zum ersten Mal in der Geschichte ist ganz Europa unter einem Dach vereint: unter dem des Europarates. Diese Chance zu nutzen und den Kontinent endgültig auf der Basis gemeinsamer Werte zu einigen, ist die Herausforderung, die der Europarat für die nächsten Jahrzehnte angenommen hat.

Oberes Bild:
Freude über die Aufnahme Deutschlands in den Europarat. Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer (Mitte, sitzend) mit Prof. Walter Hallstein (l) und Ministerratsmitglied Pierre Henri Teitgen aus Frankreich (r).

Unteres Bild:
Blick in eine Sitzung des Ministerkomitees.



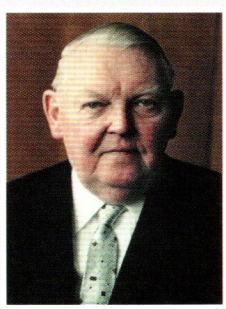




Acht Bundespräsidenten und sieben Kanzler...
...sind der Nachweis für politische Stabilität

Die Kanzler der Bundesrepublik Deutschland seit 1949

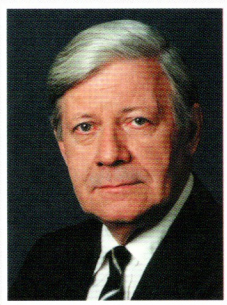
Konrad Adenauer
1949 - 1963



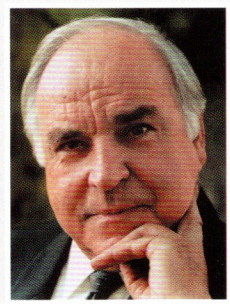
Ludwig Erhard
1963 - 1966

Kurt Georg Kiesinger
1966 - 1969

Willy Brandt
1969 - 1974



Helmut Schmidt
1974 - 1982



Helmut Kohl
1982 - 1998

Gerhard Schröder
seit 1998

In den 50 Jahren ihres Bestehens, von 1949 bis 1999, standen an der Spitze der Bundesrepublik acht Bundespräsidenten und sieben Bundeskanzler. In einer Welt, in der Kriege, politische Wirren und totalitäre Regime auf der Tagesordnung stehen, ist dies der Nachweis für eine politische Stabilität, um die Deutschland von vielen beneidet wird.

Mit 16 Jahren war Helmut Kohl der Bundeskanzler mit der längsten Amtszeit, der legendäre Konrad Adenauer hatte es immerhin auf 14 Jahre gebracht, während Ludwig Erhard und sein Nachfolger Kurt Georg Kiesinger nur jeweils 3 Jahre Regierungschef waren. Die beiden Kanzler Willy Brandt und Helmut Schmidt regierten fünf bzw. acht Jahre.

Fotos: Bundespresseamt

24. Mai 1999:
Die Bundesrepublik Deutschland feiert ihr 50jähriges Bestehen

Anläßlich des 50jährigen Bestehens der Bundesrepublik Deutschland fand im Berliner Reichstag ein Staatsakt statt, bei dem Bundespräsident Roman Herzog die Festansprache hielt.

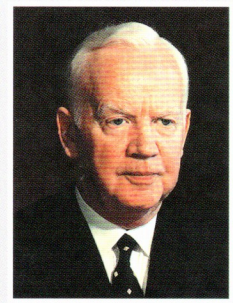
Die Bundesrepublik Deutschland wird 1949 als demokratischer und föderaler Rechtsstaat gegründet; alle Macht geht vom Volke aus, sie wird dem Parlament nur für die Dauer einer Wahlperiode übertragen; Gewaltenteilung soll Mißbrauch verhindern; die Länder haben eigene Verfassungen und Hoheitsrechte, sie wirken an der Gesetzgebung des Bundes mit.

Die Bundesrepublik erhielt als Mitglied des westlichen Bündnisses die Chance, die freiheitlichen und demokratischen Traditionen auf eine stabile Grundlage zu stellen. Die Teilung Deutschlands, scheinbar endgültig vollzogen durch den Mauerbau im August 1961, fiel mit der Öffnung der Mauer am 9. November 1989.

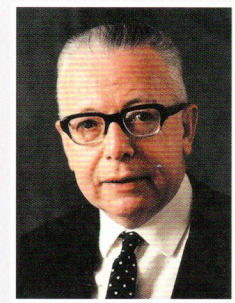
Deutschland wurde zum Motor der europäischen Einigung, alle Bundesregierungen haben mit breiter Zustimmung der Bevölkerung an diesem europafreundlichen Kurs festgehalten und das Grundgesetz hat die Verwirklichung eines vereinten Europas zum Staatsziel erhoben.

Die Bundespräsidenten seit 1949

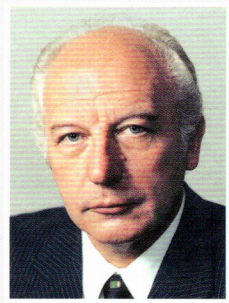
Theodor Heuss
1949 - 1959



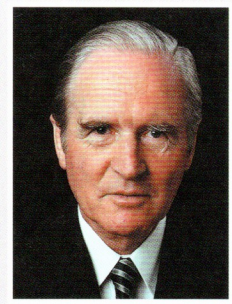
Heinrich Lübke
1959 - 1969



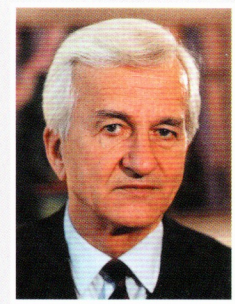
Gustav Heinemann
1969 - 1974



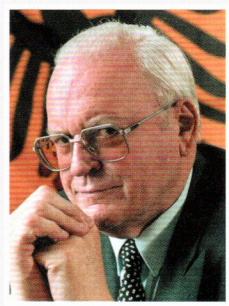
Walter Scheel
1974 - 1979



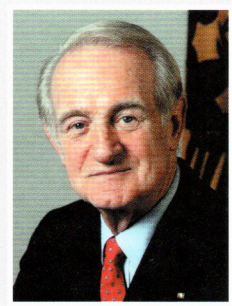
Karl Carstens
1979 - 1984



Richard v. Weizsäcker
1984 - 1994



Roman Herzog
1994 - 1999



Johannes Rau
seit 1999

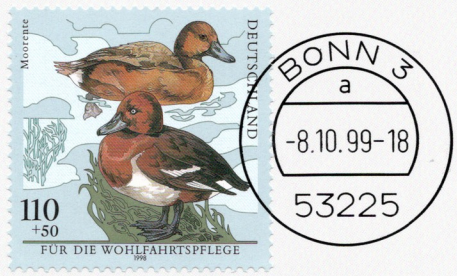
BONN 1
10-11-1982
ERSTAUSGABE
BUNDESPRÄSIDENTEN
DER
BUNDESREPUBLIK
DEUTSCHLAND
5300

Der Schutz bedrohter Tierarten soll das Bewußtsein... ...für Natur und Umwelt schärfen

Natur- und Umweltschützer protestierten im Januar 1998 gegen den Abschuß von Kormoranen an der Staustufe Iffezheim bei Rastatt.

Der Naturschutzbund Deutschland (NABU) kürte den Rotmilan zum "Vogel des Jahres 2000".

Nicht nur in Deutschland gehören Tiere und Pflanzen zu den beliebtesten Motiven auf Briefmarken. Auch der Gedanke des Naturschutzes wurde und wird auf Briefmarken immer wieder thematisiert. Schon 1957 erschienen in der Bundesrepublik zwei Marken zum Thema Naturschutz, die speziell den Seerosen und Rotkehlchen gewidmet waren. In den folgenden Jahren gab es vor allem bei den Jugend- und Wohlfahrtsmarken immer wieder Darstellungen von Pflanzen und Tieren, aber der Zusatz "gefährdete" tauchte erst seit Anfang der achtziger Jahre immer häufiger auf.



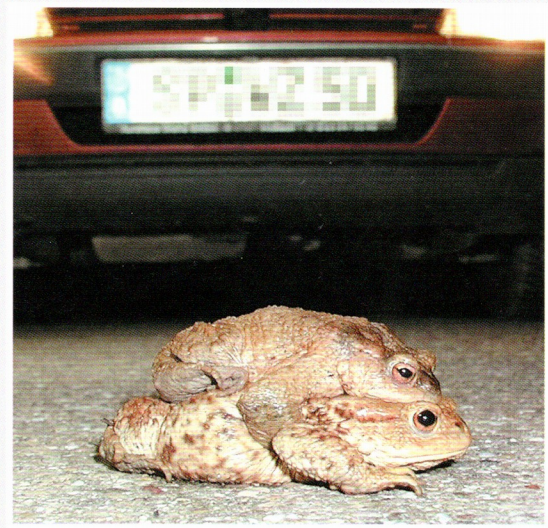
Die Wohlfahrtsmarken von 1998, auf denen fünf bedrohte Vogelarten abgebildet sind, sollen die Aufmerksamkeit auf die Überlebensprobleme von Tier- und Pflanzenarten allgemein und diese Vogelarten speziell lenken. Es sind Arten der Roten Liste. Sie wurden nicht ausschließlich nach dem Grad ihrer Gefährdung, sondern auch als Stellvertreter verschiedener Lebensräume ausgewählt: die Großtrappe, der Seggenrohrsänger, die Moorente, die Kornweihe und der Rotkopfwürger.

Mit der Serie "Bedrohte Tierarten", gestartet 1999, soll an markanten Beispielen der breiten Öffentlichkeit in lockerer Folge die bedrohte Tierwelt näher gebracht und so das Bewußtsein für den Natur- und Umweltschutz weiter geschärft werden.

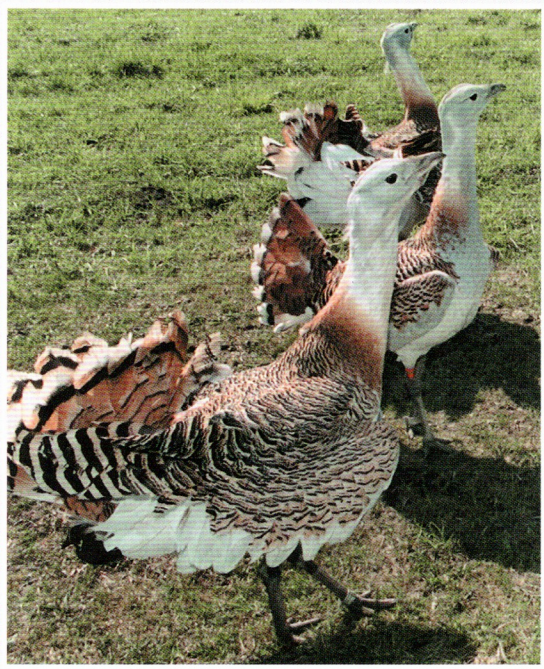
Fotos: dpa, NABU/Delpho

24. Juli 1972:
Der deutsche Bundestag verabschiedet das Tierschutzgesetz

Die Bedrohung von Teilen der Natur geht vom Menschen aus. Deshalb müssen Regelungen gefunden werden, damit neben den Bedürfnissen der Menschen auch die Ansprüche der Tiere und Pflanzen erfüllt werden. § 1 des am 24. Juli 1972 vom deutschen Bundestag verabschiedeten Tierschutzgesetzes verfügt, "daß niemand Tieren ohne vernünftigen Grund Schmerzen, Leiden oder Schäden zufügen darf". Auch die Durchführung von Tierversuchen ist durch das Gesetz geregelt. Das Bundesnaturschutzgesetz von 1976 regelt unter anderem das Verhalten gegenüber wildlebenden Tieren.



Die alljährliche Wanderung aus den Winterquartieren in die Laichgewässer ist für die Kröten die gefährlichste Zeit ihres Lebens. Viele von ihnen werden beim Überqueren der Straßen überfahren.



Die Großtrappen, hier auf einer Wiese in Brandenburg, gehören inzwischen zu den bedrohten Tierarten. Gab es 1934 noch 3.700 Großtrappen in Brandenburg, so ist die Zahl heute auf 67 Tiere zurückgegangen.

Manchmal treibt der Naturschutz kuriose Blüten: Anläßlich der Konferenz der Welthandelsorganisation (WTO) im November 1999 gehen Tierschützer in Seattle (USA) auf die Straße, denn "Freier Handel bedeutet den Tod der Meeresschildkröten".

Neben staatlichen Stellen wie dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, dem Umweltbundesamt und dem Bundesamt für Naturschutz sind es besonders private Verbände, die sich des Schutzes der Natur angenommen haben. Der Naturschutzbund Deutschland (NABU) und der Bund für Natur und Umwelt e. V. (BNU) stehen für den Umwelt- und Naturschutz in der ersten Reihe, aber auch Institutionen wie die Schutzgemeinschaften Deutsches Wild und Deutscher Wald wetteifern mit den Naturfreunden International und dem Organisationsbüro Biotop des Jahres um die Gunst derer, denen die Natur und ihr Überleben am Herzen liegt.

MESSESTANDORT DEUTSCHLAND

Die erste Weltausstellung auf deutschen Boden...

...löste zwiespältige Gefühle aus

Eine der Attraktionen der EXPO 2000: der Pavillon der Niederlande, den zur Halbzeit der Weltausstellung schon 1,4 Millionen Menschen besichtigt hatten.

Auch die deutsche Wirtschaft engagierte sich in vielfältiger Weise auf der Weltausstellung und präsentierte sich in eigenen Pavillons. So war die Deutsche Post AG mit dem "größten Briefkasten der Welt" vertreten.

Als am 1. Juni 2000 die EXPO 2000 Hannover ihre Tore öffnete, löste die erste Weltausstellung auf deutschem Boden zwiespältige Gefühle aus. Es zeigte sich schnell, daß die von den Veranstaltern erwartete Zahl von 40 Millionen Besuchern in keinem Fall erreicht werden würde. Das bescherte der EXPO lange Zeit eine schlechte Presse, während die Besucher sich sehr zufrieden zeigten.

Rund 180 offizielle Teilnehmer, darunter fast 160 Länder, nahmen an der EXPO teil. 50 Staaten und internationale Organisationen präsentierten sich in eigenen selbst errichteten Gebäuden, sogenannten Pavillons, und jeder Teilnehmer interpretierte das globale Thema der EXPO "Mensch - Natur - Technik: eine neue Welt entsteht" auf seine Weise.

Schon allein die kreative und phantasievolle Architektur der Nationenpavillons, entworfen von den bekanntesten Architekten der Erde, war die Reise nach Hannover wert. Außerdem hatten die Besucher die Möglichkeit, sich über Zukunftsfragen im Themenpark - elf Ausstellungen in fünf Messehallen - zu informieren.

Die Pavillons der Länder und Organisationen sowie die Hallen der Messe Hannover fügten sich zum Gelände der EXPO 2000 zusammen.

Fotos: Messen Düsseldorf, Frankfurt, Hannover, VDA, Klaus P. Schüller

18. August 1947:
Die erste Exportmesse nach dem Krieg öffnet ihre Pforten in Hannover

Der Turm der Frankfurter Messe unterstreicht die Bedeutung Frankfurts als Messestandort.

Die ersten Messen entstanden im 11. Jahrhundert in Verbindung mit Kirchenfesten, auf denen "Messen" gelesen wurden und Waren getauscht werden konnten. Diese Warenmessen entwickelten sich vor allem da, wo sich bedeutende Fernhandelsstraßen kreuzten.

Wenn an einem Ort der Handel florierte, siedelten sich die Menschen an. So wurden in Deutschland Städte wie Leipzig oder Frankfurt gegründet, um den Marktplatz entstand die Stadt.

Messen durften durch die Städte nur auf Grund besonderer Messeprivilegien veranstaltet werden. Als erste deutsche Städte erhielten Frankfurt am Main (1240) und Leipzig (1268) diese Messeprivilegien.

Die industrielle Produktion gleichmäßiger Warenqualität führte Ende des 19. Jahrhunderts zum Übergang von der Waren- zur Mustermesse, der direkte Verkauf wurde durch den Auftrag, die Ware zu einem bestimmten Zeitpunkt zu liefern, abgelöst.
Bis zum 2. Weltkrieg war in Deutschland Leipzig der bedeutendste Messestandort. Nach dem Krieg entwickelten sich in Städten wie Berlin, Düsseldorf, Frankfurt, Hannover, Köln, München, Nürnberg und Offenbach Messegesellschaften, die Messen - oftmals mit Weltgeltung - veranstalten.

Viele Messen in Deutschland gehören zur Weltspitze, so die Internationale Automobilausstellung (IAA) in Frankfurt oder die Druckereifachausstellung drupa in Düsseldorf (Unteres Bild).

SÄCHSISCHER LANDTAG

Ziel des Landtags-Architekten ...
... soviel Bürgernähe wie möglich

Ein Jahr nach den ersten freien Landtagswahlen wurde im Oktober 1991 mit dem Neubau des Sächsischen Landtags an der Altstädter Elbpromenade begonnen. Der Bau erfolgte nach Plänen des Architekten Prof. Peter Kulka, dessen Entwurf darauf abzielte, soviel Bürgernähe wie möglich herzustellen. Nach Beendigung der Neubauten 1994 begann ein Jahr darauf der zweite Bauabschnitt. Dieser umfasste

die Rekonstruktion, den Umbau und die Erweiterung der Altbauten, die 1928/31 nach Plänen der Architekten Barthold und Tiede als Landesfinanzamt errichtet worden waren.

Den dritten, abschließenden Bauabschnitt bildete die architektonische Gestaltung des Landtagsvorplatzes, der im Dezember 1999 als Bernhard-von-Lindenau-Platz feierlich eingeweiht wurde.

1919, nach dem Ende des Ersten Weltkrieges, wurde Sachsen Republik und damit zum „Freistaat". Unter den fünf neuen Bundesländern ist Sachsen mit einer Fläche von 18.412 qkm nur auf Rang vier, hat aber mit 4,5 Mio. Menschen mit Abstand die meisten Einwohner. Und auch mit einem Brutto-Inlandsprodukt von 142,4 Mrd. DM im Jahr 2000 (1991 waren es nur knapp 68 Mrd. DM) liegt Sachsen unter den Ostländern an der Spitze.

Die Landeshauptstadt Dresden und die Messestadt Leipzig sind die kulturellen und wirtschaftlichen Zentren des Freistaates Sachsen. In diesen Städten begann auch die friedliche Revolution von 1989, die zur deutschen Einheit führte.

In drei Wahlen zwischen 1990 und 1999 errang Kurt Biedenkopf mit und für die CDU die absolute Mehrheit im Sächsischen Landtag, zuletzt mit 54,4 %. Der frühere CDU-Generalsekretär ist seit 1990 Ministerpräsident in Sachsen.

Fotos: Sächsischer Landtag, dpa

LANDTAG VON SACHSEN-ANHALT

Der „Alte Dessauer" Fürst Leopold ...

...schuf am Domplatz ein Barockensemble

Seit dem 17. Januar 1991 hat der Landtag von Sachsen-Anhalt seinen Sitz in den Gebäuden am Domplatz zu Magdeburg.

Die heutige Bebauung des Domplatzes geht auf einen Entwurf des „Alten Dessauers" - Fürst Leopold von Anhalt-Dessau - zurück. Stilistisch bilden die Bauten ein Barockensemble.

Die Generalsanierung der Gebäude Domplatz Nr. 8 und 9 fand am 7. Juli 1993 mit der feierlichen Übergabe an die Abgeordneten ihren Abschluss. Das Haus Nr. 6, in dem sich auch der Plenarsaal befindet, wurde 1996/97 in einjähriger Bauzeit erneuert.

Sachsen-Anhalt ist mit einer Fläche von 20.447 qkm nur wenig kleiner als Hessen, hat aber mit 2,7 Mio. Einwohnern nicht einmal die Hälfte der hessischen Bevölkerungsdichte. Auch wirtschaftlich ist das Bindestrichland eher ein Leichtgewicht – mit einem Brutto-Inlandsprodukt von 80,5 Mrd. DM (2000) rangiert Sachsen-Anhalt knapp hinter Brandenburg und vor Thüringen.

Die Wahlen zum dritten Landtag nach der Wiedervereinigung brachten 1998 der SPD 35,9 % der Stimmen, die CDU erhielt 22,0 %, die PDS 19,6 %. Seitdem regiert die SPD alleine in Sachsen-Anhalt – geduldet von der PDS.

Seit 1998 wird Sachsen-Anhalt von einer Minderheitsregierung unter Ministerpräsident Reinhard Höppner geführt.

Fotos:
Landtag von Sachsen-Anhalt, dpa

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHER LANDTAG

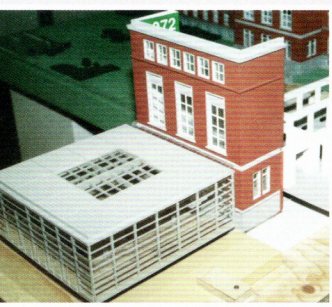
Der Kieler Landtag tagte auch in der ...

... Milchforschungsanstalt

Einst wurde es „zu Feindes Trutz" als „Warte deutscher Macht" errichtet - heute ist es Sitz des demokratisch gewählten Schleswig-Holsteinischen Landtags: das Landeshaus. Bevor es jedoch 1950 zum Sitz des Landesparlaments und eines Teils der Regierung wurde, hatte das Gebäude schon eine wechselhafte Geschichte hinter sich.

Geplant wurde der Bau als kaiserliche Marineakademie in Kiel, in dem die 1872 gegründete Marineschule angemessen untergebracht werden sollte.

Seit 2001 steht der Schleswig-Holsteinische Landtag vor einer grundlegenden baulichen Veränderung. Auf der Wasserseite des Landeshauses wird ein neuer Plenarsaal gebaut.



Gruppenbild mit Damen: Heide Simonis (M.) ist die erste Frau, die an die Spitze eines Bundeslandes gewählt wurde. Außerdem gehören ihrem Kabinett erstmals in Deutschland mehr Frauen als Männer an.

Die Bomben des Zweiten Weltkriegs hinterließen an dem Marinegebäude starke Zerstörungen. Aber am 3. Mai 1950 sagte Landtagspräsident Karl Ratz: „Das Wandern des Landtags ist nun vorbei; wir haben unseren eigenen Plenarsaal". Er erinnerte an die verschiedenen Sitzungssorte des Landtags: Neues Stadttheater Kiel, Hörsaal der Milchforschungsanstalt, Gebäude in Eckernförde, in Flensburg und in Lübeck.

Das nördlichste Bundesland Schleswig-Holstein hat eine Fläche von ca. 15.770 qkm, in der man die Millionenstadt Hamburg 21 Mal unterbringen könnte. Das Land zwischen Nord- und Ostsee hat 2,8 Mio. Einwohner, aber fast 3,4 Mio. Gäste pro Jahr, die hier Erholung suchen. Mit einem Bruttoinlandsprodukt von 123 Mrd. DM (2000) liegt Schleswig-Holstein weit hinter Hamburg, obwohl in der Elbmetropole rund eine Mio. Menschen weniger wohnen.

Als 1888 die kaiserliche Marineakademie fertiggestellt war, wurde sie in den damaligen „Blättern für Architektur und Kunsthandwerk" gefeiert als „stolzer Bau mit seiner ansehnlichen Länge und seinen monumentalen Formen sowie der prächtigen inneren und äußeren Ausstattung, der jeder Großstadt zur Zierde gereichen würde."

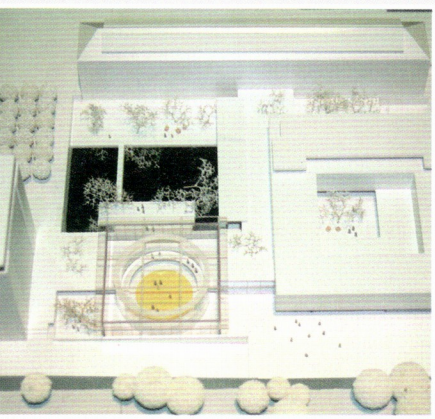
Fotos: Schleswig-Holsteinischer Landtag, dpa

THÜRINGER LANDTAG

Architektur „zeitgemäßer Schlichtheit“ ...
... im Volksmund „Eierkiste“

Im Januar 1991 bestimmte der Thüringer Landtag Erfurt zur Landeshauptstadt und den Gebäudekomplex Arnstädter Straße/Beethovenplatz zu seinem Sitz. Der älteste Teil ist das Fraktionsgebäude. Es entstand zwischen 1936 und 1939 als Behördenhaus für den preußischen Regierungsbezirk Erfurt.
Der gegenwärtige Plenarsaal und das neungeschossige Verwaltungshochhaus entstanden zwischen Mai 1950 und Oktober 1951. Die Architektur der beiden Gebäude lässt sich mit „zeitgemäßer Schlichtheit“ charakterisieren. Im Volksmund wird das Verwaltungshochhaus „Eierkiste“ genannt.

Die neuen Bauten des Thüringer Landtags sollen „Offenheit und Bürgernähe als wesentliche Eigenschaften der Demokratie spürbar machen“.



Bis 1999 wurde das Verwaltungshochhaus saniert, und seit Januar 2001 wird der Landtag erweitert. Mit dem neuen Plenarsaal wird erstmals eine Tagungsstätte vorhanden sein, die den Erwartungen an ein modernes Parlament gerecht wird und sich durch viel Glas auch optisch öffnet. 2003 sollen die Bauten fertig sein.

Wie Sachsen ist auch Thüringen Freistaat, seine Verfassung wurde 1993 auf der Wartburg verabschiedet und trat 1994 durch einen Volksentscheid in Kraft. Das Land hat eine Fläche von ca. 16.170 qkm, rund 2,5 Mio. Einwohner und ist damit in Größe und Bevölkerung mit Schleswig-Holstein zu vergleichen. Mit der Wirtschaftskraft ist man noch nicht so weit: Thüringen liegt mit einem Bruttoinlandsprodukt von 76,8 Mrd. DM (2000) an vorletzter Stelle unter den neuen Bundesländern.

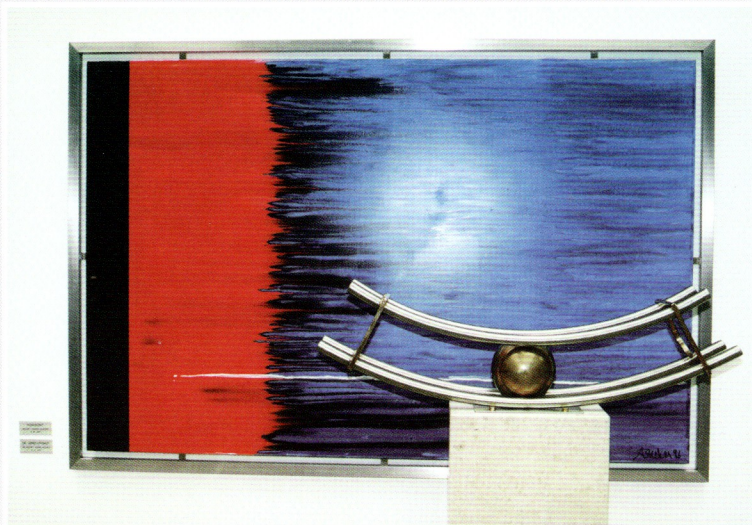
Der damals erst 30-jährige Architekt Wilhelm Pook gestaltete das heutige Fraktionsgebäude in der klassizistischen und monumentalen Architektur der damaligen Zeit. Das Behördenhaus gehörte in den 30er Jahren zu den großen Staatsbauvorhaben in Preußen.

Unangefochten regiert Ministerpräsident Bernhard Vogel das Land Thüringen. Seit den Wahlen von 1999 verfügt die CDU mit 49 Sitzen über die absolute Mehrheit; PDS (21) und SPD (18) bringen es auf 39 Sitze.

Fotos:
Thüringer Landtag, dpa

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ... ... bindet alle staatlichen Gewalten

„Hüter der Verfassung" - so wird die Aufgabe des Bundesverfassungsgerichts schlagwortartig umschrieben. Nach den Erfahrungen aus der Weimarer Republik haben die Mütter und Väter des Grundgesetzes mit der Errichtung des Bundesverfassungsgerichts dafür Sorge getragen, dass die Einhaltung der Verfassung durch die Staatsgewalten von einem obersten Gericht überwacht wird. Neben dem Bundespräsidenten, dem Bundeskanzler, dem Bundestag und dem Bundesrat steht das Bundesverfassungsgericht gleichrangig als oberstes Verfassungsorgan.



Weitreichende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts: Am 28. Mai 1993 erklären die Richter in ihrem Urteil zum § 218 das neue Abtreibungsgesetz mit Fristenlösung für teilweise verfassungswidrig.

Eine Frau an der Spitze des Bundesverfassungsgerichts: Professorin Dr. Jutta Limbach, Präsidentin und Vorsitzende des 2. Senats.

Fotos: Bundesverfassungsgericht, Bundespresseamt, dpa

Das Gericht besteht seit 1963 aus zwei Senaten mit jeweils acht Richterinnen und Richtern. Diese werden einmalig für eine Amtszeit von zwölf Jahren gewählt. Neben einer vorgeschriebenen Mindestquote an Richtern, die zuvor an obersten Bundesgerichten tätig waren, sind es in erster Linie Professorinnen und Professoren, die für dieses hohe Amt vorgeschlagen werden. Seit 1994 steht mit Professorin Dr. Jutta Limbach erstmals eine Frau als Präsidentin an der Spitze. Die 16 Richter werden von rund 220 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Bewältigung ihrer Arbeit unterstützt.
Im Laufe seines 50-jährigen Bestehens hat das Bundesverfassungsgericht - in welcher Verfahrensgestaltung auch immer - zu fast allen die Gesellschaft bewegenden Fragen sein Urteil gefällt. Seine Entscheidungen sind endgültig und binden alle staatlichen Gewalten.

Die Briefmarke zum 50-jährigen Jubiläum bildet eine im Casino des Bundesverfassungsgerichts stehende Plastik „Die Gerechtigkeit" ab.

28. September 1951:

Staatsakt im Schauspielhaus Karlsruhe zur Eröffnung des Bundesverfassungsgerichts

In bewusstem architektonischem Gegensatz zum Schloss ist für das Bundesverfassungsgericht im Schlosspark Ende der 60er Jahre ein modernes Gebäude errichtet worden. Auch durch sein Domizil drückt das Gericht Tranparenz und Bürgernähe aus.

Im September 2001 jährt sich zum fünfzigsten Mal der Gründungstag des Bundesverfassungsgerichts. Eröffnet wurde es am 28. September 1951 mit einem feierlichen Staatsakt im Schauspielhaus in Karlsruhe.

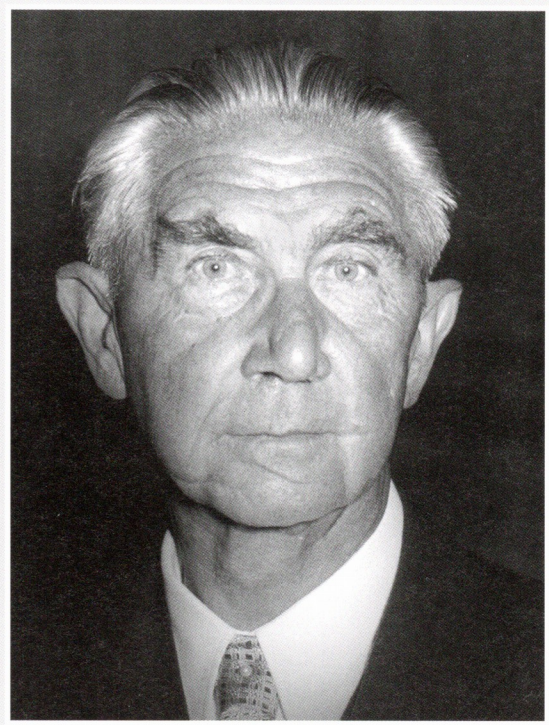
Schon vor der Eröffnung des Gerichts hatten die Richter am 9. September 1951 die erste Entscheidung getroffen. Per einstweiliger Anordnung wurde die Volksabstimmung über die Neugliederung der Länder im Südwesten Deutschlands verschoben.

Die Aufgaben des Gerichts sind vielfältig und in der Verfassung selbst geregelt, ihre Auflistung findet sich in Artikel 93 GG. Im Verfahren der Verfassungsbeschwerde, die von jedem Bürger und jeder Bürgerin eingelegt werden kann, wacht das Gericht über die Einhaltung der Grundrechte durch Legislative, Exekutive und Judikative.

Fast 5000 Menschen wenden sich jedes Jahr an das Gericht, um sich mit der Verfassungsbeschwerde gegen die sie vermeintlich in ihren Grundrechten verletzenden Gesetze oder Urteile zu wehren. Allerdings führen nur ca. 2,5 % der Verfassungsbeschwerden zum Erfolg.

Amtssitz des Gerichts ist Karlsruhe, der erst jüngst wieder bestätigt wurde - es war ein Umzug nach Potsdam im Gespräch. Zunächst tagte das BVG im Prinz-Max-Palais, ab 1969 dann in seinem heutigen Amtsgebäude, in unmittelbarer Nähe des Karlsruher Schlosses.

Festakt zur Eröffnung des Bundesverfassungsgerichts mit Bundespräsident Theodor Heuss (M.) und Bundeskanzler Konrad Adenauer (2. v. r.).



Der erste Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Hermann Höpker-Aschoff, verstarb 1954.

Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts hat in vielen Fällen die Bedeutung der Grundrechte gestärkt und in Inhalt und Bedeutung einer breiten Öffentlichkeit nahegebracht. Nicht zuletzt deshalb steht das Bundesverfassungsgericht bei der Frage nach dem Vertrauen der Bürger in Einrichtungen des öffentlichen Lebens seit vielen Jahren an der Spitze.

Vom Schutz der deutsch-deutschen Grenze ...
... zur Begleiteskorte der Castor-Transporte

Der Bundesgrenzschutz (BGS) als Polizei des Bundes wurde am 16. März 1951 per Bundesgesetz ins Leben gerufen. Insbesondere die schwierige Lage an der damaligen deutsch-deutschen Grenze war für die Bundesregierung Anlass, den BGS als bundespolizeiliches Instrumentarium aufzustellen. Heute - nach der Wiedervereinigung und dem Wegfall von Mauer und Stacheldraht - nimmt der BGS im Sicherheitsgefüge der Bundesrepublik Deutschland wichtige polizeiliche Aufgaben wahr.

Die Überwachung der innerdeutschen Grenzen war die Hauptaufgabe des Bundesgrenzschutzes bis zum Fall der Mauer.

Auch die Sicherheit des Bundeskanzlers gehört zu den Aufgaben des BGS. Gerhard Schröder verabschiedet sich vor seinem Umzug von Bonn nach Berlin von den Wachhabenden.

Heute wird der Bundesgrenzschutz eingesetzt
- als Grenz- und Bahnpolizei,
- zum Schutz vor Angriffen auf die Sicherheit des Luftverkehrs,
- zum Schutz von Verfassungsorganen des Bundes und der Bundesministerien,
- als Seepolizei auf Nord- und Ostsee,
- als Eingreiftruppe im Notstands- und Verteidigungsfall, insbesondere zur Mitwirkung an polizeilichen Aufgaben der UN, EU oder sonstiger internationaler Organisationen,
- zur Unterstützung der Polizeien der Länder,
- bei Großeinsätzen (Castor-Transporte, EXPO 2000, Feiern zum 1. Mai).

Um diese vielfältigen Aufgaben bewältigen zu können, sind rund 40.000 Mitarbeiter beim BGS beschäftigt, davon ca. 30.000 Polizeivollzugsbeamte.

Damit konnte keiner rechnen: Im November 1989 reißen Angehörige des Bundesgrenzschutzes und der Nationalen Volksarmee die Mauer an der innerdeutschen Grenze nieder.

Fotos:
Bundesgrenzschutz,
Bundespresseamt, dpa

18. Oktober 1977:

Die GSG 9 stürmt die LH-Maschine „Landshut" und befreit die Geiseln von Mogadischu

Die Lufthansa-Maschine „Landshut" bei der Zwischenlandung in Dubai. Weder die Entführer noch die Entführten wissen, dass sich die GSG 9 auf eine Erstürmung der Maschine einrichtet.

Auf dem Flug von Mallorca nach Frankfurt entführen vier Terroristen die Lufthansa-Maschine „Landshut". Nach einer Odyssee über Rom, Zypern, Dubai und Aden wird die Maschine mit fünf Besatzungsmitgliedern und 82 Passagieren zum Weiterflug nach Mogadischu gezwungen.

Mit ihrer spektakulären Aktion wollen die Terroristen elf Angehörige der „Rote Armee Fraktion" (RAF) sowie zwei in der Türkei festgehaltene Palästinenser freipressen.

Die Eliteeinheit GSG 9 befreit in einem gezielten Einsatz die Geiseln und die Besatzungsmitglieder, die bis auf einige Leichtverletzte wohlbehalten in ihre Heimat zurückkehren.

Für die schnelle luftbewegliche Verlegung von Polizeikräften verfügt der Bundesgrenzschutz über eine moderne Hubschrauberflotte.

Die Helden von Mogadischu: Ulrich Wegener, Chef der GSG 9, der den Einsatz in Mogadischu vorbereitet und mit seiner Spezialtruppe ausgeführt hat, und Staatsminister Hans-Jürgen Wischnewski (r.), der mit den Terroristen verhandelt hatte.

Zwei Tage nach dem erfolgreichen Abschluss empfängt Bundeskanzler Helmut Schmidt (M.) die an der Geiselbefreiung Beteiligten. Hinter der verletzten Geisel (v. l.) Oberst Ulrich Wegener, der Kapitän der „Landshut", die Minister Wischnewski und Maihofer sowie CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender Helmut Kohl (r.).

Die GSG 9 wurde 1972 nach dem Überfall auf die israelische Olympiamannschaft für Fälle besonderer Gewaltkriminalität in München gegründet. Aber erst durch die Befreiung der Geiseln aus einem Flugzeug im Jahr 1977 in Mogadischu erfuhr die Elite-Eingreiftruppe weltweite Bekanntheit.

Heute ist der Bundesgrenzschutz in fünf regionale Grenzschutzpräsidien gegliedert sowie eine Grenzschutzdirektion mit Sitz in Koblenz und der Grenzschutzschule in Lübeck. Der BGS nimmt als Polizei des Bundes seine Aufgaben überwiegend im polizeilichen Einzeldienst in 19 Bundesgrenzschutzämtern (Polizeivollzugsbeamte) sowie in 11 Einsatzabteilungen (Bereitschaftspolizei) wahr.

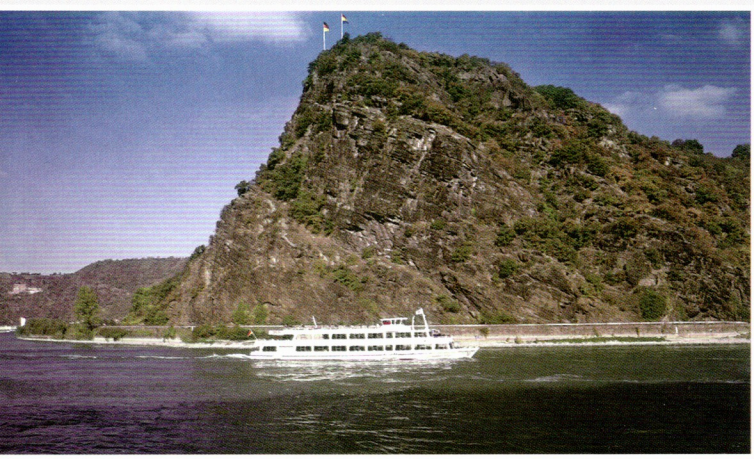
Damit tritt der Bundesgrenzschutz als bundespolizeilicher Garant für die öffentliche Sicherheit und Ordnung ein und ist ein unverzichtbares Element im Gefüge der Inneren Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland.

Deutschland ist reich ...

... an Naturdenkmälern

Naturdenkmal der besonderen Art: Der Loreley-felsen bei St. Goarshausen ist die Hauptattraktion am Mittelrhein. Das Tal mit seinem Felsen soll als Weltkulturerbe unter den Schutz der UNESCO gestellt werden.

Natur- und Denkmalschutz sind in Deutschland schon lange an der Tagesordnung. Mit der „Linde zu Himmelsberg" rückt der Bundesminister der Finanzen den Schutz von Denkmälern, die die Natur selbst geschaffen hat, ins Bewusstsein der Bevölkerung. Auch künftig wird es unter dem Titel „Naturdenkmäler in Deutschland" Sondermarken zu diesem Thema geben.
Die Serie soll mit markanten Beispielen auf die Schönheit und Vielfalt der Naturdenkmäler in Deutschland aufmerksam machen.

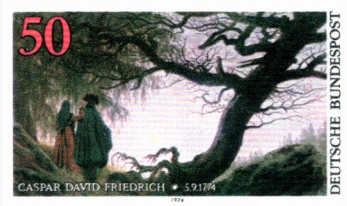


Naturdenkmal mit Herrgott: Vor 130 Jahren war ein Kruzifix an die Windbuche bei Gütenbach im Schwarzwald angelehnt worden. Im Laufe der Zeit wuchs die Figur in den Stamm.

Die Linde in Himmelsberg stellt dabei ohne Zweifel eine imposante Erscheinung dar. Ihr Alter wird auf etwa 750 Jahre geschätzt. Mit Wirkung vom 29.12.1971 wurde sie durch die Verordnung zur Sicherung von Naturdenkmälern im Landkreis Marburg als Naturdenkmal ausgewiesen.

Es bleibt zu hoffen, dass die Himmelsberger Linde von unvorhergesehenen Ereignissen (Blitzschlag, Sturm oder Feuer) verschont bleibt. Als 1985 ein katastrophaler Sturm über Himmelsberg hinwegfegte und Windbruchschneisen in den Wald trieb, trotzte die Linde diesem Naturereignis. Bis auf wenige Äste, die abbrachen, waren keine Schäden feststellbar.

Naturdenkmal auf Sondermarke: Die Sommerlinde von Himmelsberg befindet sich in unmittelbarer Nähe der St. Nikolaus-Kirche und dem früheren Friedhof. Sie hat eine Höhe von 25 m, einen Stammumfang von 9 m sowie einen Kronenumfang von 22 m.



Fotos: dpa

Sind „Hitparade der Volksmusik“ und „Musikantenstadl“ ... ... Volksmusik im eigentlichen Sinn?

Die Bedeutung des Begriffs „Volksmusik“ ist zwiespältig. Viele Menschen verstehen unter Volksmusik das, was sie im Fernsehen als „Musikantenstadl“, „Hitparade der Volksmusik“ oder ähnlichem zu hören und zu sehen bekommen. Die Akteure dabei sind durchweg Profis, die von Beruf Musiker sind.
Ziel der Sondermarke ist jedoch, die Volksmusik als einen Bereich der deutschen Musikkultur zu würdigen, die Teil des Brauchtums ist und deren Akteure Musik nicht als Beruf, sondern als Freizeitbeschäftigung betreiben – oft mit hohem Engagement und großem Können.

Kaum zu glauben: 100 Jahre liegen zwischen diesen beiden Fotos. Das obige Bild zeigt die Musikvereinigung Thannhausen im Jahr 1894 – 16 gestandene Männer, alle mit Blechinstrumenten.

100 Jahre später: die Musikvereinigung Thannhausen bringt es auf 54 Aktive im Alter von 12 bis 70 Jahren.

Die musikalischen Eigeninitiativen zu aktivieren und zu fördern, ist das Ziel der Arbeitsgemeinschaft der Volksmusikverbände, AVV, die 1956 gegründet wurde. Der Mitgliederbestand ist inzwischen auf 12.000 Musikvereine, 21.000 Orchester und rund 700.000 aktive Mitglieder angewachsen. Unter dem Dach der AVV sind 10 Verbände zusammengeschlossen, darunter auch der Deutsche Turnerbund, Fachgebiet Musik und Spielmannswesen oder der Bundesverband der Spielmanns-, Fanfaren-, Hörner- und Musikzüge.

Volksmusik wird aktiv ausgeübt - von jung und alt. Das auf der Marke dargestellte Akkordeon soll deutlich machen: Echte Volksmusikanten greifen selbst zum Instrument und machen Blas-, Akkordeon-, Mandolinen- und Zithermusik.

Fotos:
Bundesvereinigung Deutscher Blas- und Volksmusikverbände

Preußen: „Ein Doppelgesicht wie der Januskopf ... ... ein militärisches und ein philosophisches“

Begonnen hat alles vor drei Jahrhunderten: Am 18. Januar 1701 setzte sich Friedrich III. von Brandenburg in Königsberg, der Hauptstadt des alten Herzogtums Preußen, die Königskrone auf. Er nannte sich fortan Friedrich I., „König in Preußen“.

Das Königreich Preußen war geboren, das mit seiner wechselvollen Geschichte die Entwicklung in Deutschland und Europa nachhaltig beeinflussen sollte.

Kurfürst Friedrich III. (1688 – 1713) erklärte sich selbst zum „König in Preußen“. Aber erst seine Nachfolger Friedrich Wilhelm I., der Soldatenkönig, und Friedrich II., der Große, schufen die Grundlagen für den modernen Militär- und Verwaltungsstaat Preußen.

Kaiserproklamation in Versailles am 18. Januar 1871, die Einigung des zersplitterten Reiches ist vollendet.

Mit Friedrich Wilhelm I., dem „Soldatenkönig“, kam 1713 ein König auf den Thron, dessen Verdienst es war, dass aus dem Titel mehr wurde als bloß ein klingender Name. Unter seiner Regierung wurden die Vorherrschaft des Militärischen über das Zivile sowie uneigennütziges Pflichtbewusstsein und Treue des Beamten zum Kennzeichen des preußischen Staates.

Unter Friedrich II., der Große (1740-1786), wurde Preußen zur europäischen Großmacht. Gegensätze bestimmten seine gesamte Regierungszeit: Machtpolitik und Menschenverachtung gingen einher mit aufklärerischer Humanität und dem Streben nach einem politischen System, in dem jeder nach seiner Facon glücklich werden sollte. „Preußen zeigte ein Doppelgesicht wie der Januskopf: ein militärisches und ein philosophisches“ (Madame de Stael, 1810).

„Aufgeklärter Absolutismus“: Friedrich der Große (1740 - 1786) machte Preußen zu einer europäischen Großmacht.

Fotos: Bundespresseamt, dpa

18. Januar 1701:

Mit seiner Krönung gründet „Friedrich I." die Geschichte des Königreichs Preußen

Nach Entwürfen Friedrichs II. errichtet: Lustschloss Sanssouci bei Potsdam, Wohnsitz eines Philosophen-Königs.

Wilhelm I. und seinem Kanzler Bismarck gelang es mit der Bildung des Norddeutschen Bundes 1867 und im Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 die deutsche Frage im kleindeutschen Sinne unter preußischer Führung zu lösen: Mit der Reichsgründung und Proklamation des preußischen Königs zum Deutschen Kaiser ging 1871 die preußische Geschichte in die deutsche über.

Wilhelm I. ernannte 1862 Otto von Bismarck zum preußischen Ministerpräsidenten. Der dankte es ihm, indem er 1871 nach dem Ende des deutsch-französischen Krieges die deutsche Einigung vollendete und Wilhelm zum deutschen Kaiser ausrufen ließ.

Immanuel Kant (l.) (1724 – 1804) stellte in der „Kritik der praktischen Vernunft" die Pflichterfüllung in den Mittelpunkt seiner Philosophie.

Wilhelm Freiherr von Humboldt (r.) (1767 – 1835) schuf als Leiter der Sektion für Kultur und Unterricht ein neues System, das allen Schichten mehr Bildungschancen sichern sollte.

Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs bedeuteten die Abdankung Wilhelms II. (1888-1918) und der Thronverzicht des Kronprinzen das Ende der preußisch-deutschen Monarchie. Die Weimarer Verfassung beseitigte die bisherigen Hegemonialrechte Preußens. Nach dem verlorenen Zweiten Weltkrieg und der faktischen Auflösung Preußens in vier Militärzonen löste das alliierte Kontrollratsgesetz Nr. 46 vom 25. Februar 1947 „den Staat Preußen, seine Zentralregierung und alle nachgeordneten Behörden" auch formell auf.

Preußen ist weit mehr als nur die Bezeichnung für einen Staat, den es heute nicht mehr gibt. Neben den viel beschworenen „preußischen Tugenden" wie Pflichtbewusstsein, Ordnung, Unbestechlichkeit, Disziplin, Gehorsam, Sachlichkeit und Pünktlichkeit ist Preußen auch die Heimat von Wilhelm Freiherr von Humboldt, Immanuel Kant und Heinrich von Kleist.